

Was geschah...?

Ausstellung in der Bußtagswoche

„Zur Geschichte der Juden und über Vorgänge von 1933 bis 1945 in Langendiebach“

Evangelische Kirchengemeinde Langendiebach

Buß- und Bettag 16. November 1988

Einführung

„Nicht das Wegsehen, sondern das Hinsehen macht die Seele frei“
Theodor Litt

Diese Ausstellung gibt einen ersten, noch unvollständigen Einblick in die Geschichte der jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen Langendiebachs und in Geschehnisse der Zeit von 1933 – 1945.

In der bisherigen Geschichtsschreibung über Langendiebach fehlt weitgehend eine Beschreibung der Geschichte der Juden und ebenso der Zeit des Dritten Reichs.

Wir haben einen ersten Blick in das Archiv der Ev. Kirchengemeinde getan, in dem Pfarrer Wibbeling vieles aufbewahrt hat, und ebenso in das Fürstlich-Isenburgische Archiv in Birstein.

Manches haben Mitbürger im Lauf unserer Arbeit noch an Material oder Bildern beige-steuert (viele Bilder stammen aus dem Besitz der Familie Otto Benderoth).

Die Ausstellung gliedert sich in die folgenden Abteilungen:

1. Die jüdischen Einwohner 1564 – 1942
2. Die Zeit des Dritten Reiches und die politische Verfolgung
3. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche

Peter Gbiorczyk
Reinhard Heitzenröder
Ottmar Muth

Diese Bearbeitung der damaligen Dokumentation für eine Internetversion erfolgte im März 2015 durch Peter Gbiorczyk

1. Die jüdischen Einwohner 1564 - 1942

Erste Erwähnung jüdischer Mitbürger 1564

Rechnung der Kellerei und Rentmeisterei Büdingen 1564:

11 ½ Gulden minus 4 Heller sind 10 Taler von Stutzel Süßkind dem Juden zu Langendiebach für sein Jahreszins oder Tribut eingenommen.

11 ½ Gulden minus 4 Heller von Musche Glaßern dem andern Juden, dergleichen.

1796

Als im Kampfe Österreich gegen Frankreich im Jahre 1796 die Franzosen verheerend am Rhein und Main hinzogen, am 13. Juli frankfurt beschossen und eroberten und 140 Häuser der Judengasse abbrannten, wandten sich 140 Judenfamilien (abgesehen von 10 einzelstehenden Personen), die meisten aus Frankfurt, einige auch aus Coblenz, Ehrenbreitstein, Dietz, Limburg, Nassau, Mainz, Bonn, Darmstadt, Offenbach und Langendiebach nach Hanau und baten um „Temporalschutz“, der ihnen gegen Zahlung von 6 Gulden für vier Wochen von der Regierung gewährt wurde. Die jüdischen Familien wohnten zum größten Teil in der Neustadt.

Aus: Ernst J. Zimmermann: Hanau Stadt und Land, Hanau 1919, S. 512

1862 Einwohner Langendiebachs

1862 Übersicht über die Unterscheidung der Bevölkerung nach der Religion und ehelichen Verbindung									
M.	W.	M.	W.	M.	W.	M.	W.	233	Kinderlose Ehen
651	739	602	673	6	9	43	57	Ehen	8
		uniert (evangel.)	kathol.	jüdisch					
								Unvermischte ev. Ehen	213
								Gemischte Ehen mit ev. Männern	2
								Jüd. Ehen	18

Einwohner Langendiebachs insgesamt : 1390 Seelen - davon 100 jüdische Mitbewohner = 7,2 %

Erlaubnis zur Niederlassung von Juden

„Um die Erlaubnis zur Niederlassung zu erhalten, mußten die Juden oft ein Barvermögen bis zu 4000 Gulden nachweisen, denn der Landesherr war vor allen an potenten Steuerzahlern interessiert. Eine Vielzahl von Steuern und Abgaben lasteten auf der jüdischen Bevölkerung; so hatte sie bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts in Hessen neben anderen Steuern zu entrichten:

1. Die doppelt so hohe Dispensationssporteln wie andere Untertanen
2. Rezeptionsgelder bei der Aufnahme als Schutzjude
3. Einzugsgelder
4. Das jährliche Schurzgeld
5. Neujahrgelder an den Fiskus
6. Synagogengelder – eine jährliche Abgabe für die Erlaubnis, Gottesdienst zu halten
7. Beerdigungsgelder
8. Schlachtkonzessionsgelder
9. Konzessionsgelder für den Erwerb von Immobilien
10. Abgaben der Zunge und des Hirns von allem von Juden geschlachteten Vieh
11. Klapper-, Federlappen-, Postsiegel- und Wachsgelder

Erst 1805 war der Judenleibzoll, eine besonders entehrende Abgabe, die sonst nur vom Vieh erhoben wurde, abgeschafft worden.

Die mannigfachen Steuern, die aus den Juden herausgepreßt wurden, bedingten, daß sich vornehmlich nur solche Juden dauerhaft in der Landgrafschaft ansiedeln konnten, die über nicht unbeträchtliches Vermögen verfügten.

Erst im Gefolge der politischen Emanzipation der hessischen Juden wurde ihre rechtliche Stellung verbessert; so erhielten sie 1820 die Möglichkeit, den Schutzjudenstatus abzustreifen u. die hessische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die Auswirkungen der französischen Revolution und die deutsche Freiheitsbewegung des Jahres 1848 wirkten ebenfalls auf eine Verbesserung der Lage der Juden hin, doch wurden diese Bestrebungen zum größten Teil wider durch die nachfolgenden Reaktionsperioden kompensiert. Erst durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 erreichten die Juden die faktische Gleichberechtigung; bis dahin waren sie – zum Teil völlig legal – vielfachen Diskriminierungen und Beschränkungen, ja sogar blutigen Verfolgungen unterworfen („Hep-Hep-Krawalle“ von 1819). Ihre Ansiedelung wurde meist nur sehr ungern geduldet und mit Hilfe von besonderen Judenmatrikeln überwacht.“

Aus: Wolfram Heitzenröder: Juden in Rüsselsheim – Ausstellungskatalog 1980

Schutzbrief und Schutzgeld



Links: Schutzbrief der Fürstlich Isenburgischen Kanzlei im 18. Jahrhundert

Rechts: Aufstellung über die Schutzgeldzahlungen der Langenselbolder und der Langendiebacher Juden 1750 – „Die alten Judenzahlen die angegebenen Summen in Gulden, die „jungen Juden“, namentlich nicht genannt, zahlen jährlich 20 Gulden.



Bitschrift der „sämbtlichen Judenschafft zu Langendiebach“ an den Fürsten zu Isenburg um Erlass des zum Schutzgeld neu zusätzlich erhobenen Leibzolls. Bei den schlechten Zeiten seien sie nicht „einmahl imstande, mit unserem Schweiß und Blut so viel zu erwerben, wovon wir uns nebst unseren Weibern und Kindern ehrlich zu ernähren und durchbringen könnten“. 4. November 1750

Euer Hochgräfl. Gnaden ruhen nicht ungnädig zu deuten, welcher gestalten ich vor einem halben Jahr, wegen meines Schuth geldt eine unterthänige bittschrift an Eure Hochgebohrene gnaden habe ergehen lassen, dasselbige mir auch die helffte auß gnaden ist erlaßen worden, wofür ich Euer Hochgeb. gnaden die Zeit meines Lebens in aller unterthänigkeit nicht genubsamb dancken kann, welches aber der große Gott, alß ein reicher Vergelter alles guten, an Euer Hochgeb. gnaden nicht wird unbelohnet laßen. Weilen aber nunmehr die Zeit herbeygerücket, die ander helffte Schutz geldt zu bezahlen, mir aber die unmöglichkeit ist daßelbige aufzubringen, als bin ich hierin gleich andern armen leuten gemüßigt worden, nochmahlen Euer Hochgeb. gnaden zu ersuchen, und dieselbe um Gottes willen zu bitten, mir armen wittib von der andern helffte Schutz geldt, wann es Ihnen löblich wäre, noch etwas von demselben auß gnaden möchten erlaßen, wie ich dan verhoffe zu paar Jahr biß mein Sohn ein wenig mannlicher wirdt Euer Hochgeb. gnaden daß vollige Schutz geldt wierumb zu restituiren, solche hohe gnadt gegen Euer Hochgebohrene gnaden werde ich Zeit meines Lebens in aller unterthänigkeit nicht genugsamb...zu verdienen wissen, gnädigster erhörung mich gar unterthänigst getröste und verbleibe

Euer Hochgebohrene gnaden
unterthänigst-treue
gehorsambste
Salomon Juden wittib
von Langendiebach

Schule und Synagoge im 18. Jahrhundert

„Die Synagoge hat drei Zwecken zu dienen: dem Gottesdienst, der Erziehung und dem Gemeinschaftsleben. An den Wochentagen findet morgens und abends ein Gottesdienst in der Synagoge statt, an Sabbathen und Feiertagen am Vorabend, am Morgen, am Nachmittag und am Abend. In den meisten Synagogen herrscht eine Trennung nach Geschlechtern; neben dem Männerraum existiert ein besonderer Frauenraum, der auch auf eine Galerie untergebracht sein kann.

Während des Gottesdienstes nimmt der Vorbeter zwar eine dominierende Stellung ein, doch wird die Gemeinde abwechselnd an den gottesdienstlichen Handlungen beteiligt. Das Vorlesen bestimmter Thoraabschnitte, das Einrollen der Thorarolle usw. gelten für den damit Beauftragten als eine hohe Auszeichnung; diese Ehrungen konnten auch durch einen Beitrag in die Gemeindekasse erkauf werden.

In der Synagoge findet auch der Schulunterricht für die heranwachsende Jugend als Vorbereitung für die Bar-Mitzwah statt“.

Aus: Wolfram Heitzenröder, a.a.O..



Links: Brief an den Isenburgischen Fürsten, den Gottesdienst in Langendiebach in einem Privathaus abhalten zu dürfen

Die Langendiebacher Juden besuchten Schule und Synagoge in Rückingen. Als diese von den Rückinger Herren von Kameytsky abgerissen wurden (mit dem Versprechen, sie neu zu errichten), bitten sie, zunächst für ein halbes Jahr Unterricht und Gottesdienst in einem Privathaus abhalten zu dürfen:

Durchlauchtigster Fürst
gnädigster Fürst und Herr!

Euer Hochfürstl Durchl. geruhen abermahlen sich hierdurch unterthänigst hinterbringen zu lassen, waßmaßen wir unßeren Öffentl. Schul und Gottesdienst zu Rückingen gehabt und uns H. Kameytsky, mit Versprechung uns eine andere Schule zu bauen, solche niedergerißen, nun aber muß sehen, daß solches noch nicht von H. Kameytsky veranstaltet worden. Ergehet daher an Euer Hochfürst. Durchl. unßer unterthänigstes bitten, gnädigst zu permittiren, daß wir unßeren Gottesdienst ohngefahr ein halb Jahr in meinem Hauß verrichten dürfen, die wir uns einer gnädigen Erhörung getrösten, verharren in tieffster Submission

Euer Hochfürstl. Durchl. unterthänigst treuehorsambster
Gabriel Schutzjud
von Langendiebach

Erlaubnis des Fürsten, die „Schule“ einem Privathaus, *nicht zu nahe von Kirche, Amts- und Schulhäusern* einzurichten



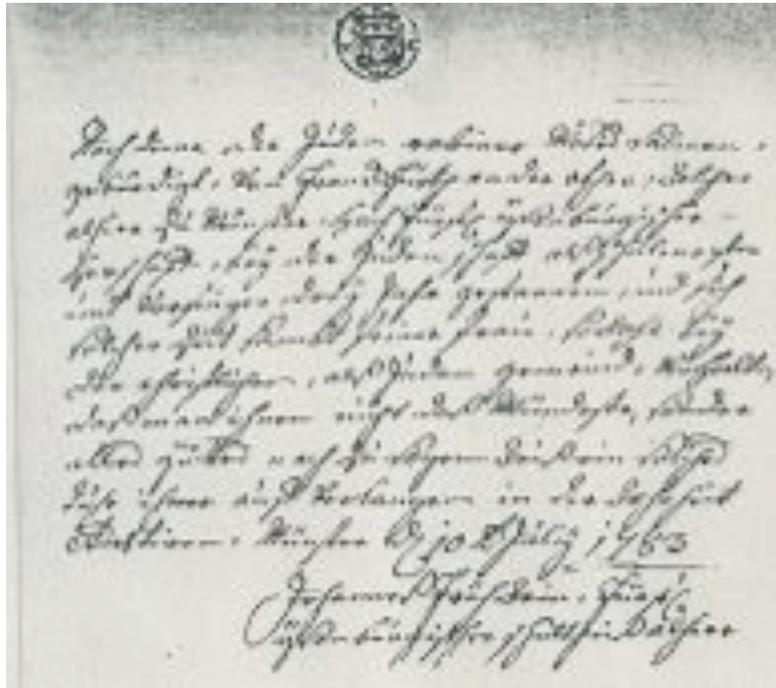
Von Gottes Gnaden, Wolfgang Ernst, Fürsten Ysenburg und Büdingen,...wollen zwar der supplicirenden (bittenden) judenschafft vor sich und ihre nachkommen hierdurch in gnaden verstattet haben, dass dieselbe, so lange sie in Langendiebach in Schutz wohnen, ihren Gottesdienst daselbst in einem privat juden hauß halten mögen, dergestalten jedoch und mit dem expressen vorbehalt, dass sie mit solcher ihrer anzurichtenden Schule denen Kirchen- ambt- Pfarr- Rath- und Schulhäusern nicht zu nahe kommen, sondern davon entfernt bleiben und alljährlich und jüdischem jahr fünff gulden ...in unsere Kellerey zu Selbold entrichten sollen. Birstein 18. July 1747

Wolfgang Ernst F. z. Y. B.

Einstellung des Vorsängers, Schulmeisters und Schächters Moses Salomon 1783

Das Amt des Schächters war mit der Stelle des Vorsängers oder Lehrers verbunden. Wichtig sind dabei die Essensvorschriften. „Während der tägliche Gottesdienst und das Studium der Thora Geist und Seele auf Gott einstelle heiligen die rituellen Essensvorschriften den Leib. Vielfältige Gebote bestimmen die tägliche Nahrungsaufnahme; so ist der Fleischgenuß auf bestimmte Tierarten beschränkt...Weiterhin ist zu beobachten, daß einzelne Teile auch bei erlaubten Tiere verboten sind...Erst die Beobachtung der bis ins Detail konkretisierten Vorschriften garantiert eine koschere, d.h. nach religiösen Gesetzen einwandfreie Küche. Auch das Schlachten (Schächten) der Tiere geschieht nach religiöser Vorschrift. Es wird durch einen im jüdischen Gesetz bewanderten Schächter, dem Shochet, ausgeübt“.

Aus: Wolfram Heitzenröder: Juden in Rüsselsheim, Katalog zur Ausstellung 1980



„Nachdem der Juden rabiner Moses Salomon, gebürdigt von Franckfurt an der other, welcher alhiro zu Münster, Hochfürstl. Ysenburgischer Herrschafft, bey der Judenschafft schulmeister und vorsinger drey Jahr gestanden, und sich solcher Zeit sambt seiner frau, so wohl bei der christlichen, als Juden gemeinde verhalten, daß man ihm nicht das mindeste, sondern alles Gutttes nach zu sagen weiß ein solches auff verlangen in der Wahrheit atestiren“.

Münster den 10. July 1783

Johannes Frühbein Fürstl. Ysenburgischer schultheiß alhier



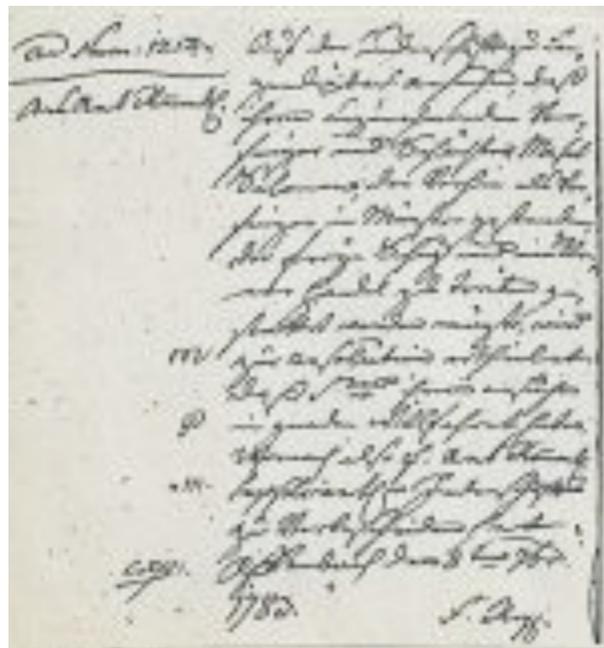
Fürstlicher Regierung unterthänigste Bericht ad supplicam (auf die Bitte) der judenschafft zu Diebach die annahme eines Schulmeisters unter gewissen bedingungen.

Einen Schulmeister eigends zu besolden und zu verköstigen ist die dermalige aus wenigen und dabey armen familien bestehende Judenschafft zu Langendiebach nach dem amtlichen bericht nicht mehr im Stande. Wie selbige nun vorhin ihrem ledigen Schulmeister nebst Kost und Logis 30 Gulden jährlich geben mußte, so erbietet sich ihr nunmehr ein bisher in Münster als Vorsinger gestandener und mit gutem Zeugnis versehener verheiratheter Jude namens Moises Salomon, nicht nur das Vorsingen und Schulhalten, sondern auch das Schächten daselbst ohne Kost und Logis um 30 Gulden jährlich jedoch unter der

bedingung zu versehen, wenn ihm, ohne Schutzgeld zu geben ein kleiner Handel dabey verstattet würde. Um diese höchste gnade suppliciret nun besagte Judenschafft; und Fürstl. Regierung hat desto weniger anstand, auf eine gnädige Willfahung des unterthänigsten gesuchs anzutragen, da ein Vorsinger und Schulmeister als solcher ohnehin vom Schutzgeld frey zu seyn pflegt, dieser auch obgleich ein bewebter, doch kinderloser und schon betagter ist; und dann die vorher erwähnte Judenschafft außer dieser sich ergebenden Gelegenheit ihre Kinder ohne Unterricht sehen würde.

Offenbach, den 20 August 1783 Mollenbeer Pietsch von Mühlen

Supplicanten wird in ihrem Gesuch willfahret Selbold 4.9.1783



Ans Amt Ronneburg

Auf der Judenschafft zu Langendiebach ansuchen, daß ihrem Vorsinger und Schächter Moses Salomon, der vorhin als Vorsinger in Münseter gestanden, der frey Schutz und ein kleiner Handel zu treiben gestattet werden mögte, wird zur resolution ertheilet, daß...ihrem ansuchen in gnaden willfahret haben, wonach also Amt Ronneburg supplic. Judenschafft zu verbescheiden hat.

Offenbach 8.9.1793 Unterschrift

Benutzung des jüdischen Friedhofs in Rückingen 1747

„Eine heilige Pflicht der Gemeinde besteht in der würdigen Bestattung der Toten und der Erhaltung des Friedhofs. Noch heute sind jahrtausendealte Grabsteine erhalten, da Einebnungen verpönt sind und die Pietät gegenüber den Toten über Generationen hinweg gewahrt wird. Die vorgeschriebene Trauerzeit beträgt bei Familienangehörigen als Zweit tiefer Trauer sieben Tage und wird dann in abgemildeter Form das ganze Jahr hindurch gehalten. Des Todestages wird alljährlich in der Form der sogenannten Jahrzeit gedacht“. Aus: Wolfram Heitzenröder: Juden in Rüsselsheim 1980



Der jüdische Friedhof in Rückingen wurde als Erbleihe auch von den jüdischen Einwohnern Langendiebachjs jährlich und bei jeder Bestattung bezahlt. Nach dem Tod des Herrn von Kameytsky weigerten sich dessen Nachkommen die Erbleihe anzuerkennen. Bei den Verhandlungen behielten sie das Original des Vertrags. In oben abgedruckten Schreiben an den Fürsten zu Isenburg beschwerten sich die jüdischen Einwohner darüber. Der Fürst soll darauf hinwirken, dass das Original zurückgegeben wird, und dass die Herren von Rückingen „gegen erlegung des gewöhnlichen guldens unsere Tod auff den Juden Kirchhoff nach Rückingen zu begraben erlauben möchte“:

Durchlauchtigster Fürst

gnädigster Fürst und Herr

Euer Hochfürstl. Durchl. geruhen gnädigst aus beygehender Copie zu ersehen, wie daß weyl. der Fürstl. Heffen Darmstädtische Geheimde Rath Herr Christian Eberhard Kameytsky von Klattberg zu Rückingen vor sich, seine Erben und nachkommen, die Juden Bargsch, Götz, Moises und Götz, Moises und Gatz alle von Langendiebach und deren nachkommen mit dem Juden Kirchhoff zu Rückingen erblich verlichen, auch pro Laudemio 30 Gulden würcklich bezahlet empfangen hat. Es ist aber bemelter Herr Geheimde Rath nun schon eine geraume Zeit und bey nahe 20 Jahr verstorben, und haben dessen nachkommen wohlbehalten uns jeder zeit unsere Tode auff bemeltem Kirchhoff gegen erlegung des in der Leyhe ausgedruckten ohngehindert und ruhig begraben laßen, außer seither einem Jahr da sie uns solches nunmehr verbiethen wollen, vorgehend, wie daß wir kein recht dahin hätten, und da wir uns auff unsere Leyhe bezogen dieselbe Ihnen solche vorzuzeigen verlanget, wir erlangten auch nicht, Ihnen dieselbe unterthänigst vorzuweisen. Wie Sie nun solche von uns eroffnen und gelesen, stellten Sie vor, wie daß dieselbe von Ihnen wiederum confirmiret werden müßte, wir wurden auch der confirmation halber biß auf 10 Gulden cinic, behielten unterdeßen das original von beygehender und dem Herrn Amtmann zu Langendiebach bekräftigter Copie, ansehende daß wir binnen 8 Tagen uns wiederum melden, und alsdann die Leyhe confirmiret erhalten seiten. Als wir aber uns demselb darzuohl, wie auch nachhore zum öfteren gemeldet und uns unsere Leyhe wiederum gnädigst auszubändigen gebethen, haben wir dem unrechtet, solche biß hierhin nicht erhalten können, sondern setzen uns nunmehr entgegen, wie wir gar kein recht unsere Tode dahin zu begraben hätten, aus ursache weilen wir nicht nach Rückingen in die Schul rezenten, da aber die Herrn von Kameytsky Wohlgebohr, uns unsere Schule haben einreißen laßen, und wir eine neue auffbauen zu helffen nicht imstande sind, doch aber aus beyzeleuter Erbleyhe sehr deutlich unsere gerechtigkeit zu ersehen ist, und wir ohnehin solche confirmiren zu laßen, nicht nöthig zu seyn erachten. Als selanget an Euer Hochfürstl. Durchl. unser unterthänigstes bitten, den Herrn von Kameytsky Wohlgeb. gnädigst auffzueben, daß Sie uns erstlich das original wiederum auszubändigen, und uns nach inhalt bemerckter Leyhe, und gegen erlegung des gewöhnlichen Geldens unsere Tode auff den Juden Kirchhoff nach Rückingen zu begraben erlauben möchten.

Wir verbleiben dazusen jederzeit
Euer Hochfürstl. Durchl.

unterthänigst treu-ehorsamste Juden zu Langendiebach

Nachrichten über jüdische Einwohner in den Protokollen des Presbyteriums der evangelisch-reformierten Gemeinde Langendiebach im 18. Jahrhundert

Für die Einhaltung der religiösen und sittlichen Ordnung gemäß Fürstlich-Isenburgischer Verordnungen war in Langendiebach das Presbyterium der evangelisch-reformierten Gemeinde zuständig. Durch die sogenannten „Kirchenrüger“ wurde dem Vorstand der Gemeinde regelmäßig berichtet. Es wurden dann zumeist Ermahnungen oder auch Geld- oder Haftstrafen ausgesprochen. Die jüdischen Einwohner hatten sich ebenfalls vor dem Presbyterium zu verantworten. In den wenigen Fällen im 18. Jahrhundert ging es, wie hier dokumentiert, zumeist um die Frage der Sonntagsheiligung. So war es am Sonntagnachmittag verboten, über die Felder „auszulaufen“ oder nicht notwendige Arbeiten zu verrichten. Es lässt sich beobachten, dass es eine gleiche und gerechte Behandlung von Christen und Juden vor dem Presbyterium gab. Von größeren Konflikten wird nichts berichtet.

Aus den Protokollen des reformierten Presbyteriums:

3. Dezember 1711

Weilen wiederum das auslaufen der Juden auf den Sonn- und Feiertagen Meldung geschehen, so hat man den Herren Amtsverwalter um die nachdrückliche Inhibition gebethen.

3. März 1728

Am 3.ten Martii ist ordentliches presbyterium gehalten und davon der Anfang mit dem Gebet gemacht worden.

1. Wie man vernommen, dass auf den Tag des Herrn Christi sind Jüde ihren Geschäften nachgelaufen. Hat H. Amtsverwalter Schäfer solches als eine weckende ärgerliche Sache, wodurch des Herrn Tag geschändet werde, zu verbieten sich offeriret und auch sofort H. Schultheiß Trechsel solches der ganzen Gemeinde zu actifiren enjungiret.

2. August 1753

Wurde der Schutzjude Joseph vorgefordert und gefragt, warum er auf den Sonntag den Backofen geheizt und Fleisch gebraten, dadurch also den christlichen Sabbat entheiligt und Anlass zu Ärgernis gegen hätte gegeben hätte?

Antwort: Es wäre just der Tag der Beschneidung seines Söhnleins gewesen und den Tag vorher an ihrem Sabbat hätte er solches nicht verrichten können, wie er es ohnehin getan hätte, wenn ihm nicht bekannt, dass die Christen bei vorfallender Gelegenheit der Begräbnis ihrer Toden im Backofen gebraten...Fragte der Amtmann, wer denn die wären? Antwort: Darauf hätte er just nicht achtgeachtet, er wäre auch nicht gesetzt, um die Leute anzugeben, er wäre kein Kirchenrüger; doch wäre ihm eine frische Leiche bewußt, da bei der Beerdigung des Gerichtsschöffen und Kirchenältesten H. Conrad Ruthen, den 2. Ostertag etliche Kalbsbraten gebraten worden. Der Pfarrer fügte hinzu, dass es nicht zu leugnen, dass vor vielen Jahren, vielleicht auch schon vor seiner Zeit, dergleichen geschehen; man hätte aber das als eine Kocherei und Bereitung der Speisen gesehen, wäre auch niemals jemand deswegen angegeben und wie er vernommen, hätten einige darüber geeifert.

6. September 1753

Sollten diejenigen, auf welche der Schutzjud Joseph Gabriel gesagt, dass sie auch auf einen feiertag im Backofen Braten gebraten, gerufen und deswegen verhört werden; weil aber die ganze Gemeinde selbigen Vormittag im Grommet (Heu) mähen und machen begriffen, so hat man solches anstehen lassen, wird aber am nächsten Prtesbyterio vorgenommen werden.

6. Oktober 1753

Wurde Meister Heinrich Limberger gefragt, ob seine Leute am 2. Ostertag bei dem Begräbnis des H:C. Ruthen Braten im Backofen gebraten und ob dasselbe vor und nach dem Gottesdienst geschehen? Antwort: Die Kinder, worunter auch sein Tochtermann, hätten den Sonnabend in der Nacht gegen 10 und 11 Uhr die Braten gebraten und den 2. Feiertag während der Predigt sei etwas geheizt worden, um die Braten warm zu machen und weil das mehrmalen bei sonntäglichen Leichen geschehen, zumal wenn von andern Dörfern Verwandte zur Leiche gekommen, so hätten sie nicht gedacht, dass sie deswegen angegeben würden. Nachdem nun die Glieder des Presbyteriums ihm vorgehalten, dass Essen und Braten bei Leichen zu geben, verboten sei, ist derselbe entlassen worden.

8. August 1754

Wurde vorgefordert der hiesige Schutzjud Vohl, und der Schutzjud, der alte Götz, welche angegeben worden, dass sie vor dem Ende der Nachmittag-Kirche Vieh auf der Judenweide getrieben. Beide gestanden, dass es geschehen; es wäre aber das erste mahl; der erstere Vohl, welchem das Vieh allein zugehörte, entschuldigte sich, dass gegenhalb 3 Uhr Christenkinder in seiner Nachbarschaft zueinander gesprochen, wir wollen herfür auf die Straße gehen, die Kirch ist aus; so hätte er der Meinung, dass dem so sei, sein Vieh aus dem Stall gejagt

und der andere Jud, der alte Götz, entschuldigte sich, dass das eine Stück Vieh dem Vohl ausgerissen und in einen fremden Hof gelaufen, so hätte dem Vohl geholfen, das Vieh auf den Weg zu bringen; beide hätten gebeten, dass ihnen ihre Unvorsichtigkeit vergeben werden möge, es wäre von ihnen nicht mehr geschehen und sie würden sich inskünftig ernstlich davor hüten; welche mit Bestrafung und Warnung entlassen wurden.

12. Januar 1777

Das Handeln der Metzler auf Sonn- und Feyertagen ist verboten, gleichwohl gehet es noch beständig fort und man sieht allhier die ganze Woche keinen Metzler als den Sonntag, wodurch es geschieht, dass die mehrsten Leute vom Gottesdienst abgehalten werden, sie laufen denselben in die Häuser, wo der Weinkauf geschieht, nach, helfen denselben unter dem Gottesdienst verzehren, wodurch der Sabbath entheiligt und auch selbst die Allmosen dadurch verkürzt werden, des Süßels sein ältester Sohn, namens Juda führt dieselben noch zu recht, man hat deswegen schon gewarnet, gleichwohl läßt Süßel es nicht nach, deswegen billig zu straffen ist



Auszug aus dem Taufbuch von 1728

Den 20. Juni 1728 ist ein Judenknab von 15 bis 16 Jahr namens Moses eines dahier gewesenen Juden Salomons hinterbliebener Sohn, nachdem er ungefähr 10 Monate bei einem zeitlichen Prediger dahier Arnold Philipp Leipold im Haus

und gesegnete Unterweisung gewesen, nach abgestattetem freymütigen und recht gründlichem Bekenntnis unseres Evangelischen Reformierten Christlichen Glaubens durch das Band, Zeichen und Siegel der Hl. Taufe Christo und seiner Kirche einverleibt worden. Der Herr lasse nun seine Erkenntnis wahrhaft geheiligt sein und in einem durch die Kirche tätigen Glauben sich würdesam erweisen. Zum Preiß Gottes ruft die Gemeinde und viele Christen...wie Juden einzuladen um seiner eigenen Seligkeit.

Die hohen Taufzeugen sind gewesen Ihr Hochgräfliche Gndl. unser Gnädigster Landesvatter, unsere ehrwürdige Landesmutter desgleich unseres Gnädigsten Grafen und Herrn Bruder Graf Wilhelm Moritz in der Philps-Eych, von dem er den Namen Ernst Carl Wilhelm Gottlieb bekommen.

LANGENDIEBACH

Reg.-Bez. Kassel (Hanau) – Prov.-Rabbinat Hanau, IsrG – E: ca. 2600, J: 36, Z: 9; Syn (Wilhelmstraße) – Mi – Sch; Vors. Siegmund Stifel; (L u. Sch Leo Sonnenberg, Wachenbuchen; RIU 5 Ki.

Jüdische Gefallene 1914–1918: Sally Marx.

Statistik: 1835: 96, 1861: 100, 1905: 66 Juden. In der Nähe Rückingen: 1835: 44, 1861: 41, 1905: 36 Juden, mit Niederrodenbach: 17 bzw. 13, 1905: 23 Juden (vgl. bes. Blatt Rückingen!).

Geschichte: Wahrscheinlich lebten bereits im 14. Jahrhundert – jedenfalls vorübergehend – einzelne Juden auch im Bereich von Langendiebach. Urkundliche Hinweise gibt es jedoch erst für die Zeit nach 1700, und zwar fast ausschließlich in Unterlagen des Fürstlich Ysenburgischen Archivs in Birstein.

Im Kirchenbuch der evangelischen Gemeinde Langendiebach ist im Jahre 1728 die Taufe eines verwaisten jüdischen Knaben Moses, hinterbliebener Sohn eines dahier gewesenen Schutzjuden Salomon, vermerkt; daraus ergibt sich, daß schon vor 1700 Juden dort ansässig waren (1682: 4 Juden in Langendiebach).

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts war die Lage der Schutzjuden in Langendiebach und auch anderen Orten, die zu Ysenburg-Birstein gehörten, sehr schlecht. Aus den Jahren von 1784 bis 1791 sind viele Anträge auf Aufnahme als Schutzjude, aber auch Eingaben um eine Beschränkung der Zahl der Schutzjuden vorhanden – damals an den Fürsten in Offenbach gerichtet. Die höchste Mitgliederzahl hatte die jüdische Gemeinde von Langendiebach um die Mitte des 19. Jahrhunderts; damals waren 10% der Gesamteinwohnerzahl Juden. Nach der Emanzipation der Juden – d. h. nach 1848 – konnten die Juden auch in Langendiebach Grundbesitz erwerben und auch handwerkliche Berufe ergreifen. Insgesamt waren 18 Häuser in jüdischem Besitz; viele davon wurden von ihren Besitzern wegen Abwanderung wieder verkauft (lange vor 1933). Die meisten Häuser lagen an der Hauptstraße von Langendiebach.

Synagoge: Das Synagogengebäude war ein anspruchsloser Fachwerkbau an der Hauptstraße. Die Straße wurde mehrfach umbenannt: 1932 Wilhelmstraße, jetzt Friedrich-Ebert-Straße. Das Haus stand an der Ecke der Ringstraße, noch innerhalb des ältesten Festungsringes. Der Betraum hatte etwa 21 Männer- und 10 Frauenplätze. In dem – etwa 1850 als Synagoge eingerichteten – Gebäude befanden sich auch die Lehrerwohnung und ein Schulraum. Von etwa 1860 bis 1900 wirkte in Langendiebach der Lehrer Katzenstein, später Lehrer Gatz, der nach Aufhebung der Schule (demnach Elementarschule) nach Marburg verzogen ist. Das Judenbad befand sich in der Hintergasse (jetzt August-Bebel-Straße 23).

Berufs- und Sozialstruktur: Hauptsächlich Viehhändler und Metzger, in älterer Zeit gab es einen Hausierer, der sich besonders als Fellaufkäufer betätigte. Vor 1933 bestand ein Lebensmittelgeschäft, das wegen Auswanderung aufgegeben wurde, und ein bedeutendes Textilgeschäft Kahn. Dieses Geschäft wurde durch einen Neubau modernisiert und erfreute sich noch in den dreißiger Jahren eines guten Zuspruchs. Im allgemeinen war die wirtschaftliche Lage der Juden gut; Beweise dafür sind nicht nur die vielen Häuser in jüdischem Besitz an der Hauptstraße, sondern vor allem die Tatsache, daß zur Zeit des Dreiklassenwahlrechtes als Höchstbesteuertes ein jüdischer Viehhändler in der ersten Wählerklasse war, abwechselnd mit dem Besitzer einer Diamantschleiferei.

Am Vereinsleben hatten die Juden regen Anteil. Der Lehrer Katzenstein gehörte zu den Gründern des Gesangsvereins «Liederkranz» im Jahre 1864; die Brüder Kaufmann waren Mitglieder im Gesangsverein «Sängerlust». Der Textilkaufmann Kahn war Mitglied im Arbeitergesangsverein und Förderer des Theaterspiels der Jugend; als Fußballspieler tat sich Edwin Löwenstein hervor. Am Kriege 1870-1871 nahmen auch einige jüdische Einwohner Langendiebach teil; ihre Namen waren auf der Gedenktafel in der Kirche sowie auf dem früheren Kriegerdenkmal verzeichnet.

Nach 1933: Das Synagogengebäude wurde im November 1938 nicht in Brand gesteckt (es wohnte eine nichtjüdische Familie in dem Haus), aber die Einrichtung des Betraumes wurde demoliert und Bücher und Kultgegenstände auf die Straße geworfen. Der letzte Vorsitzende der Gemeinde war Jakob Kahn.

Die meisten jüdischen Einwohner entschlossen sich nun zur Auswanderung. Insgesamt wanderten 22 Personen aus, und zwar: eine Familie (4 Personen) nach Südamerika, 15 Personen nach den USA bzw. Kanada, einige Personen sind noch in Langendiebach bzw. in Frankfurt verstorben, die letzten 11 jüdischen Einwohner wurden im Jahre 1942 deportiert und sind umgekommen.

Nach 1945: 1961 wurde am Platz der ehemaligen Synagoge (heute befindet sich dort ein Neubau mit Ladengeschäft der Konsumgenossenschaft) eine Gedenktafel enthüllt; über der Abbildung eines Tarmigen Leuchters stehen die Worte «Höre, Israel, der Herr, unser Gott, ist ein einziger Herr» (5. Mose 6,4), und der Hinweis, daß an diesem Platz früher die Synagoge stand. Veranlaßt wurde die Anbringung der Tafel von der Ortsgemeinde und der Evangelischen Kirche in Langendiebach. Bei der Feier waren auch die zur ehemaligen Filialgemeinde Rückingen gehörenden Brüder Lilienfeld anwesend, die aus Theresienstadt zurückgekehrt waren.

Friedhof: Langendiebach besaß keinen eigenen jüdischen Friedhof; die Verstorbenen wurden auf dem jüdischen Friedhof in Rückingen bestattet, zum Teil auch auf dem Friedhof von Langenselbold.

Quellenmaterial: Statistiken; Archivakten: Fürstl. Ysenburg. Archiv Birstein (u. a. 3939/40-44, 3933-36); JRSO; StA Wiesbaden, Best. 365 (Geburts-, Trau- und Sterberegister 1826-1879); - Informationen von Ortsgemeinde und Bericht von Propst i. R. Wibbeling, Langendiebach.

Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem öffentlichen Leben

Ab Sommer 1935: Überall Schilder „Juden unerwünscht“ an Geschäften, Ortseingängen, Restaurants, Frisören, Badeanstalten; Sitzverbot in Straßenbahnen.

28. März 1938: Die jüdischen Gemeinden verlieren ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts.

26. April 1938: Juden müssen ihr Vermögen anmelden

17. August 1938: Juden müssen die zusätzlichen Zwangsvornamen Sara bzw. Israel führen.

5. Oktober 1938: Kennzeichnung der jüdischen Reisepässe mit „J“.

12. November 1938: Verordnung zur Sühneleistung über eine Milliarde Reichsmark, Einleitung zur „Zwangsarisation“.

15. November 1938: Ausschluss jüdischer Kinder vom Besuch öffentlicher Schulen.

3. Dezember 1938: Führerscheinentzug

6. Dezember 1938: Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Lesehallen, Museen, Sporthallen und –plätzen, öffentlichen Bädern etc. verboten.

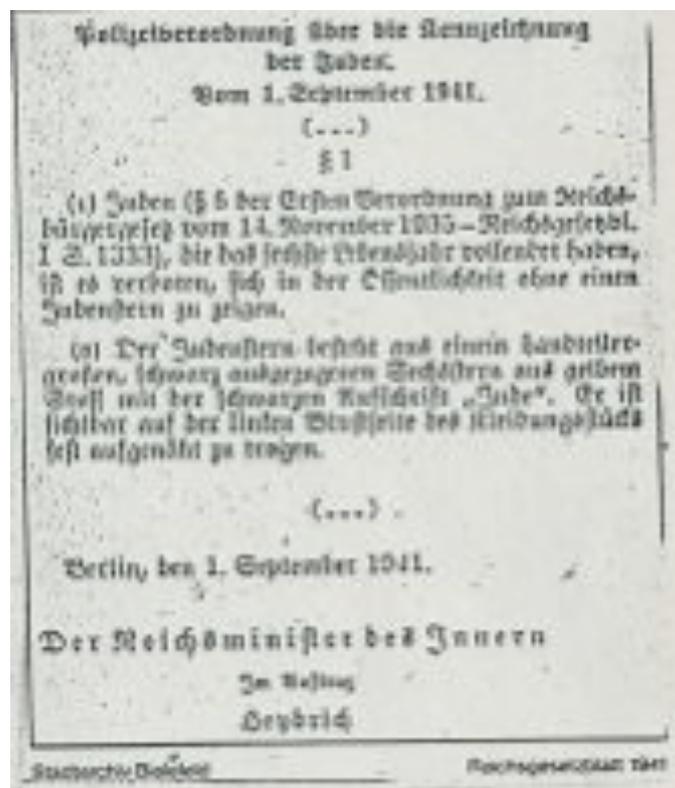
8. Dezember: Ausschluss vom Besuch der Universität

15. September 1939: Juristische Absicherung der antisemitischen Politik durch die „Nürnberger Gesetze“: Den jüdischen Bürgern wurden ihre staatsbürgerlichen Rechte entzogen. Eheschließung und Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden wurden verboten. Nichtjuden durften jüdische Frauen unter 45 Jahren nicht länger im Haushalt beschäftigen. Alle Beamte jüdischer Herkunft wurden entlassen.

30. Januar 1939: Hitler kündigt im Reichstag die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ an, falls ein neuer Weltkrieg ausbrechen sollte.

Sternträger

„Mit Wirkung vom 19. September 1941 unterlagen alle Juden in Deutschland einer diskriminierenden öffentlichen Kennzeichnungspflicht: Jeder Jude ab dem 6. Lebensjahr musste in der Öffentlichkeit den gelben Stern mit der Aufschrift „Jude“ tragen.“



Die oben erwähnte Polizeiverordnung hat in allen Schichten der Bevölkerung eine wahre Genugtuung hervorgerufen...Immer wieder kann man die Meinung hören, dass nun endlich den Juden innerhalb Deutschlands jede Möglichkeit, sich zu tarnen, genommen wird. Allgemein hebt man hervor, dass erst durch diese Polizeiverordnung alle die Juden einschränkende Maßnahmen, wie Kino-, Gaststätten- und Wochenmarktverbot, ihre volle Wirksamkeit erhalten hätten...Allgemein hofft man, dass nun bald auch der letzte Jude das deutsche Vaterland verlassen werde.

Aus: Joachim Meynert u. Friedrich Schäffer: Die Juden in der Stadt Bielefeld während der Zeit des Nationalismus. Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte Bd. 3, S. 178

Entscheidendes Kriterium für die Zuordnung eines Menschen, ob Jude oder Nichtjude, war seine Religionszugehörigkeit bzw. die seiner Eltern oder Großeltern. Die Juden, die nicht zur jüdischen Gemeinde gehörten, konnten nur mit Hilfe von Kirchenbüchern identifiziert werden. Nichtjuden mussten bei der Heirat ihre „arische“ Abstammung durch Auszüge aus den Kirchenbüchern nachweisen.

Der sogenannte „Ariernachweis“

Der Reichsführer der Schutzstaffeln der NSDAP.
Haffe- und Siedlungshauptamt

Beispielsweise
Einschreiben: 193151
Vorfachstelle:
NSDAP Haffe- u. Siedlungshauptamt
Berlin 174320



Postort:
Berlin-Charlottenburg - H
Post- u. Fernschreibamt:
Berlin SS 68
Scheinbuch 14

Eigennam

Berlin, den 5.8.1938

1 AS 18.05.1938
/w Müller, Wilhelm

Sichtung: KULTUR

Betreff: Nachprüfung der arischen Abstammung
Anzahl: 3

Az des
Hv. Pfarramt
Langendiebach h. Hanau

Das Hufe-Hauptamt SS bittet um antlichen Gebrauch um gebührenfreie Übersendung vollständiger wortgetreuer Registerauszüge unter Verwendung der beiliegenden Vor- drucke über:

- nd. '98*
mit 1/2
1. Trauung des
Johann Wilhelm C h r i s t
mit der
Anna Margarete H a m e r i c h,
getraut vor-1788- 1783
 2. Geburt und Taufe des
Johann Wilhelm C h r i s t,
geb. um 1790.
 3. Geburt und Taufe der
Anna Margarete H a m e r i c h,
geb. um-1790. 1787

Für baldige Erledigung wäre das Hufe-Hauptamt SS dankbar.



Heil Hitler!
Der Chef des Sippenamtes
im Hufe-Hauptamt SS
i. A. *Müller*
SS-Unterscharführer u.
Hauptabteilungsleiter.

Original Unterrichtsmaterial der Oberstufe
des Hansuer Gymnasiums

Schriften zu Deutschlands Erneuerung

Begründet von der Arbeitsgruppe Breslau des NSDAP.

Nr. 54 a/b

Der Jude und der deutsche Mensch.

Was jedermann in Deutschland
vom Judentum wissen mußte.

Von Curt Herrmann, Breslau.

4. Auflage.

Inhalt:

1. Art löst nicht von Art.
2. Die Juden, ein Fremdsolk für uns Deutsche.
 - a) Von der Herkunft und Entstehung der Juden.
 - b) Ihre körperlichen Eigenheiten.
 - c) Von der Seele des Juden.
3. Die Juden im Zusammenleben mit uns.
4. Die Juden im Weltkriege.
5. Das Judentum im politischen Leben.
6. Die jionistischen Protokolle.
7. Zur jüdischen Religion.
8. Jüdische Würdelosigkeiten.
9. Was große deutsche Männer von den Juden sagten.
10. Die Lösung der Judenfrage.

Wer sich um die Judenfrage herumdrückt,
der ist mein Feind. Dietrich Eckart.

Heinrich Handels Verlag, Breslau 1

Einzelk nur im Umschlag 0,30 RM.,
bei Mengenbezug von 10 Exemplaren an ohne Umschlag 0,22 RM.

Das Judenprogramm im November 1938 – „Reichskristallnacht“

POSSNER, der auch das Buch „Verurteilung“ (Veröffentlichung) 1938 für die Gewerkschaften gegen die Juden in Deutschland 1938-39 und Anfang der 90er Jahre veröffentlichte, drängte auf Eigentum und Leben von zum Beispiel Überlebenshilfe, Plünderungen oder Auslieferung, eine national, religiös, ethnisch, wirtschaftlich über längere Betrachtungsperiode durch eine typischen aufrecht Menge in deutscher Sprache gebracht, muss nur für Judenverfolgung verwendet.

Ausschluss der Synagogen-Synagogen aus dem Reichskristallnacht
 am 9. November 1938

An alle Synagogen-Stationen und Synagogenstellen - An Leiter oder Stellvertreter.

Synagogen sind sofort auf dem schnellsten Wege vorzubereiten.

Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, durchgeführt, die sich nicht zu ändern. Jedoch ist in Verbindung mit den Maßnahmen die Sicherstellung der Synagogen und anderer wichtiger kultureller Einrichtungen sicherzustellen werden müssen, sofern sich in Synagogen wichtige Archivalien befinden, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.

Es ist vorzubereiten die Festnahmen von etwa 10 - 15 von Juden im Reich. Es sind ausschließlich nur allein verhaftete Juden, nicht Angehörige anderer Völker im Laufe dieses Nachts.

Sollten bei den besagten Aktionen Juden in Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die erbehaltenen Waffen durchzuführen. In den besagten Aktionen dürfen nur Personen verhaftet werden, die die Synagogen betreten. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Synagogen auf jeden Fall sicherzustellen.

Interne für Synagogen:
 In der Synagoge sind folgende wichtige Maßnahmen durchzuführen:
 Eine ist durch schnellste Maßnahmen im Besonderen mit 20 sofort sicherzustellen.

Synagogen in Berlin
 Informationen über die Festnahmen der 20
 Seite 147
 Deutscher Militär-Verlag Berlin 1938

Mit dem Beginn vom 11. November an
 Anfang jeder Nacht sind die Häuser
 von einer Zerstörung betroffen, die sich dem
 8. November bis zum 10. November. Die
 Synagogen wurden jedoch bereits im folgenden
 Tag nach einer Zerstörung zerstört. In
 dem 1938 (1938) wurden die Synagogen
 der Stadt als Zerstörung zerstört
 diese wurde auf 15 - 20 Millionen Mark ge-
 schätzt. Das zerstörte Gesamtvermögen be-
 trug etwa 100 Millionen Mark.

Der Chef der Sicherheitspolizei
 1938-39/1938
 Bitte in der Antwort vorzutragen
 der Geschäftsführer und Leiter
 anzufragen

Berlin NW 11, den 11. November 1938
 Fernschreiber: A 2 F 10 2 10 2 10
 Berlin

Sicherheitsrat

An den
 Herrn Ministerpräsidenten
 Generalmarschall Göring
 1. Vize von Ministerpräsident Dr. Brüning

Berlin NW 8
 Leipzig 1938

Dati.: Aktion gegen die Juden

Die bis jetzt eingegangenen Meldungen der Staatspolizeistellen haben bis zum 11. November 1938 folgende Gesamtergebnisse ergeben:

In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäfte abge-
 ereignet. Es wurden, um weitere Plünderungen zu verhindern, in allen Fällen sofort durchge-
 griffen. Wegen Plünderungen wurden dabei 174 Personen festgenommen.

Der Umfang der Zerstörungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher
 näherungsweise noch nicht belegen. Die in den Berichten aufgeführten Zahlen: 815 zerstörte
 Geschäfte, 28 in Brand gesteckte oder sonst zerstörte Wohnhäuser, 171 in Brand gesteckte
 oder zerstörte Wohnhäuser, geben, soweit es sich nicht um Bekleidungen handelt, nur
 einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder. Wegen der Dringlichkeit der
 Berichterstattung mußten sich die bisher eingegangenen Meldungen lediglich auf allge-
 meine Angaben, wie „zahlreiche“ oder „die meisten Geschäfte zerstört“, beschränken. Die
 angegebenen Zahlen stellen daher um ein Vielfaches überlegen werden.

An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig zerstört. Ferner
 wurden 11 Gedenkbücher, Friedhöfekapellen und dergleichen in Brand gesteckt und
 weitere 6 völlig zerstört.

Festgenommen wurden rund 20000 Juden, ferner 3 Arier und 3 Ausländer. Letztere
 wurden zur eigenen Sicherheit in Haft genommen.

An Todesfällen wurden 98, an Schwerverletzten ebenfalls 98 gemeldet. Die Getöteten bzw.
 Verletzten sind Juden. Ein Jude wird noch vermißt. Unter den getöteten Juden befindet
 sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige. Reichlich

Dokument PE 3058 des Hauptkommandos Mitteloberrhein Nürnberg, abgedruckt bei Palakav-
 Novik. Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufzeichnungen, Berlin 1968.



Festzug 1930

Im Vordergrund rechts: die ehemalige jüdische Schule, daneben die Synagoge, Im Hintergrund rechts: Das Haus des Viehhändlers Arnold Strauß, davor die Metzgerei von Josef Marx, bzw. dessen Nachfolger Willi Hain.

Ein Augenzeugenbericht über die Ereignisse in der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 in Langendiebach:

„Die Vorgänge in der Kristallnacht 1938 in Langendiebach sind mir noch ziemlich gut in Erinnerung. Die Synagoge stand in der heutigen Friedrich-Ebert-Straße 33 (früher Wilhelmstraße). Auf diesem Grundstück befand sich an der Straßenfront ein einstöckiges kleines Wohnhaus, bestehend aus Küche, Wohn- und Schlafzimmer, anschließend war ein Schulraum für jüdische Kinder. An das Wohnhaus schloss sich ein höheres Stallgebäude an. Über den unteren Stallungen befand sich die Synagoge, die keineswegs komfortabel ausgestattet und von außen nicht als Synagoge zu erkennen war. Mein Wohnhaus in der früheren Mittelstraße (heute Am Haspel) grenzte unmittelbar an dieses Gebäude, so dass man durch zwei kleine Fenster Einblick in das Innere der Synagoge gewinnen konnte. Für uns als Buben war es von Interesse, den hebräischen Gesang, der mitunter einen ganzen Tag dauerte, zu hören.

Nachdem es in etlichen Städten und Gemeinden durch die infame Progromhetze schon zu mutwilligen Demolierungen gekommen war, war auch täglich damit zu rechnen, dass durch Brandstiftung an der Synagoge mein Wohnhaus in Gefahr geraten könnte. Gegen 21 Uhr, als wir uns zu Ruhe begeben wollten, hörte ich das erste Gepolter. Meine Frau und ich gingen in den Hof des Judenhauses und sahen, wie das Innere der Synagoge zerstört wurde, Zuerst wurden die Bänke und Leuchter demoliert,. Gewänder, hebräische Tafeln, Gebetbücher und Schriften wurden auf die Straße geschleppt und verbrannt. Unterdessen hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die zum Teil mit besorgten Gesichtern diesem traurigen Schauspiel zusahen, währenddessen andererseits uniformierte SS- und SA-Leute, sowie fanatische Nazianhänger sich darüber lustig machten.

Zwischenzeitlich waren SA-Männer und Helfershelfer mit Reißhaken der Feuerwehr am Werk, das Dach und Gebälk einzureißen. Die Akteure waren vorwiegend Einheimische und einige Fremde in jugendlichem Alter, die aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit, ihrem Schmarotzer- und Denunziantentum bereits in Arbeit standen.

Als diese Schandtaten verrichtet war, rief ein junger Mann, der aus einer angesehenen Arbeiterfamilie stammte und durch Lautstärke seine Judenfeindlichkeit beweisen wollte: „Jetzt schmeißen wir noch bei der Paula (die vordem mit ihrem verstorbenen Ehemann eine gutgehende Metzgerei betrieb und nur 20m von der Synagoge wohnte) sämtliche Scheiben ein“. Da ich den jungen Mann und dessen Eltern gut kannte, nahm ich mir ihn vor und fragte ihn: „Was hat die Paula und deren Familie denn Böses getan? Muss das denn sein? Sie hat ihren Mann im besten Alter verloren, ihr Bruder ist im Weltkrieg gefallen, die drei Söhne haben Deutschland verlassen, jetzt steht sie mit ihrer

alten Mutter allein“. Er hatte Einsicht und ließ von seinem Vorhaben ab. Einen Einfluss auf die auf die vorangegangenen Randalierungen konnte ich nicht ausüben, da ich sofort Gefahr laufen musste, erneut verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht zu werden. Die Personen, die an dieser Aktion aktiv beteiligt waren, sind mir zum Teil noch namentlich bekannt, jedoch ist von ihnen fast keiner mehr davon am Leben.

Die Synagoge, sowie der übrige Gebäudekomplex, wurden sodann dem Erdboden gleichgemacht. Während des II. Weltkriegs wurden auf diesem Gelände Baracken für die Wehrmacht aufgestellt, die als Küche und Notlager dienten. Anfang Mai 1945, als die Amerikaner im Anmarsch waren, wurden mehrere Wohnhäuser sowie diese Baracken durch Granateinschüsse stark beschädigt. Später wurde an dieser Stelle ein großer Laden vom Konsumverein gebaut, der aber nur wenige Jahre existieren konnte...

Die Obrigkeit plant und organisiert den Massenmord



Eingang zum Konzentrationslager Theresienstadt

Theresienstadt war ein Evakuierungsort für ältere und nicht arbeitsfähige Juden. Viele starben dort an Unterernährung und Krankheiten, unter ihnen der frühere Hanauer Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch. Andere wurden nach einiger Zeit in die Vernichtungslager im Osten weitertransportiert.

Im September 1942 wurden die folgenden elf jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger Langendiebachs nach Theresienstadt deportiert und sind dort umgekommen:

Max Kaufmann und seine Frau Hanna
Adolf Kaufmann und seine Frau Nancy
Arnold Strauss und seine Frau Tilly
Jakob Kahn und seine Frau Johanna
Irma Kahn (Tochter von Johanna und Jakob Kahn)
Jenny Marx (Frau des früher verstorbenen Josef Marx)
Paula Hain (Frau des früher verstorbenen Willi Hain)

BERICHT DES JUNGEN, DER DIE LETZTEN ELF JÜDISCHEN EINWOHNER LANGENDIEBACHS MIT EINEM PFERDEFUHRWERK ZUM BAHNHOF RODENBACH BRACHTE:

Jede Familie durfte von ihrem „Hab und Gut“ ein Gesamtgewicht von 50 Kilogramm mitführen. Das Gepäck wurde einige Wochen später mit einem Pferdefuhrwerk zum Hanauer Hauptbahnhof transportiert.

Die Menschen wurden einige Wochen später mit dem gleichen Fuhrwerk, jedoch unter starker Polizeibewachung, zum Rodenbacher Bahnhof gebracht. Von dort wurden sie in das Konzentrationslager Theresienstadt weitergeleitet.

Einer der jüdischen Mitbürger – Max Kaufmann – verabschiedete sich mit folgenden Worten:

„In meinem Haus auf dem Dachboden steht ein Sack voller neuer Kälberstricke. Bewahrt sie gut auf für alle, die während der Zeit der Verfolgung zu all diesem Übel beigetragen haben“.



Abtransport von Juden auf dem Hanauer Hauptbahnhof

Bilder ehemaliger jüdischer Bürger Langendiebachs



SALLY STIEFEL
Jahnstraße
In die USA ausgewandert



JULIUS KAUFMANN
Enge Gasse
Mit seinem Bruder Helmut in
die USA ausgewandert
Die Eltern Adolf und Nanni
Kaufmann sind in Theresien-
stadt umgekommen



S A L L Y H A I N

Friedrich-Ebert-Straße

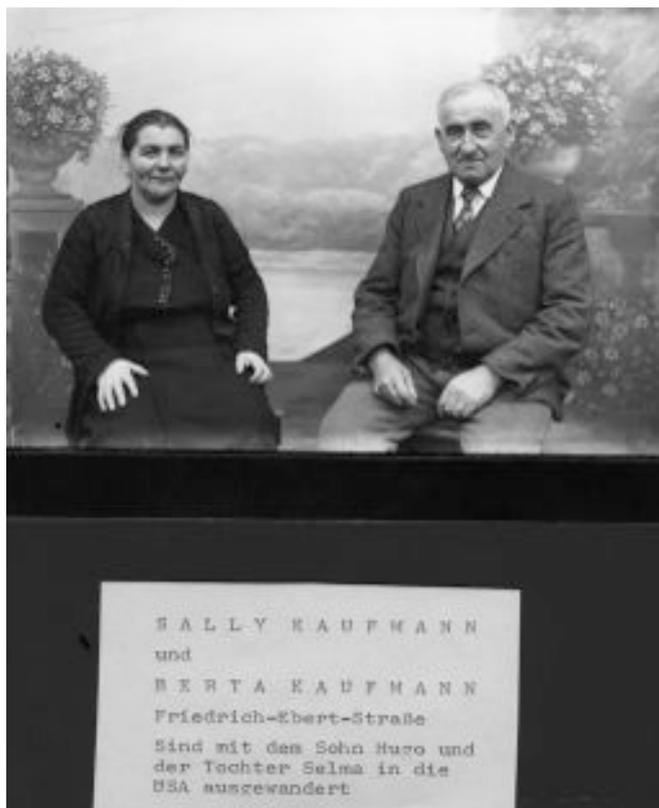
Mit seinen Brüdern Max und
Friedel in die USA ausgewandert
Die Mutter Paula Hain und die
Großmutter Jenni Marx sind in
Theresienstadt umgekommen



M A X K A U F M A N N

Friedrich-Ebert-Straße

Mit seiner Frau Hanne in
Theresienstadt umgekommen





ILSE BLUMENTHAL-JAHNSTRASSE

Mit ihren Eltern Max und Lina Blumenthal nach Brasilien ausgewandert

HÖRE ISRAEL
DER HERR UNSER GOTT
IST EIN EINIGER HERR



HIER STAND BIS ZUR
ZERSTORUNG
IM NOVEMBER 1938
DAS BETHAUS
DER JÜDISCHEN GEMEINDE

ZUR ERINNERUNG
IM JAHRE 1961

EVANG. KIRCHE POL. GEMEINDE
LANGENDIEBACH

Spontaner Akt der Menschlichkeit:

Eine Gedenktafel mahnt

In Langendiebach gedachte man der umgekommenen jüdischen Mitbürger

Langendiebach. — In Anwesenheit des hiesigen Landratsabbeys Dr. Lichtscheid (Frankfurt) wurde am späten Sonntagabend an der Eugen-Kalber-Straße in Langendiebach eine Gedenktafel zur Erinnerung der jüdischen Mitbürger in der Nacht vom 10. zum 11. November 1938 aufgestellt. Einige hundert Langendiebacher Bürger, darunter auch viele jüdische Mitglieder aus dem Kreis Hanaa und den Nachbargemeinden nahmen an diesem Feiertag teil. Auf Initiative von Frau Hilbering bin wurde diese Gedenktafel geschaffen, die jetzt an dem Gebäude des „Kassensaal“ angebracht ist.

Der Text trägt die Inschrift: „Höre Israel, der Herr, unser Gott, ist ein einziger Gott. Hier stand bis zur Zerstörung im Jahre 1938 das Bethaus der jüdischen Gemeinde. Zur Erinnerung — Im Jahre 1938.“ Unten steht die Bronzetafel von der evangelischen Kirchengemeinde und der polnischen Gemeinde Langendiebach.

In Langendiebach wurde die Festschrift nicht in der sogenannten „Kritikalen-Welt“ gedruckt. Erst auf letztem Druck bin haben sich einige damals auch junge Männer dem hiesigen Bethaus angeschlossen. Es waren Langendiebacher, die auch heute noch in der Gemeinde leben. Ob sie selbst an der Feier teilnahmen — verbleibt aus Frage — wollen wir hier nicht untersuchen.

Für Recht und Wahrheit

Landratsabbeys Dr. Lichtscheid stellte seinen Jubiläumstag dem Recht voraus. In dem es heißt, daß sich die Welt und dem Recht der Wahrheit und dem Frieden zeichne. Mit Würdevollheit läßt sich das nicht immer durchsetzen. Er erinnert daran, daß man im letzten Krieg viel mehr Gewalt versuchte, die Menschheit nicht zu bringen, und dabei jene, die unangenehm waren, beiseite schob. Die Langendiebacher Initiative wertete der Landratsabbeys in dem Sinne, daß es hier doch viele Menschen gibt, die für Wahrheit und Recht eintreten. Der Landratsabbeys sprach seine Anerkennung dafür aus, daß man sich in Langendiebach endlich bereit erklärt habe, ein Erinnerungsmal an das Unrecht von damals zu schaffen. Er dankte dafür der evangelischen Kirchengemeinde und der polnischen Gemeinde.

Die Gedenktafel in Langendiebach ist nach Mitteilung des Landratsabbeys die erste Tafel die speziell und ohne Zweifel Hilfe in Hanaa geschaffen wurde. In Verbindung mit der Erneuerung eines Friedhofes in Hanaa waren vor einigen Jahren schon einmal ein Gedenkstein verbleibt.

Bürgermeister Heinrich Ruth berichtet, daß es für die Gemeinde selbstverständlich sei, die Tafel in ihrem Schritt zu übernehmen. In Langendiebach leben in den Jahren 1938 bis 1942 neun jüdische Familien mit 30 Personen. 17 Personen sind ausgewandert, drei sind eines natürlichen Todes gestorben, elf Personen sind am 7. Juli 1942 ausgewandert worden und finden in einer Gaskammer den Tod. Hinzu sind heute weitere Unterlagen vorhanden.

Appell an die Verantw.

Landrat Volker appellierte an die Verantw. Er mahnte die Bevölkerung, sich künftig nie wieder für solche Geschehnisse mitverantwortlich zu lassen. Der Landrat ist selbst Langendiebacher und bekräftigt, daß er in all den Jahren mit den jüdischen Mitbürgern in Langen-

diebach und auch in den Nachbargemeinden bestens zusammengeliebt habe, obwohl versucht wurde, Maß und Zwang zu setzen. „Wir haben uns auch heute mit den früheren jüdischen Einwohnern verbunden“, erklärt der Landrat, der heute noch mit einigen Familien, die in Amerika leben, Kontakt hat.

Bundesratungsmitglied Jakob Altmeyer stellte bei seinen Ausführungen die Menschlichkeit in den Vordergrund. Humanität, Solidarität und Brüderlichkeit sollten die unverrückbaren Werte der Menschen sein. Die Tafel soll an die bestmöglichen Werte der Menschlichkeit mahnen.

Frau Hilbering von der evangelischen Kirchengemeinde schloß die Zeit in der die jüdischen Bürger in Langendiebach wohnten. „Wir wollen hoffen, daß Taten wie die „Rechtstrifftafel“ sich nicht in unserem Lande wieder einmal ereignen.“ — Die Bronzetafel wurde von der Gläubigen Hilbering in Sinn im Bethaus hergestellt. Wie der Vorstand der jüdischen Gemeinde der Kirche Hanaa, Dr. Lichtscheid und Schlichter, Julius Lichtscheid (Hanaa), der Presse mitteilte, gibt es in diesen drei Kreisen heute noch 11 jüdische Einwohner. Ein Bethaus fehlt, das nächste ist in Offenbach und in Frankfurt, etc.



Unter Bild zeigt die neue Tafel am heutigen Verkaufstisch der Kassens-Gemeinschaft in Langendiebach an der Eugen-Kalber-Straße. Foto: Wolkamp



Der Rückinger Bürgermeister August Lilienfeld im Gespräch mit Landesrabbiner Dr. Lichtig und Landrat Voller



Ansprache von Landrat Voller und Sängervereinigung Langendiebach



Ansprache von Propst Wibbeling

2. Die Zeit des Dritten Reiches und die politische Verfolgung



Deutscher und Volkssporttag in Langendiebach

am Samstag, den 20. September 1939
und Sonntag, den 21. September 1939

veranstaltet von der N.O.S.T. Congressleitung

Schleifer:

Grußtag,
am 20. September 1939

1. Die, welche bei N. S. T. S. sich für
Sporttage an Reich-Wahltag am
Wahltag und im Vier Jahre

2. Die, welche bei N. S. T. S. sich für
Sporttage

3. Die, welche bei N. S. T. S. sich für
Sporttage

4. Die, welche bei N. S. T. S. sich für
Sporttage

Schleifer
am 20. September 1939

Grußtag,
am 21. September 1939

1. Die, welche

2. Die, welche mit Hilfe der Congress-
leitung eine Werbung im Reichstag

Nach dem Wahl

Werbung im Reich-Wahltag

1. Die, welche am Wahltag
2. Die, welche am Wahltag
3. Die, welche am Wahltag
4. Die, welche am Wahltag
5. Die, welche am Wahltag
6. Die, welche am Wahltag
7. Die, welche am Wahltag
8. Die, welche am Wahltag

Schleifer
am 21. September 1939

1. Die, welche am Wahltag
2. Die, welche am Wahltag
3. Die, welche am Wahltag
4. Die, welche am Wahltag
5. Die, welche am Wahltag
6. Die, welche am Wahltag
7. Die, welche am Wahltag
8. Die, welche am Wahltag

Schleifer
am 21. September 1939

Wahltag am Sonntag

Wahltag am Sonntag

1. Die, welche am Wahltag

2. Die, welche am Wahltag

3. Die, welche am Wahltag

4. Die, welche am Wahltag

5. Die, welche am Wahltag

6. Die, welche am Wahltag

7. Die, welche am Wahltag

8. Die, welche am Wahltag

Schleifer
am 21. September 1939

Deutscher Tag und Volkssporttag in Langendiebach



Lehrschau bei Oberfelden

Heute bei Tagesanbruch fand ein bewegter Sonntag im Ortsteil im Süden statt mit dem bekannten Festen, das sich bei Langendiebach abspielte. Die Teilnehmer aus den umliegenden Orten, besonders aus Langendiebach, waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Vollversammlung

Die Versammlung wurde am Sonntag im Saal des Gasthauses abgehalten. Die Teilnehmer waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Das Fest wurde am Sonntag im Saal des Gasthauses abgehalten. Die Teilnehmer waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Eröffnung des Volkswettbewerbs

Die Eröffnung des Volkswettbewerbs fand am Sonntag im Saal des Gasthauses ab. Die Teilnehmer waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Die Eröffnung des Volkswettbewerbs fand am Sonntag im Saal des Gasthauses ab. Die Teilnehmer waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Sessina

Die Sessina fand am Sonntag im Saal des Gasthauses ab. Die Teilnehmer waren zahlreich erschienen. In der ersten Zeit wurde der Wettbewerb im Fußball ausgetragen, wobei die Mannschaft der Langendiebacher die Sieger waren. Danach folgten verschiedene andere Wettbewerbe, die bis in den Abend hinein stattfanden. — Abends wurde ein Fest gegeben.

Wird die Darstellung nicht einseitig...
...der Darstellung...
...der Darstellung...

Geographie

Die Weltkarte...
...der Weltkarte...
...der Weltkarte...

Die Weltkarte...
...der Weltkarte...
...der Weltkarte...

**Waldung des West-Wald-
Waldung**

Die Waldung...
...der Waldung...
...der Waldung...

Die Waldung...
...der Waldung...
...der Waldung...

Waldung...
...der Waldung...
...der Waldung...

Waldung

Die Waldung...
...der Waldung...
...der Waldung...

Die Waldung...
...der Waldung...
...der Waldung...

1. Mai-Kundgebung auf dem Horst-Wessel-Platz 1938



NSDAP-Veranstaltung 1941



Heilgrüße aus
Langendiebach
Kreis Hanau a. Main

Festzug am Erntedankfest 1936







Maifestfest, Maifestfest
 Das Maifestfest wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.



Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten. Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Großes Jungprogramm am „Tag der Wehemacht“
 Musikalische - Darbietung der Schüler - Musikklub, Musikklub und Musikklub
 Das Gesangs- und Orchesterensemble des Musikklubs

Am Sonntag den 10. Mai wird ein großes Jungprogramm im Stadtpark abgehalten. Das Programm wird von den Schülern des Musikklubs, Musikklub und Musikklub durchgeführt. Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen.

Das Gesangs- und Orchesterensemble des Musikklubs wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten. Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Die Teilnehmer sind eingeladen, um an der Maifestfeier teilzunehmen. Die Maifestfeier wird am Sonntag den 10. Mai im Stadtpark abgehalten.

Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten

Widerstandskämpfer vor Gericht

Die mehrstündige Zusammenkunft von Gerichtsvollziehern gegen Anwälte, die sich der Verurteilung durch weitere Nachforschungen widert, spiegelt den blutigen Kampf von der Erde und der Tülpeln der 11. Juni wider. Einmal aus Namen der Angeklagten, deren Strafen und deren Recht werden die wesentlichen Angelegenheiten sowie die rechtliche Einschätzung aufgeklärt. Nicht in jedem Fall können alle Angaben vollständig ermittelt werden. Es verbleibt zu hoffen, dass viele Angeklagten über ihre Verfahren und insbes. aufgrund eines „Arbeitsauftrags“ in Zusammenhang mit eingeleitet wurden. Die genaue Rechtsverfahren in Carlsbergstraße Nürnberg nach Ableitung ihrer Gefängnis oder Zuchthausstrafe.

1934

28. Mai

Prozess gegen 18 Kommunisten vor einem Sonderhof des Oberlandesgerichtes Kassel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, was durch „Aufheben eines kommunistischen Apparates bis zum Frühjahr 1934“ mit dem Ziel „die KPD neu ins Leben zu rufen“.

Vermittelt wurden der Bäcker Friedrich Fierthauer (49) aus Haina (2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenhaft), der Schlosser Jean Maury (45) aus Langenselbach, (2 Jahre Gefängnis), der Schmiedler Nikolaus Heyn (34) aus Haina (2 Jahre, 4 Monate Gefängnis), der Arbeiter Karl Müller (33) aus Haina (2 Jahre Gefängnis), der Kremsdamer Wilhelm Ahl (27) aus Haina (2 Jahre 8 Monate Gefängnis), der Schlossermeister Johann Böger (27) aus Haina (1 Jahr 8 Monate Gefängnis), der Tischlermeister Heide Eising (19) aus Haina (1 Jahr 9 Monate Gefängnis), der Schlossermeister Wilhelm Körner (21) aus Haina (1 Jahr 8 Monate Gefängnis), der Richter Adolf Kötter (19) aus Haina (1 Jahr 8 Monate Gefängnis), der Zimmermann Johann Weidmann (19) aus Haina (1 Jahr 7 Monate Gefängnis), der Dramatiker Franz Bamberger (18) aus Haina (1 Jahr 7 Monate Gefängnis), der Uhrmachermeister Jell (18) aus Haina (1 Jahr Gefängnis), die Ehefrau Emma Schmidt (17) aus Haina (4 Monate Gefängnis).

1932

Im Juni 1932 beginnt der Prozess gegen 28 Angeklagte. In der Anklageerheit sind alle Drei aufgeführt, die mit dem Titel der Widerstandskämpfer verbunden waren: Haina, Ebnethaus, Hainbergen, Langenselbach, Langenselbach, Siedelheim, Klein-Kreuzenberg, Hainbach, Klein-Naheln, Mühlhagen, Klein-Naheln, Altmann, Kahl, Aulshausen, Ebnethaus, Grotzen.

Die Anklage lautet auf Vorbereitung bzw. auf Befehl von Hochverrat. Die Tätigkeit der Angeklagten habe dazu bewirkt, „eine neue Organisation zu schaffen, Vorbereitungen zur Durchführung Freiheit im Sinne und anderer Organisations zu halten, durch Zusammenhalten und andere Regeln Mittel zu erheben und den Zusammenhalt zu erhalten, Beiträge zu leisten“.

Aus der Anklageerheit ist zu ersehen, daß sich eine kleine Partei bzw. Mitglieder anderer Arbeiterorganisationen der Widerstandskämpfer der KPD angeschlossen. Besonders beachtet die Beteiligung ehemaliger Frontkämpfer. Das Gericht verurteilte insbesondere die Tischlermeisterleistungen von dem Hain Weidmann.

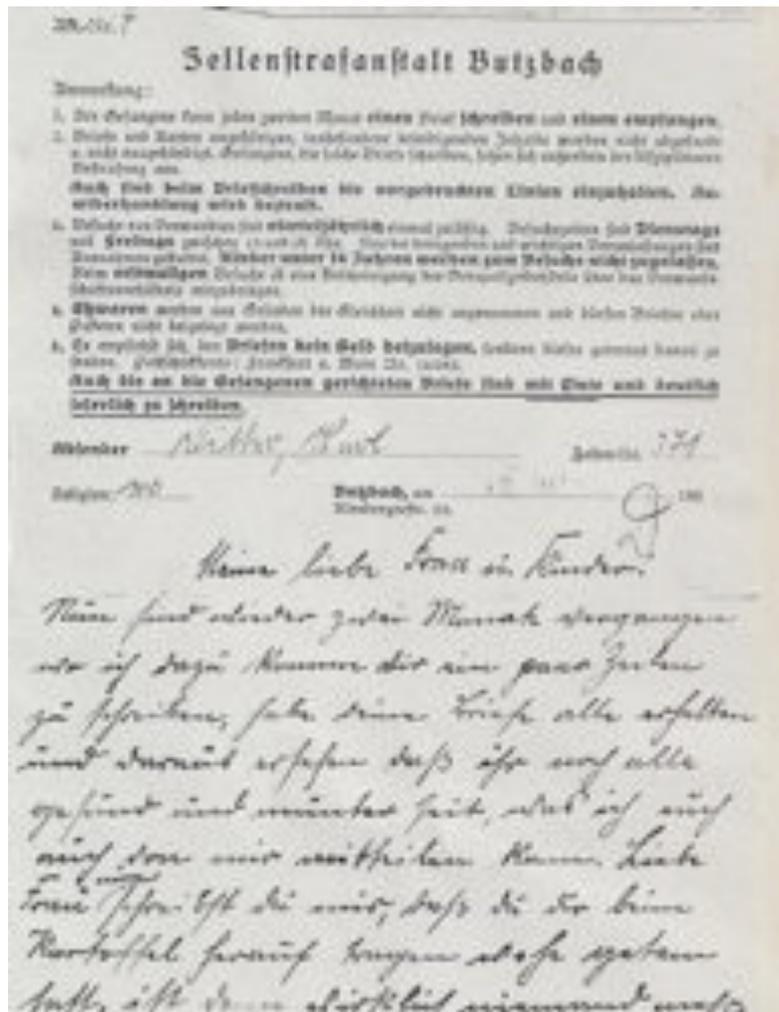
Zu Karl Heilmann wird im Urteil vom 11. Juli 1932 festgestellt, er habe „jedem illegalen Deutschland abgenommen“, unter anderem Exemplare der „Arbeiterschlag“ und der „Freiheit“.

Das Gericht verurteilte gegen die eine Zuchthausstrafe von 30 Monaten. Für die Verurteilung von Langenselbach ergaben sich zusammengefasst (1) Jahre und 4 Monate Haft. Die Summe aller im Prozess ermittelten Strafen betrug 500 Jahre aus.

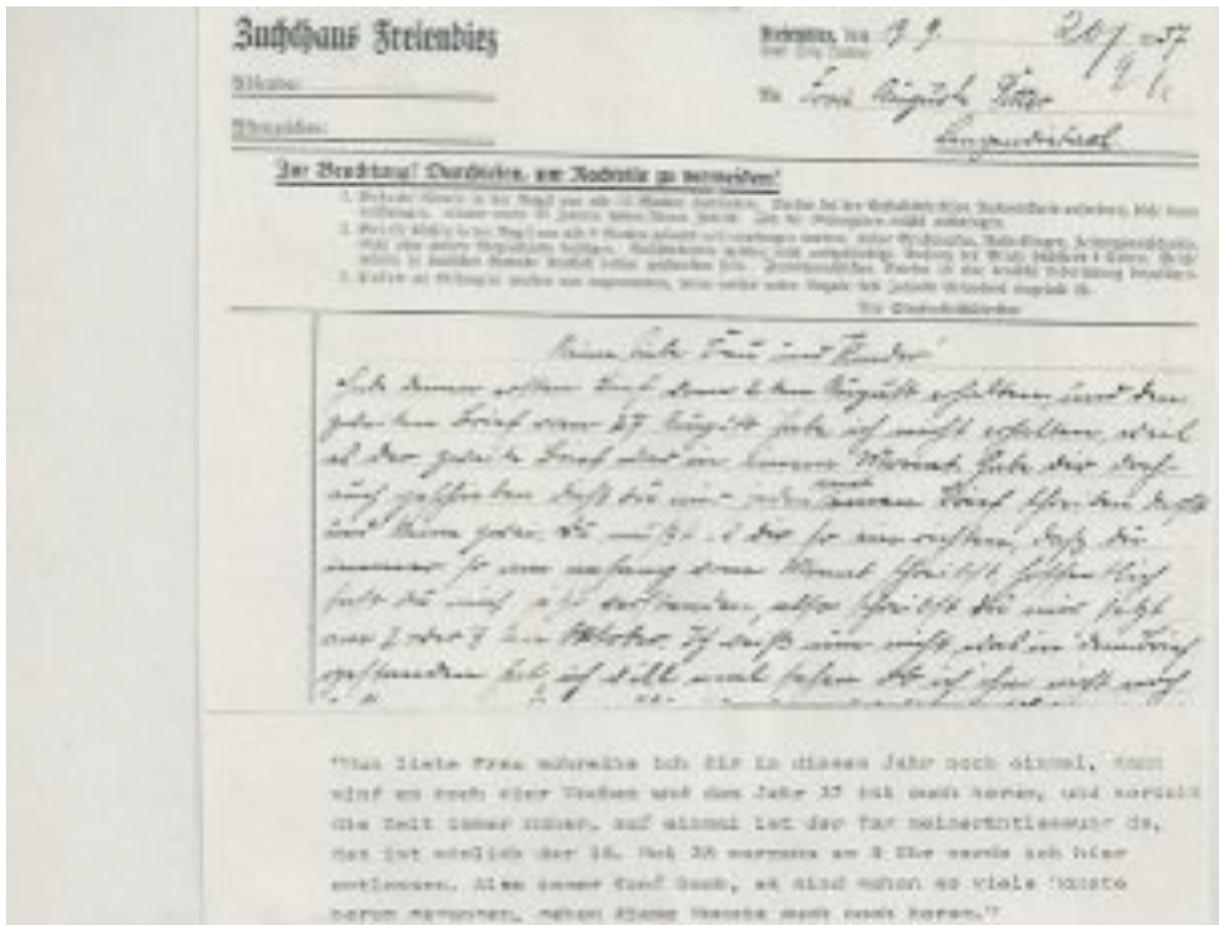
27. Mai - 1. Juni

Prozess vor dem Straßengericht des Oberlandesgerichtes in Kassel gegen 18 Angeklagte (im Alter zwischen 11 und 64 Jahren, darunter vier Frauen) aus Haina (28 Angeklagte), Oßfeld (2 Angeklagte), Aulshausen (2 Angeklagte) sowie aus den Orten Altmann, Ebnethaus, Siedelheim, Grotzen, Großschloß, Hainbach, Kahl, Siedelheim, Klein-Kreuzenberg, Klein-Naheln, Langenselbach, Langenselbach, Hain, Hagen, Siedelheim und Ebnethaus wegen „Vorbereitung eines kommunistischen Unrechts“, 24 Angeklagte gehörten zur KPD, 4 der SPD an, 50 Angeklagte keine Partei. Unter den Angeklagten befanden sich 12 Gewerbetreibende, ein Gewerbetreibender und ein Kreisverwaltungsbeamter. 18 Angeklagte waren Arbeiter, 3 Angestellte. Im Mittelpunkt der Anklage stand der „Widerstand des Widerstandes Haina der illegalen KPD, die Schaffung freier Verbindungen zwischen den einzelnen Organisations, eine umfassende Presse-Propaganda zur Förderung der inneren Einheitsfront der neuen Organisation“. Das Gericht verurteilte 12 der 18 Angeklagten zu insgesamt 180 Jahren und 9 Monaten Zuchthaus bzw. Gefängnisstrafe.

„Teile Euch nun mit, daß ich morgen Donnerstag den 16ten Mai von Hanau fort kommen nach Kassel...Es wird wohl jetzt eine Weile dauern bis Du wieder Post erhältst von mir. Liebe Frau habe auch gestern deinen lieben aber für mich schweren Brief erhalten. Ich weiß liebe Frau daß Du schwer deine Last und Arbeit, ich wollte, ich könnte es ändern. Ich würde es sofort tun, aber leider kann ich nichts mehr ändern. Ich glaube, daß mich das auch erledigt für mein Leben“



„Meine liebe Frau und Kinder. Nun sind wieder zwei Monate vergangen wo ich dazu komme Dir ein paar Zeilen zu schreiben, habe Deine Briefe alle erhalten und darüber erfahren daß ihr noch alle gesund und munter seit, was ich auch von mir mitteilen kann. Liebe Frau nun schreibst Du, daß Du Dir beim Kartoffel herauf tragen weh getan hast, ist denn wirklich niemand mehr wo Dir da mal machen konnte....Aus einem Deiner Briefe habe ich gelesen, daß Heinrich Ditter und einige Tage später (?) Heinrich verhaftet worden sind, und beide in Darmstadt in Untersuchung sind“.



Erinnerungen von Karl Ditters Sohn Heinrich aus der Zeit der Verfolgung seines Vaters und der Familie:

Ich erinnere mich noch daran, als Vater aus seiner ersten KZ-Haft in Esterwegen zurückkehrte. Jemand hatte Bescheid gesagt, Vater komme von Bruchköbel her gelaufen. Ich begegnete ihm etwa in der Ortsmitte von Langendiebach. Er ging mitten auf der Straße. er bot einen elenden Anblick. Mir fiel auf, dass er keine Zähne mehr im Mund hatte. Ich beobachtete, dass sich Leute, die ihn erkannten, offenbar aus Angst vorbeidrückten.

Mein Vater musste sich dann einige Monate lang mehrmals in der Woche bei der in der Hanauer Infanteriekaserne einquartierten Gestapoleitstelle melden. Arbeit erhielt er nicht, obwohl z.B. auf dem Flughafen genug Arbeit vorhanden war.

Von der illegalen Arbeit meines Vaters bekam ich nichts mit. Ich erinnere mich aber an eine Hausdurchsuchung. Ich war damals

vielleicht elf Jahre alt. Die SA-Leute und eine Polizist stellten im Haus alles auf den Kopf. Sie schlitzten sogar Betten auf: die Federn flogen herum. Dann gingen sie alle in die Scheune, um „nach Waffen“ zu suchen. Heu und Stroh fiel von der Tenne herunter. Es sah aus wie „Kraut und Rüben“. Mein Vater durfte nicht den leisesten Mucks tun. Der Versuch eines Einwandes wurde mit Schlägen beantwortet.

Am 13. Februar 1933 holten sie Vater erneut ab. Es handelte sich um eine Verhaftungswelle, die in Langendiebach weitere Antifaschisten erfasste. Durch die 1933 einsetzende Verfolgung wurde die ganze Familie hart betroffen. Meine Mutter erhielt sieben Mark Unterstützung pro Woche. Sie versuchte die schmale Kasse durch Verkauf von Persil aufzubessern. Es passierte, dass Leute von den örtlichen Nazis mit dem Ziel unter Druck gesetzt wurden, ihr künftig nichts mehr abzulaufen. Wir sind

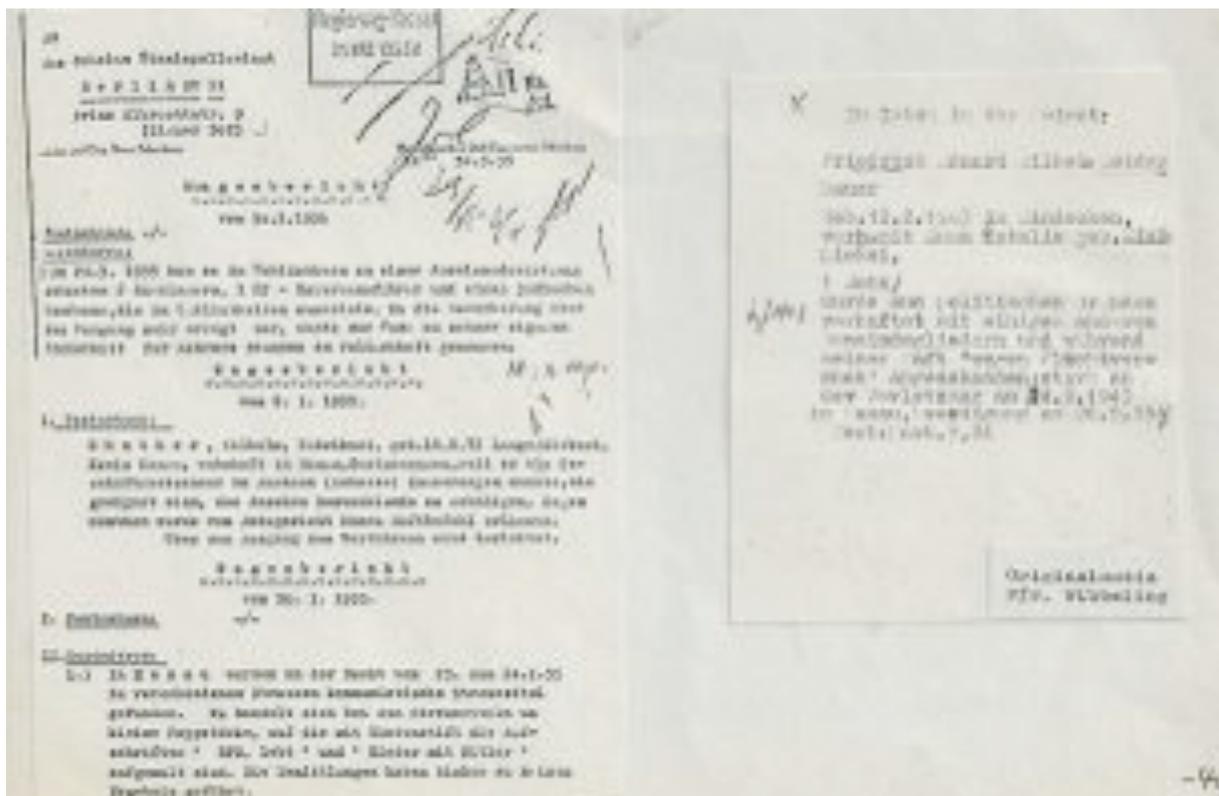
*damals mit dem Handwagen bis nach Ravolzhausen gezogen, um etwas zu verkaufen. Fettverbilligungsscheine und Kinderbeihilfen sind uns verweigert worden. **Wir nagten förmlich am Hungertuch. Es gab allerdings Solidarität. Es waren in der Nachbarschaft evangelische Frauen, die uns regelmäßig, oft in der Dunkelheit, etwas zusteckten, mal eine Tasche mit Lebensmitteln, mal Bekleidung oder auch ein paar Mark. Von Nachbarn wurde ich oftmals zum Essen eingeladen. Dafür wurde auf dem Feld geholfen. Es zeigte sich schon Sympathie mit den Verfolgten. Mein Vater empfand es als schweres Los, eine Familie mit fünf Kindern alleine lassen zu müssen.***

1937

In diesem Jahr kam die Geheime Staatspolizei „in mehreren Orten um Hanau der politischen Untergrundarbeit auf die Spur. In Langenselbold wurden im Juli mehrere Kommunisten verhaftet und Ende September vor Gericht gestellt. In Bruchköbel wurde Mitte September eine kommunistische Widerstandsgruppe aufgedeckt und den Beteiligten Ende November in Kassel der Prozeß gemacht. Mehrere von ihnen waren schon im 88er-Prozeß verurteilt worden. **Die größte Verhaftungswelle erfolgte im Oktober 1937 in Langendiebach. Unter den 17 Sozialdemokraten, die wegen illegaler Arbeit für die verbotene SPD verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, befanden sich der**

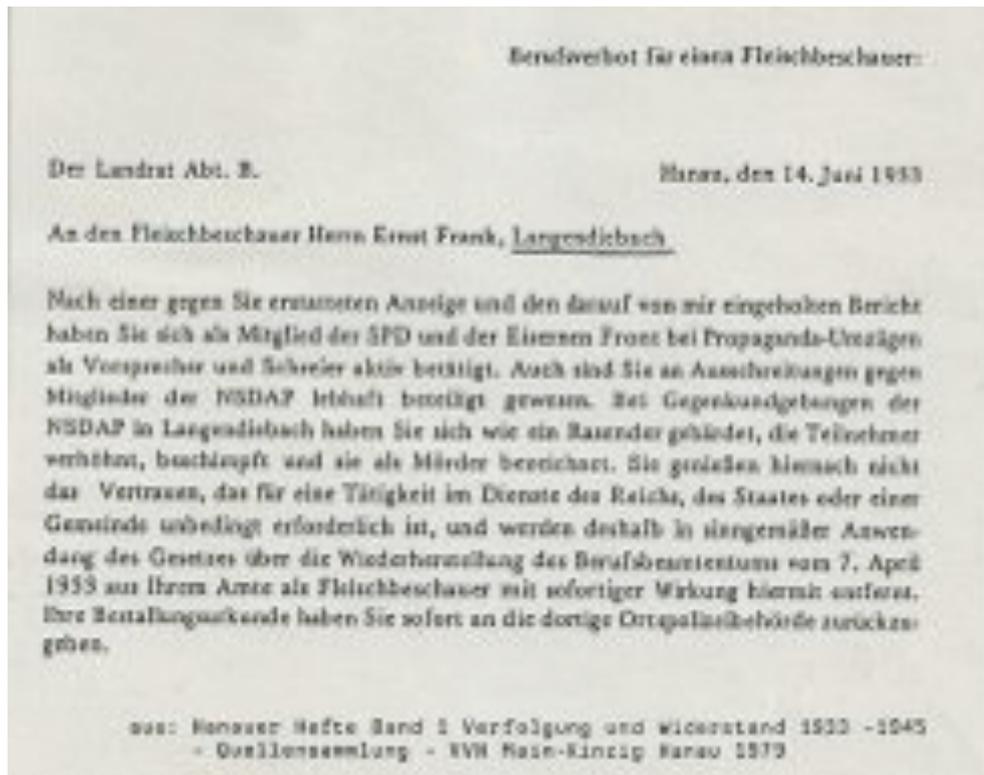
Milchhändler Jean Friedrich Lißmann, der seinerzeit der erste SPD-Abgeordnete im Hanauer Kreistag gewesen war, Wilhelm Voller, nach dem Krieg von 1945 bis 1966 Landrat des Landkreises Hanau, der SPD-Ortvereinsvorsitzende Georg Ebert, sowie Karl Matthes, nach dem Krieg hauptamtlicher Stadtrat in Hanau. Ella Schäfer war schon 1935 in 88er-Prozess verurteilt worden...“. Vier von den 17, Heinrich Ruth jun., Karl Clement, Georg Ebert und Wilhelm Viel wurden „über ihre Verurteilung hinaus bis April 1939 im KZ Buchenwald festgehalten. Wilhelm Mai und Karl Matthes wurden in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Von den Angeklagten des 88er-Prozesses kamen nach ihrer Strafverbüßung elf nach Buchenwald, zwei nach Dachau, zwölf verbrachten ohne Gerichtsurteil teilweise mehrere Jahre im KZ“.

Aus: Judith Pákh: Das rote Hanau – Arbeit und Kapital 1830-1949, Hanau 2007, S. 717-718 (Hervorhebungen von mir)



Links: 1935 Verhaftung des Fabrikanten Wilhelm Günther wegen Äußerungen zum Schaden Deutschlands

Rechts: Vermerk von Pfarrer Wibbeling zum Tod von Friedrich Weider, 1943 aus politischen Gründen verhaftet und bei einem Fluchtversuch erschossen.



1944

„Nach dem missglückten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944...wurden zahlreiche Vertreter der ehemaligen Arbeiterbewegung erneut verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Die meisten von ihnen kamen nach Dachau, so die Sozialdemokraten Hans Kargl, Karl Rehbein, Adolf Müller aus Hanau, **Jean Rasch aus Langendiebach** und die Kommunisten Hugo Conrad aus Großauheim oder Friedrich Wörner aus Langenselbold. Der ebenfalls verschleppte ehemalige SPD-Landrat Eugen Kaiser fand in Dachau den Tod. Die Kommunistin Käthe Jonas aus Dörnigheim war nach dem 20. Juli bis zur Befreiung in KZ Ravensbrück“.

Aus: Judith Pákh: Das Rote Hanau – Arbeit und Kapital 1830-1949, Hanau 2007, S. 760

Entlassung von Sozialdemokratischen Lehrerinnen und Lehrern

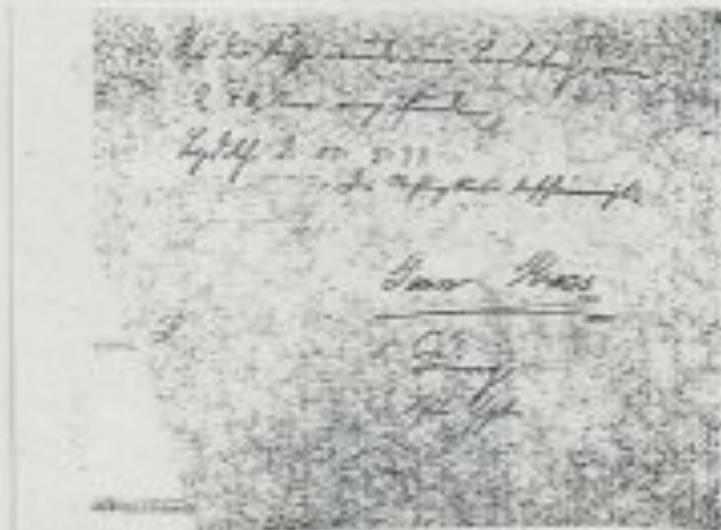
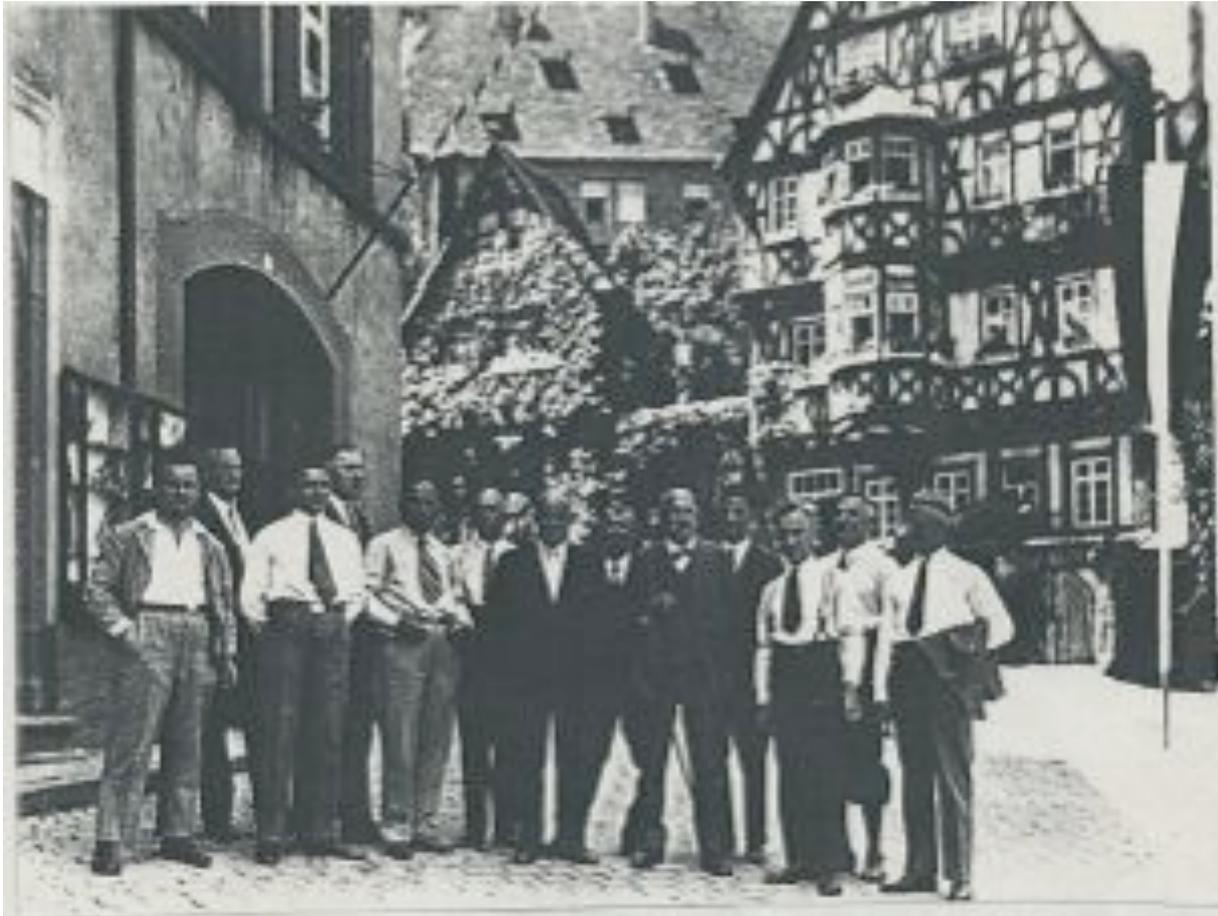


Klassenbild 1928 mit Lehrerin Kitha Berentz, die als Sozialdemokratin aus politischen Gründen 1933 aus dem Schuldienst entlassen wurde.



Klassenbild 1928 mit Lehrer Wilhelm Bömer, der als Sozialdemokrat 1933 aus politischen Gründen nach Lichenroth versetzt wurde.

Auflösung des Arbeitergesangvereins „Concordia“ 1933 – einige Mitglieder auf einem Ausflug nach Miltenberg 1938



Liquidierung des Vereinsvereinskasse/Beschlagnahme des Vermögens

SS-Sonderlager Hinzert bei Trier – Außenkommando Langendiebach

Konzentrationslager und Zwangsarbeit

1934 waren Kriegsvorbereitungen in unmittelbarer Nähe der Gemeinde Langendiebach zu beobachten. Die Nachricht über den Bau eines Flugplatzes bei Hanau, zu lesen in den heimlich verbreiteten Deutschlandberichten des Prager Exilvorstandes der SPD, bezog sich auf Langendiebach. „Der Flugplatzbau ist das modernste auf diesem Gebiet. Mannschaftskasernen und Flughäfen sind bombensicher unterirdisch angelegt.“
Kampfbauwerk bombensicher, dafür mit Stacheldraht umgeben und von Wachmannschaften der SS-Totenkopfverbände bewacht, waren die Baracken, die 1942 auf dem Gelände des Flugplatzes an der Straße nach Langendiebach errichtet wurden.

Das SS-Sonderlager Hinzert bei Trier richtete hier ein weiteres Außenkommando ein. Dieses SS-Sonderlager Hinzert, das zunächst der Organisation Todt, ab 1940 der SS unterstand, war ursprünglich ein Straflager für deutsche Arbeiter, die beim Bau des Westwalls und der Reichsautobahnen von der Gestapo verhaftet wurden. Im Krieg kamen weitere Gruppen politischer Häftlinge dazu: „Schutzhäftlinge“, vor allem aus Luxemburg, aber auch aus Belgien und den Niederlanden, die der deutschen Besatzungsmacht Widerstand leisteten, sowie polnische Zwangsarbeiter. Hinzert hatte eine besondere Abteilung für „Eindeutschungsfähige“ Polen, die wegen Kontakten zu deutschen Frauen für sechs Monate und länger zur „Oberprüfung“ eingesperrt wurden. Ein solches Lager für „Eindeutschungspolen“ bestand als Unterkommando von Langendiebach ab dem 12.9.1944 in Wüchtersbach (siehe Wüchtersbach).

Im Außenkommando Langendiebach waren zwischen 800 und 1000 Gefangene interniert, die zu Arbeiten auf dem Flugplatz und im Birkelbäcker Wald eingesetzt waren. Ein ehemaliger Häftling aus Luxemburg, J.P. Wannmacher, berichtet: „Von zu Hause konnten wir keine Pakete mehr bekommen, und von dem uns zugestellten Essen konnte man nicht leben. Es war für uns äußerst schwer, die Ortsbevölkerung nach etwas Essbarem zu bitten. Aber es sei hier gesagt: durch die schlechten Deutschen kamen wir in diese Situation, durch die guten blieben wir am Leben. Niemals hat man uns abgewiesen. Am 12. November erlebten wir einen Bombentag auf dem Hirt. In fünf Minuten wurde angegriffen, 7000 bis 8000 Bomben fielen, die letzten bei uns im Spitzenschutz. Wir hatten keine Verletzten, aber wie sah es im Hirt aus. Wir kamen dann zum Himmelfahrtskommando, mußten die Stützpunkte auf einem selbstgebastelten Wagen wegbringen, die Posten 30 Meter von uns entfernt mit dem Gewehr im Anschlag.“

Die Zahl der Todesopfer unter den Häftlingen ist nicht bekannt. Fünf Todesfälle in der Zeit vom 23. Dezember 1944 bis 3. Februar 1945 sind beim Standesamt Langendiebach registriert: drei Niederländer, ein Luxemburger und ein Pole. Doch es starben mindestens fünf Luxemburger: der Bergmann August Faier am 26.12.1944 (im Standesamt registriert), sowie am 6. Februar 1945 Albert Killo, Michael Wampach, Christian Kalnes und Johannes Brächer.

Auf dem Gemeindefriedhof befindet sich noch das Grab eines polnischen Häftlings. Andere dort bestattete Opfer wurden nach 1945 in ihre Heimatländer überführt. Überlebende Häftlinge berichten aber auch vom Verschanden der von SS-Leuten erschlagenen Häftlinge im Wald.

Vor den anrückenden Alliierten Armeen wurde das Lager am 25. März 1945 geräumt, die SS vernichtete dabei alle Unterlagen. Die Häftlinge sollten in das Konzentrations-



SS-Außenkommando Langendiebach: Skizze des ehemaligen Häftlings J.P. Wannmacher aus Luxemburg.

lager Birkelbäcker Wald gebracht wurden. Die in Kolonnen marschierenden Häftlinge wurden bei Eirstein von den Amerikanern befreit. Möglicherweise sind die acht unbekannteren KZ-Häftlinge, die in Langendiebach begraben sind, Opfer dieses Evakuierungsmarsches.

Außerhalb des SS-Sonderlagers, ebenfalls auf dem Flugplatz, befand sich zumindest eine weitere Baracke, in der zunächst sowjetische Zwangsarbeiterinnen, von weiblicher SS bewacht, später griechische Zwangsarbeiter untergebracht waren.

www.heimatgeschichtlicher-verein-zur-stadt-der-niederlande und der verlagung 1999 - 1945
Fanz. Hagenbach Verlag 1994 Köln

Pfarrer Wibbeling dokumentierte den Tod von Gefangenen:

Folgende Zivilgefangene aus dem Gefangenenlager am Heuserhof starben infolge schlechter Behandlung und wurden ohne jede Feier je einige Tage später auf dem hiesigen Friedhof begraben:

- 1/10/45*
1. G. M. van Malsen, geb. 16.7.1924 in Holland, gest. 23.12.1944
 2. August Feller, geb. 12.6.1919 in Rosingen, Luxemburg, gest. 26.12.1944;
 3. Albert Johannes van den Heuvel, geb. 15.9.1919 in Utrecht in Holland, gest. 28.1.1945
 4. Marinus Kraayenoord, geb. 5.3.1925 in Zandvoort, Holland, gest. 3.2.1945;
 5. Mieczysław Rudnicki, geb. 26.3.1922 in Bolinowka-Wies, Polen, gest. 18.1.1945
 6. u. 7. zwei dem Namen nach unbekannte Griechen (oder Jugoslawen?), gest. im Dez. 1945 und im Febr. 1945 in Hanau im Krankenhaus.

Alle Nachrichten wurden durch den

Totengräber Peter Röder getreulich aufbewahrt; eine Einsegnung der Gräber erfolgte bei der als Sühnefeier gestalteten Friedhofsfeier am Nachmittag des Totensamstags 1945.

Die unter Nr. 2, 3, u. 4 verzeichneten Toten wurden später in ihre Heimat überführt.

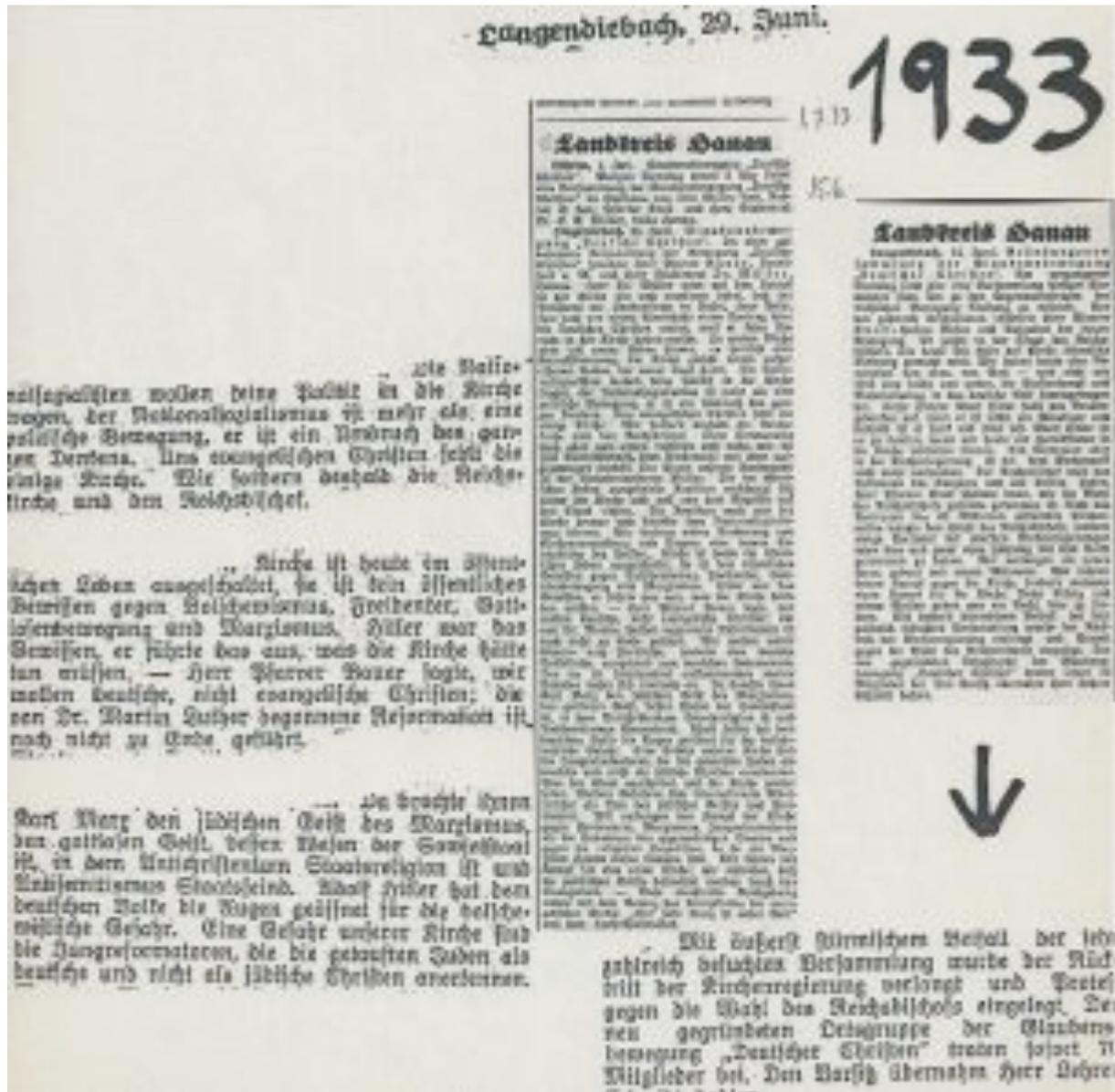
3. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche



Gründung der Ortsgruppe der Glaubensbewegung „Deutscher Christen“

15. Juni 1933: Es spricht Pfarrer Knell aus Hanau.

Am 29. Juni sprechen dann Pfarrer Bauer, Frankfurt a.M. und Studienrat Dr. Müller, Hanau in Langendiebach.



Hanauer Anzeiger vom 15. Juni 1933 über die Gründungsversammlung

Am vergangenen Sonntag fand hier eine Versammlung hiesiger Einwohner statt, um zu den Gegenwartsfragen der kirchlichen Bewegung Stellung zu nehmen. Vor den zahlreich Erschienen schilderte Herr Pfarrer Knell-Hanau Wesen und Aufgaben der neuen Bewegung. Er zeigte in der Frage des Reichsbischofs, wie heute mit Hilfe der Presse öffentliche Meinung gemacht wird. Wir haben heute eine Revolution von oben, von Gott – und nicht wie 1918 eine solche von unten, die Klassenkampf und Materialismus in das deutsche Volk hineingetragen hat. Unser Führer Adolf Hitler stellt den Brudergedanken auf, denn er ist selbst ein Gläubiger und deshalb ist er stark und steht fest. Adolf Hitler ist es zu danken, wenn wir heute ein Zurückfluten in die Kirchen feststellen können. Ein Vertrauen aber in die Kirchenregierung ist bei dem Kirchenvolk nicht mehr vorhanden. Der Reichsbischof muß das Vertrauen des Kanzlers und des Volkes haben. Herr Pfarrer Knell schilderte dann, wie die Wahl des Reichsbischofs zustande gekommen ist. Nicht das Vertrauen des 40 Millionen zählenden Kirchenvolks besetzte den Stuhl des Reichsbischofs, sondern einige Vertreter der obersten Kirchenregierungen taten dies und zwar ohne Fühlung mit dem Volke genommen zu haben. Wir verlangen ein neues Haus, gebaut von neuen Männern. Wir führen keinen Kampf gegen die Kirche. Unser Erfolg und reines Wollen geben uns ein Recht, dies zu fordern. Mit äußerst stürmischem Beifall der sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde der Rücktritt der Kirchenregierung verlangt und Protest gegen die Wahl des Reichsbischofs eingelegt. Der neu gegründeten Ortsgruppe der Glaubensbewegung „Deutscher Christen“ traten sofort 70 Mitglieder bei. Den Vorsitz übernahm Herr Lehrer Schmidt dahier.

Hanauer Anzeiger vom 1. Juli 1933

Landkreis Hanau

Langendiebach, 29. Juni

Glaubensbewegung „Deutsche Christen“

In einer gut besuchten Versammlung der Bewegung „Deutsche Christen“ sprachen Herr Pfarrer Bauer, Frankfurt a. M. und Herr Studienrat Dr. Müller, Hanau. Herr Dr. Müller wies auf den Kampf der Kirche hin und erwähnte dabei, daß der Präsident der Landeskirche in Kassel, Herr Bähr, ihm noch vor einem Vierteljahr einen Vortrag über die Deutschen Christen verbot, weil er keine Unruhe in der Kirche haben wollte. In unserer Kirche aber soll neues Leben hinein, es herrscht eine Kampfstimmung, die Kirche gleicht einem aufgerissenen Boden, der neuer Saat harret. Die Nationalsozialisten wollen keine Politik in die Kirche tragen, der Nationalsozialismus ist mehr als eine politische Bewegung, es ist ein Umbruch des ganzen Denkens. Uns evangelischen Christen fehlt die eigene Kirche, Wir fordern deshalb die Reichskirche und den Reichsbischof. Diese Erneuerung muß aber von unten kommen und nicht, wie im Fall Bodelschwingh, dem Kirchenvolk von oben aufgezwungen werden. Der Mann unseres Vertrauens ist der Wehrkreispfarrer Müller. Die im öffentlichen Leben ausgespielte Reaktion verschanzt sich hinter die Kirche und will von dort Angriffe auf den Staat richten. Die Reaktion muß aus der Kirche heraus und dieselbe dem Nationalsozialismus dienen. Wir fordern neben Aenderung von Kirchenverwaltung und Dogma eine innere Erneuerung des Volkes. Kirche ist heute im öffentlichen Leben ausgeschaltet, sie ist kein öffentliches Gewissen gegen Bolschewismus, Freidenker, Gottlosenbewegung und Marxismus. Hitler war das Gewissen, er führte das aus, was die Kirche hätte tun müssen. -

Herr Pfarrer Bauer sagte, wir wollen deutsche, nicht evangelische Christen; die von Dr. Martin Luther begonnene Reformation ist noch nicht zu Ende geführt. Wir wollen weder Staats- noch Freikirche, sondern eine deutsche Volkskirche, ausgehend von deutschem Lebensraum. Des im 19. Jahrhundert aufkommenden vierten Standes nahm sich niemand an. Da brachte ihnen Karl Marx den jüdischen Geist des Marxismus, den gottlosen Geist, dessen Wesen der Sowjetstaat ist, in dem Antichristentum Staatsreligion ist und Antisemitismus Staatsfeind. Adolf Hitler hat dem deutschen Volke die Augen geöffnet für die bolschewistische Gefahr. Eine Gefahr unserer Kirche sind die Jungreformatoren, die die getauften Juden als deutsche und nicht als jüdische Christen anerkennen. Was der Staat ausscheidet, will die Kirche wieder holen. Weitere Gefahren sind internationalen Bibelforscher als Arm des jüdischen Geistes und Freimaurer. Wir verlangen den Kampf der Kirche gegen Freimaurer, Marxismus, Jungreformatoren als die Saboteure des gegenwärtigen Staates und gegen die religiösen Sozialisten, das sie als Marxisten Feinde des Staates sind. Wir führen den Kampf für eine reine Kirche; wir erstreben, daß die politischen Kräfte befruchtet werden durch das Evangelium. - Diese machtvolle Kundgebung endete mit dem Gesang des Kampfliedes der evangelischen Kirche: „Ein feste Burg ist unser Gott“ und dem Horst Wessel-Lied.

Erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Barmen (Mai 1934)

Die sogenannten „Isakiten“ Landeskirchen Bayern, Württemberg, zum Teil Hannover, in denen schon vor 1933 Bischöfe an der Spitze der Kirchenleitung gestanden hatten, waren von staatlichen Ämtern verehrt geblieben. Als im April 1934 der Reichsbischof auf ihn versuchte, die Kirchenleitungen einzusetzen, schlossen sich nur die Bischöfe mit den „Isakiten Synoden“ der „sonstigen Landeskirchen“ zu einer Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zusammen. Diese versammelte am 30./31. März 1934 die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche in Wuppertal-Barmen, in der sich lutherische, reformierte und unabh. Protestanten zusammenschlossen. Sie sprach sich einmütig mit gemeinsamen Bekenntnis: die Barmen Theologische Erklärung, ein Bekenntnis, das es seit der Reformation nicht gegeben hatte und das sich auch bis 1945 nicht wiederholte.

Die Thesen von Barmen waren die Grundlagen für den Aufbau der Bekennenden Kirche. Die Barmen Erklärung wurde gegenüber der „Internationale der Deutschen Christen und der gegenwärtigen Reichschr. Bewegung“ verlesen – und nicht zu dem Zweck der Föhrung auch der „Judenfrage“.

Karl Barth, der eigentliche Verfasser der Thesen, befragt 1967 in einem Brief an C. Demig, soll er sich nicht öffentlich für die Juden einsetzen hat.

Ich erwiederte es Demig als eine Schrift zu versetzen, daß ich die [die „Judenfrage“] im Kirchenkampf jedenfalls öffentlich nicht überhaupt absehend gefunden habe. Ein Teil, in dem ich das getan hätte, wäre jedoch 1934 bei der damaligen Gesamtversammlung auch der „Bekennenden“ wieder in der reformierten noch in der allgemeinen Synode abgelehnt worden. Aber das entschuldigt nicht, daß ich damals – weil anders interessiert – in dieser Sache nicht weitergegangen in einer Form geklärt habe. Daß Bartholomäus des von Anfang an gelten hat, ist mir erst durch ihr Buch ins Bewußtsein gelangt worden. Vielleicht hat er auch damals wieder in Barmen noch wichtiger in Dabiet dabei sein mögen.

Hans Reichenow: Die „Judenfrage“ – 68 Briefe über die Erklärung Barmen 1934. In: ANP 1974 Nr. 1/1974, S. 7/8



1934 Die Pflanzenschule in Barmen

1934 Die Pflanzenschule in Barmen

Pfarrernotbund

Die preussische Generalynode (4.-5.5.1933) führte den Abspannungsplan für Diakone ein. Dagegen regte sich Widerstand, weil damit das Sakrament der Taufe und die Bedeutung der Ordination in Frage gestellt wären.

Nach der Synode trafen sich in Quedlinburg Martin Niemöller, Kurt Scharf, Dietrich Bonhoeffer u.a. Ihre Besprechungen führten zur Gründung des Pfarrernotbundes.

Am 16. September wurde ein von 14. Pfarrern unterschriebener Aufruf an alle Pfarrer im Reich verschickt, dem Pfarrernotbund beizutreten und die beigefügte Hauptfunktionserklärung anzuerkennen. Als Leitung wurde ein Brüderrat gegründet.

Der Notbund bestand bis 1934 und sicherte den Lebensunterhalt der Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter, die von offiziellen Kirchenbehörden entlassen wurden bzw. in Haft saßen.



18. September 1933
Martin Niemöller

Niemöller, geb. 18.1.1892 in Lübeck, lutherischer Theologe und 1. Vorsitzender des Pfarrernotbundes ab 1933. Pfarrer in Bartholomäus, 1937 verhaftet, ab März 1938 inhaft in Konzentrationslager Sachsenhausen, 1941 inhaft in Esterwegen für die theologische Schulbuchreihe, 1942 inhaft in Ravensbrück, 1945 inhaft in Mauthausen. Er starb am 8. 1954.

Hauptfunktionsklärung des Pfarrernotbundes

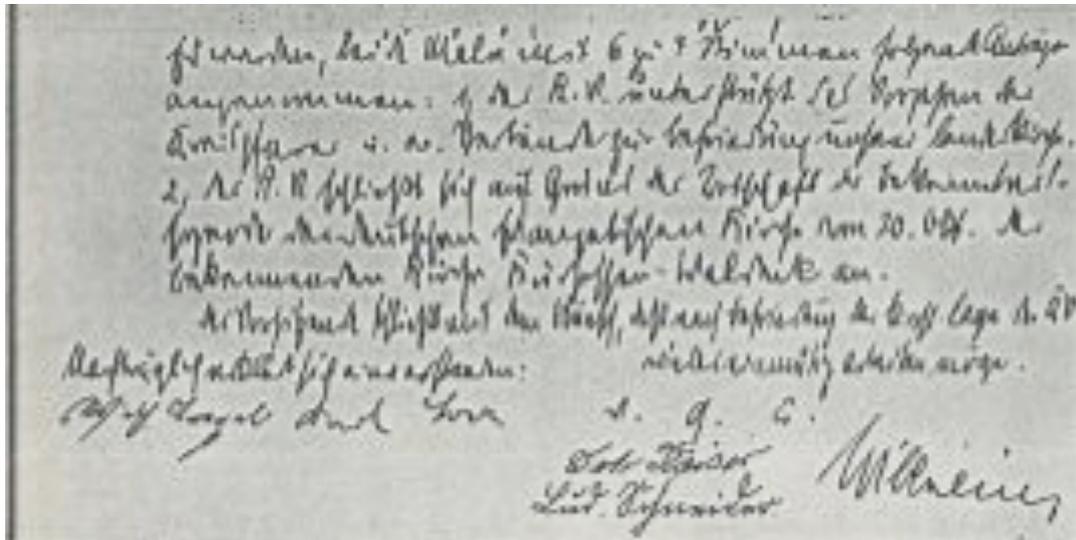
1. September 1933
1. Ich verstehe nicht, was die Kirche als Kirche des Volkes zu verstehen sollte. Ich bin Mitglied der Kirche, nicht als die Kirche, die die Kirche ist.
2. Ich verstehe nicht, was die Kirche als Kirche des Volkes zu verstehen sollte. Ich bin Mitglied der Kirche, nicht als die Kirche, die die Kirche ist.
3. Ich verstehe nicht, was die Kirche als Kirche des Volkes zu verstehen sollte. Ich bin Mitglied der Kirche, nicht als die Kirche, die die Kirche ist.
4. Ich verstehe nicht, was die Kirche als Kirche des Volkes zu verstehen sollte. Ich bin Mitglied der Kirche, nicht als die Kirche, die die Kirche ist.

Dr. Martin Niemöller, Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, 1938-1945 in KZ-Haft

**Als die Nazis die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr,
der protestieren konnte.**

Martin Niemöller, ehem. Kirchenpräsident von
Hessen und Nassau, 1938-1945 in KZ-Haft

Anschluss der Evangelischen Kirchengemeinde Langendiebach an die Bekennende Kirche Kurhessen Waldeck am 13. November 1934



2. Der Vorsitzende berichtet über die kirchliche Lage, besonders über die Vorgänge seit der Entlassung des „Reichswalters“ Dr. Jäger, und gibt die allgemeine Forderung auf Rücktritt des Reichsbischofs bekannt. Die Vorgänge bei der Anwesenheit des „Landesbischofs“ Theys in Hanau werden berichtet und die Aktion und der Kreispfarrer, mit dem Ziele der Wiedereinsetzung der Einstweil. Kirchenleitung und Befestigung des komm. Kirchenregierung unter . Endlich wurden besprochen die Vorgänge in Langendiebach anlässlich Bittgottesdienst (es fand deswegen eine Besprechung mit dem Pfarrer auf dem Rathause statt), Schulgottesdienst am Reformationstag, u. Reformationsfest. An die Berichte schließt sich eine Aussprache an.

Es wurde, beide Male mit 6 zu 4 Stimmen folgende Anträge angenommen:

1. Der K.V. unterstützt das Vorgehen der Kreispfarrer u. ev. Verbände zur Befriedung unserer Landeskirche.
2. Der K.V. schließt sich auf Grund der Botschaft der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 20. Oktober der Bekennenden Kirche Kurhessen Waldeck an.

Der Vorsitzende schließt mit dem Wunsch, daß nach Befriedung der kirchl. Lage der K.V. wieder einmütig arbeiten möge.

Angriffe auf Pfarrer Wibbeling

B e r i c h t über Vorgänge in Langendiebach im April 1935

Am 4. April berichtete mir ein Mitglied des Kirchenvorstandes, dass in einer Amtswalterversammlung der Deutschen Arbeitsfront in Langendiebach am 1. April der Amtswalter, von Beruf Bäckergehilfe und z. Zt. Schreiber auf dem hiesigen Bürgermeisteramt Knüpfer gesagt habe: In die Kirche gingen nur noch Landesverräter. Das Wort wurde mir wenige Tage darauf von anderer Seite bestätigt und ist in der ganzen Gemeinde bekannt geworden.

Ende Februar hatte derselbe Amtswalter bereits das Verbot für HJ-Mitglieder herbeigeführt, dass die Besprechungsabende für die konfirmierte Jugend im Pfarrhaus nicht mehr besucht werden dürfen.

Am Vorabend des 1. Mai fand auf dem unmittelbar an der Kirche und dem Pfarrhaus gelegenen Hort Wessel-Platz die Aufrichtung des Maibaums statt, bei der genannte Amtswalter Knüpfer in Gegenwart einer Reihe anderer Amtswalter, der HJ und eines nicht sehr zahlreichen Publikums die Ansprache hielt. In dieser Ansprache führte er in der Hauptsache aus:

„Wir haben den Maibaum aufgerichtet. Gewisse Geistliche werden nun wieder sagen, das sei Heidentum. Es ist aber nur ein alter Brauch unserer Vorfahren, den wir wieder aufnehmen. Wir Nationalsozialisten wollen überhaupt nicht nach neuen Theorien das Leben gestalten, sondern aus dem Volkstum schöpfen.

Was soll überhaupt das Reden vom Heidentum? **Wie sind nicht gegen die Kirche, wir sind nur gegen gewisse Pfarrer, die immer Bittgottesdienste halten für andere Pfarrer, die wegen politischer Vergehen im Konzentrationslager sind. Wer für die betet, der soll doch selber auch dahin gehen!** Dabei tut der Pfarrer das alles heimlich; er sollte doch, wenn er was will, in der Öffentlichkeit auftreten und sprechen.

Glücklicherweise habt ihr, die Jugend, längst begriffen, worum es geht. Nicht das ist entscheidend, ob ihr evangelisch oder katholisch oder sonst was seid, sondern ob ihr an Deutschland glaubt. Das ist der einzige Glaube, der uns erfüllt. Wir brauchen keine evangelische oder katholische Lehre, wir brauchen keine Deutschen Christen oder Leute, die immer vom Bekenntnis reden: wir glauben an Deutschland!

Die Pfarrer, die Gift in euch hineinräufeln, die euch euer Volk und Vaterland herabsetzen, die lasst nur, bleibt ihr bei eurem Glauben an Deutschland!

Unmittelbar nach dieser Rede begann der Gottesdienst!

Fürbitte für Pfarrer Martin Niemöller –Haft im Konzentrationslager

An die Herren Pfarrer der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen -Waldeck

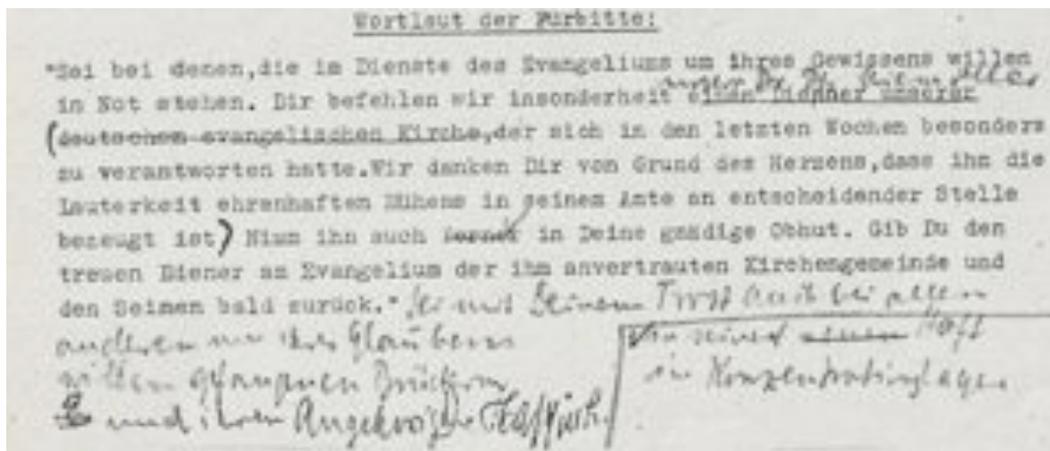
Schreiben des Landeskirchenausschusses der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
Nr. K.A. 192/38

Kassel, den 10. März 1938

In diesen Tagen hat eine eingehende Besprechung zwischen verschiedenen Landesbischöfen und andern leitenden Männern der Kirche über die Frage stattgefunden, was die Landeskirchen angesichts des alle Gemeinden und Amtsbrüder tiefbewegenden Vorgehens gegen den Pfarrer N i e m ö l l e r zu tun haben.

Mit Rücksicht auf den Sonntag Reminiscere soll vorläufig auf eine Kanzelabkündigung abgesehen werden. Da aber die Tatsachen in den Gemeinden überall bekannt sind, ist zwischen den Landesbischöfen und einigen andern Kirchenführern eine Fürbitte für Sonntag Reminiscere und ie folgenden Sonntage vereinbart worden, die unten abgedruckt ist.

In der kommenden Woche finden Verhandlungen in einem größeren Kreis statt, in denen weitere gemeinsame notwendige Schritte vereinbart werden. Näheres werden die Herren Amtsbrüder in Kürze erfahren.



(mit den handschriftlichen Ergänzungen von Pfarrer Wibbeling):

„Sei bei denen, die im Dienste des Evangeliums um ihres Gewissens willen in Not sind. Dir befehlen wir insonderheit (einen Diener unserer deutschen evangelischen Kirche) **unsern Dr. Pfr. Niemöller**, der sich in den letzten Wochen besonders zu verantworten hatte. Wir danken Dir von Grund des Herzens, dass ihn die Lauterkeit ehrenhaften Mühens in seinem Amt an entscheidender Stelle bezeugt ist. Nimm ihn auch (ferner) **in seiner Haft im Konzentrationslager** in Deine gnädige Obhut. Gib Du den treuen Dienern am Evangelium der ihm anvertrauten Kirchengemeinde und den Seinen bald zurück. **Sei mit deinem Trost auch bei allen anderen um ihres Glaubens willen gefangenen Brüdern und ihren Angehörigen.**

Die Gleichschaltung der Kirche mit Hilfe der Deutschen Christen
Die Eingliederung der Evangelischen Jugend

Die Eingliederung der Evangelischen Jugend

Um seine Stellung bei Hitler zu stärken, überführte Ludwig Müller am 20. 12. 33 die Evangelische Jugend in die Hitler-Jugend – ein „Weihnachtsgeschenk für den Führer.“

Wass. J. Eberle



Kirche und Hitlerjugend

1934

Verlag des Evangelischen Verlagswerks

Die Kirche und die Hitlerjugend. Eine Studie von Ludwig Müller, Bischof von Breslau. 1934. 120 S. 1,20 RM. (Kl.)



Vor der Schule in Langeendiebach 1937

Boykott eines Schulgottesdienstes in Langendiebach am Reformationstag 1934 durch die Lehrer

Langendiebach, den 28. Okt. 1934

Die Kirchenältesten setze ich hiermit von folgenden in Kenntnis:

Durch Herrn Hauptlehrer Jorsig war mir vor etwa 14 Tagen der Wunsch ausgesprochen, ich möchte auch in diesem Jahre wie im Vorjahr am Reformationstag, den 31. Oktober einen Schulgottesdienst halten, Ich hatte diesen Gottesdienst vorbereitet und der Gemeinde auch schon davon Kenntnis gegeben. Gestern teilt mir Herr Jorsig mit, dass der Plan des Gottesdienstes bei den anderen Lehrern auf Widerstand stößt und daher nicht stattfinden kann.

Ich habe daher die Absicht, unbeschadet des vorbereiteten Gottesdienstes, für den ich den Konfirmanden schon eine besondere Aufgabe gestellt habe, als Kindergottesdienst, zu dem aber auch die Erwachsenen eingeladen werden, am Mittwoch, den 31. Okt., vorm. um 11 Uhr zu halten und bitte, hierunter zu verserken, ob Sie damit einverstanden sind.

W. Müller
Pfarrer

An die Herren Kirchenältesten:

Eisner	ja
Hofmann	ja
Traxel	ja
Voller	ja

H. J. Jorsig
J. Müller
H. Jorsig

Schulanfängergottesdienst ohne Beteiligung der Schule 1936

Evang. Pfarramt
Tgb. Nr. 93

Lengenfeldbach, den 18. Juni 1936

Sehr geehrter Herr Kreispfarrer!

Auf Ihre Anfrage v. 7. d. M. berichte ich betr. Schulanfängergottesdienst folgendes:

Der Kirchenvorstand beschloss, wie im Vorjahre einen Gottesdienst zu Beginn des Schuljahres zu halten. Der Schulleiter Hauptlehrer Forwig sprach gerade in den Tagen vorher vor und erklärte, dass es sein Wunsch sei, dass die Schule daran teilnehme; er glaube aber bei den anderen Lehrern wenig Gegenliebe für solchen Versuch zu finden und könne nicht allein mit den über 300 Schülern teilnehmen. So beteiligte sich denn auch die Schule nicht. Von der Kanzel wurde aber der Gottesdienst für Schulanfänger und deren Eltern eine Stunde vor Schulbeginn angekündigt und auch die Gemeinde dazu eingeladen. Es erschienen nun sämtliche Schulanfänger mit den Eltern und einige andere Gemeindeglieder, die a. V. sehr erstaunt, ja empört waren, dass die Schule nicht erschien. In diesem Rahmen wurde der Gottesdienst durchgeführt. Ähnlich wurde in den beiden vergangenen Jahren schon am Reformationsfest, da die Schule keinen Gottesdienst besuchen wollte, auf Einladung des Kirchenvorstandes ein Schülergottesdienst gehalten, der von etwa 2/3 der Schüler besucht war.

In Mörzingen hat kein Gottesdienst stattgefunden, die Möglichkeit ist auch gesprächsweise nicht einmal berührt worden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Kirche bzw. die Gemeinde gern den Gottesdienst hält, dass aber die Schule, d. h. in diesem Fall die Lehrer kein Interesse daran haben. Es ist bemerkend, dass in den freiwilligen Gottesdiensten größere Mühe und Andacht herrschte als in den offiziellen Schulgottesdiensten der Vorjahre.

Erwähnt sei noch, dass im vergangenen Jahre zum ersten Mal seit langer Zeit keine Weihnachtsfeier der Schule in der Kirche stattfand. Die Lehrer verwehren sich dabei sehr gegen den Vorwurf, dass sie kirchenfeindlich seien.

Mit ergebenem Gruss (Gibbelding Pf.)

Vorwurf und Drohung wegen des Verstoßes gegen die Regelung von Veranstaltungen der HJ (Hitlerjugend)



Rechts: Junge Soldaten und Hitlerjugend in Langendiebach vor der Gaststätte Adler 1941

Links: Schreiben von Pfarrer Wibbeling: An das Landeskirchenamt Kassel d.d. Herrn Kreispfarrer Windecken 14. August 1941

In Ergänzung meines Berichtes v. 1. Juli d.J. berichte ich, daß gestern nachstehendes Schreiben eingegangen ist:

Der Landrat Hanau, den 14. Aug. 1941
Abt. A (Pol.1005/1)
Herrn Pfarrer Wibbeling Langendiebach
- gegen Postzustellungsurkunde -

Wie ich durch Vernehmungen feststellen konnte, haben Sie am Sonntag, den 4. Mai 1941 gegen die reichseinheitliche Regelung der HJ-Veranstaltungen verstoßen. Obwohl Sie von dem zuständigen Jungvolkfürher darauf hingewiesen wurden, daß an diesem Sonntag Filmstunde angesetzt sei, haben Sie die Kinder des siebenten Schuljahres unter der Drohung, sie nicht confirmieren zu wollen, wenn sie der Kirche an diesem Tage fernblieben, veranlaßt, geschlossen, den HJ-Dienst zu meiden. Diese Ausführungen sind zu beanstanden, worauf ich Sie ausdrücklich hinweise. Ich möchte Ihnen auch empfehlen, sich in Zukunft gewisser Zurückhaltung zu befleißigen, da ich sonst genötigt bin, andere Schritte zu unternehmen.

i.V. gez. Senger

Behinderung des kirchlichen Unterrichts durch die Schule

Schreiben des KV Langendiebach an das Landeskirchenamt in Kassel vom 30. März 42

Über die zunehmende Behinderung des kirchlichen Unterrichts in unserer Gemeinde erstatten wir folgenden Bericht:

Da alle hiesigen Lehrer aus der Kirche ausgetreten sind und ein christlicher Religionsunterricht damit unmöglich ist in der Schule, ist entsprechend der Anordnungen der Kirchenbehörde durch den Kirchenvorstand an Ostern 1941 (41) mit der Erteilung kirchlichen Religionsunterrichts in kircheneigenen Räumen begonnen worden. Da Anf. Mai 1941 unser bisheriger Kindergarten geschlossen werden mußte infolge der bekannten Anordnungen, wurde eine der bisherigen Kindergärtnerinnen, eine Diakonisse aus dem Mutterhaus Nonnenweier für die Gemeindepflege angestellt mit der besonderen Aufgabe, den kirchlichen Unterricht der Kinder vor dem Konfirmandenunterricht, also der 6 bis 11jährigen, zu erteilen. Der Unterricht wurde zunächst in zwei, dann in drei Abteilungen eingerichtet und erreichte rund 70 Kinder. (Der Jahrgang umfaßt rund 40 Kinder im Durchschnitt, sodaß bei 6 Jahrgängen im Höchstfall 240 Kinder erfaßt werden können, die letzten beiden Jahrgänge besuchen den Konfirmandenunterricht.)

Schon im Herbst machte sich eine starke Gegenarbeit der Schule bemerkbar. Vor allem der Rektor Schwind (der unmittelbar nach seiner Ernennung zum Rektor aus der Kirche austrat am 5.6.1941, und die Lehrerin Ruth Unglaub, ebenfalls ausgetreten am 1.4.1941, betätigten sich besonders dabei, obwohl eine Tochter des Rektors, die in Hanau die höhere Schule besucht, Konfirmandin ist, die gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt und gestern konfirmiert wurde. Der Rektor fragte in den Klassen mehrmals nach, wer an den Stunden bei der Schwester teilgenommen habe, beschimpfte die sich meldenden Kinder, verbot die Teilnahme und stellte Bestrafung in Aussicht. Einige Kinder ließen sich einschüchtern, sodaß die Zahl der die Stunden besuchenden Kinder nicht mehr zunahm, auch einige wegblieben. Es konnte aber der Unterricht in den drei Abteilungen aufrechterhalten werden. Es kam in den Klassen zu tapferer Gegenwehr der Kinder, die u.a. von sich aus dem Rektor den Konf. Unt. Seiner Tochter vorhielten, den er doch nicht verhindere; worauf er behauptete, das sei kirchliche Pflicht, das andere sei eine Privatsache, die von der Schule aus nicht geduldet werden könne. Auch Eltern haben entsprechende Vorstellungen erhoben. Um klarzustellen, daß es sich um eine pflichtmäßige, den kirchenbehördlichen Anordnungen entsprechende Einrichtung handle, verlas ich am 23.11.1941 eine Abkündigung.

Da nun schon in den letzten zwei Jahren bei den neu aufzunehmenden Konfirmanden fast keine Vorkenntnisse in biblischer Geschichte vorhanden waren, beschloß der Kirchenvorstand, zumal der Unterricht der Schwester längst nicht alle Kinder erreichte, die Einrichtung eines Vorbereitungskurses für die 1942 aufzunehmenden Konfirmanden, der Anf. Febr. 1942 begann. Auf schriftliche Aufforderung hin erschienen alle Kinder; auch die Tochter eines ausgetretenen Lehrers und Kinder anderer ausgetretener Eltern beteiligten sich. Auch der Eifer der Kinder war gut. Kurz vor Abschluß jedoch setzte auch hier die Gegenwirkung der Schule ein: Der Rektor verbot den Kindern den Besuch dieser Stunden. In der letzten Stunde am 24. März erschienen nur 4 Kinder von über 40. Gleichzeitig setzte überhaupt eine allgemeine Hetze gegen die Konfirmation ein, namentlich von dem Rektor und der obengenannten Lehrerin. Diese Lehrerin hat auch den Konfirmanden des jüngeren Jahrgangs die Teilnahme am Konfirmandenunterricht und Gottesdienst regelrecht verboten, wie sie vorher auch schon ständig die Kinder vor dem Besuch des Kindergottesdienstes gewarnt hatte. Eine Konfirmandin brachte das im Unterricht vor. Ich gab den Konfirmanden

Anweisung, sich nicht dadurch beirren zu lassen, gegebenenfalls die Lehrerin darauf hinzuweisen, daß sie das nicht angehe, da im 3.Reich niemand wegen seiner kirchlichen Betätigung belästigt werden dürfe; wer das tue, handle ja nach russischem Vorbild.

Die Aktion gegen die Konfirmanden und den Unterricht hängt zusammen mit der hier am Vorabend der Konfirmation, am 28. März, zum erstenmal vorgenommenen Jugendweihe, der sich vier Kinder, darunter drei aus unserer Gemeinde unterzogen. Eines davon, ein Mädchen, konnte nicht unterrichtet und konfirmiert werden, da die Eltern sich trotz eingehender Rücksprache nicht bereit fanden zu einer ordnungsgemäßigen Anmeldung ihres Kindes; die ganze Familie ist inzwischen ausgetreten. Zwei Knaben konnten nicht konfirmiert werden, weil der eine trotz größter Nachsicht äußerst unregelmäßig am Unterricht und Gottesdienst teilnahm uns schließlich wegen eines Betrugsversuches ausgeschlossen werden mußte, der andere, ein ebenso unsicherer Kantonist wegen einer erforderlichen Zurechtweisung den Unterricht überhaupt nicht mehr besuchte; beide sind auch sonst als sehr zweifelhafte Gesellen bekannt. Die Feier fand im Saale des Rathauses statt; Redner war ein Studienrat Dr. Heun aus Hanau, der vom Bürgermeister in seinem Dienstauto zu der Feier abgeholt wurde; er trat in SA=Uniform auf. Mitwirken mußte u.a. die Singschar der Schule, unter Leitung der oben genannten Lehrerin; es gehörten dazu auch eine Reihe Konfirmandinnen, die damit also zur Teilnahme an einer nichtchristlichen religiösen Feier genötigt wurden. Die gleiche Singschar hatte schon am 4. Advent bei einer Namengebungsfeier im Parteirahmen mitwirken müssen. Die Feier selbst verlief nach einem mündlichen Bericht eines Jungvolkführers denkbar widerspruchsvoll in dem üblichen freidenkerisch=deutsch=gläubigen Stile. Bürgermeister u. Rektor traten in Parteiuniform auf.

Der Kirchenvorstand bittet um Klarstellung folgender Fragen:

1. Hat ein Lehrer das Recht, in die kirchliche Betätigung der Schüler durch Verbot von Kinderlehre, Konfirmandenunterricht, Haupt= und Kindergottesdienst einzugreifen?
2. Dürfen der Kirche angehörige Kinder, insbesondere Konfirmanden zur Mitwirkung bei nichtchristlichen religiösen Feiern gezwungen werden?

Schreiben des Landeskirchenamtes an den Regierungspräsidenten in Kassel

Landeskirchenamt

Kassel, den 9. April 1942.

Postfach 3 / Sendungen 2248, 2249
Telefonamt Kassel-Nord: 170, 171 (2248/9, 22)

St. E 1564/42.

Bezugnahme zur Nummer des Beschlusses über eingetrag.

Betr. Angriffe auf die kirchliche Unterweisung durch
Lehrpersonen der Schule in Langendiebach.

Da in Langendiebach, Kreis Kassel-Land, alle Lehrer der
dortigen Schule aus der Kirche ausgetreten sind und infolge-
dessen ein christlicher Religionsunterricht in der Schule
nicht mehr erteilt wird, ist entsprechend anderen Anordnungen
durch den Kirchenvorstand kirchliche Kinderlehre vor etwa
Jahresfrist eingerichtet worden. Diese kirchliche Kinderlehre
dient der Vorbereitung der Kinder auf die Teilnahme an Kon-
firmationsunterricht und findet in kircheneigenen Räumen statt.
Es handelt sich also um eine rein innerkirchliche Angelegen-
heit. Die Beteiligung der Kinder ist natürlich freiwillig und
setzt die Zustimmung der Eltern voraus.

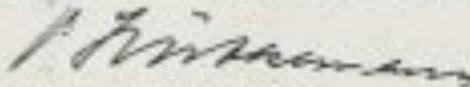
Seit vorigem Herbst macht sich, wie uns berichtet wird,
eine starke Begeisterung der Schule, vor allen des Direktors
Schwied und der Lehrerin Fräulein Unglaub, die beide aus der
Kirche ausgetreten sind, bemerkbar. Direktor Schwied fragte in
den Klassen mehrmals nach, wer an den Stunden teilgenommen
habe, beschimpfte die sich meldenden Kinder und stellte Be-
strafung in Aussicht. Trotzdem einige Kinder sich einschleierten
liessen, konnte die Unterweisung weitergeführt werden. Einige
Kinder wehrten sich gegen das Vorgehen des Direktors auch unter
Benutzung derselben, dass er seine eigene Tochter habe konfir-
mieren lassen. Auch Eltern haben entsprechende Vorstellungen
erhoben, jedoch sind die Angriffe gegen die kirchliche Unter-
weisung nicht eingestellt worden.

Als durch den Kirchenvorstand im Februar 1942 ein Vor-
bereitungskursus für die Ostern 1942 aufzunehmenden Konfir-
manden eingerichtet wurde, weil die Kinderlehre nur etwa 1/3
der evangelischen Kinder erfasst und bei den anderen alle
Vorkenntnisse

Vorkenntnisse für den kirchlichen Unterricht fehlen, setzte vielmehr eine verstärkte Agitation vonseiten des Direktors Schmidt und der Lehrerin Unglaub ein. Der Direktor verbot den Kindern den Besuch dieser Stunden, sodass in der letzten Stunde von etwa 20 Mädchen nur 4 erschienen. Außerdem aber richteten der Direktor und die Lehrerin ihre Angriffe auch auf die Teilnahme der Kinder an Konfirmandenunterricht und an Gottesdienst. Fräulein Unglaub hat den Konfirmanden des jüngeren Jahrgangs die Teilnahme an Konfirmandenunterricht und an Gottesdienst regelrecht verboten, wie sie vorher auch schon ständig die Kinder vor dem Besuch des Kindergottesdienstes gewarnt hatte.

Wir bringen diese uns sätzlich geschiedenen Vorfälle mit der dringenden Bitte zur Kenntnis, dieselben untersuchen und die Angriffe auf die kirchliche Unterweisung und die Teilnahme evangelischer Kinder daran den genannten Lehrpersonen unterlegen zu wollen. Die Freiheit religiöser Überzeugung und Betätigung verteidigt ebenso wie die pädagogische Verantwortung für die innere Entwicklung der Kinder und die Notwendigkeit der inneren Festigung der Volksgemeinschaft ein solches Vorgehen, für dessen Folgen allein die Unruhestifter die Verantwortung tragen.

Wir bitten um gefällige Benachrichtigung über das ~~Vorgehen~~ ^{Wir} ~~unsererseits~~ ^{unsererseits} verpflichtet sind, mit allen Mitteln die kirchlichen Veranstaltungen für christlichen Unterricht und Seelsorge an evangelischen Kindern zu schützen.

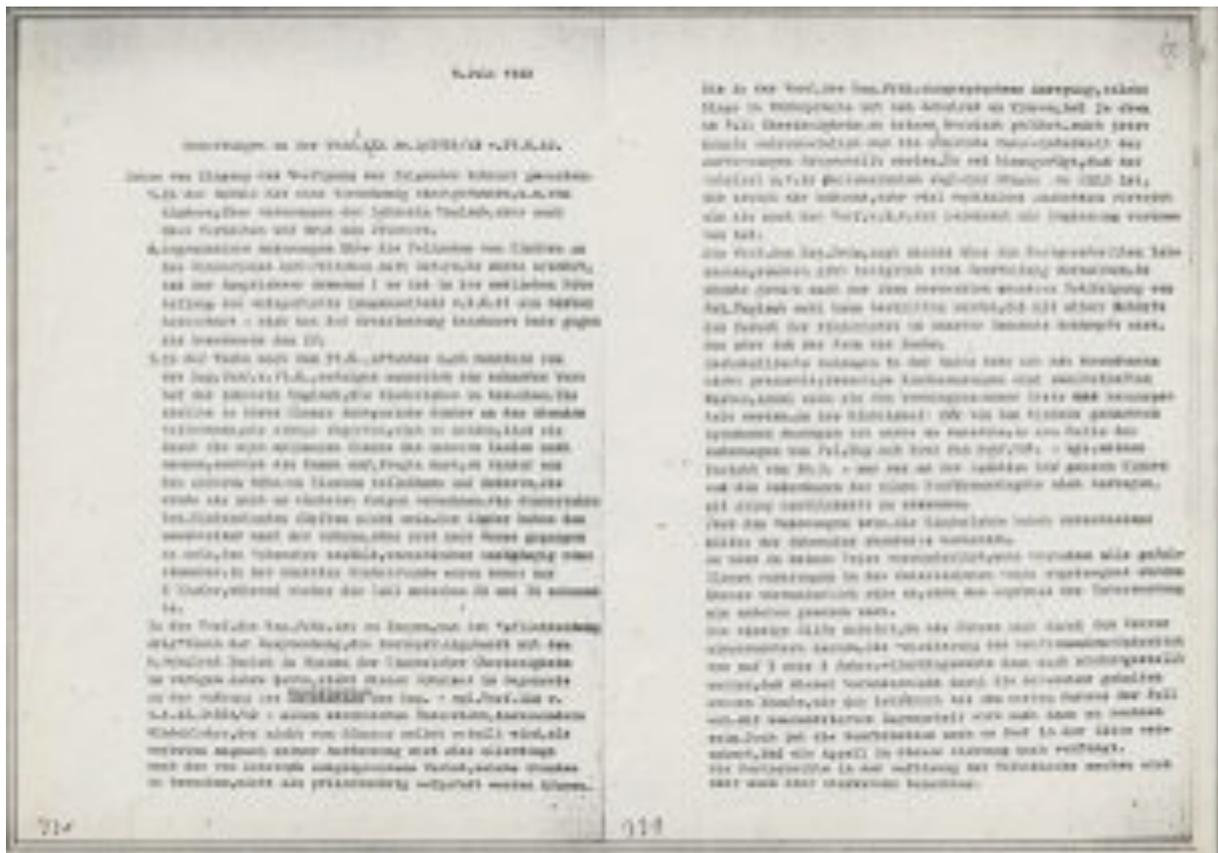


An den Herrn Regierungspräsidenten, Schulabteilung .

Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an das Landeskirchenamt in Kassel vom 17. Juni 1942

Betrifft: Angriffe auf die kirchliche Unterweisung durch Lehrpersonen der Schule in Langendiebach

Auf Ihr Schreiben vom 9.4.1942 – B 1546/42 – teile ich Ihnen mit, dass die sorgfältige Untersuchung auch nicht den geringsten Anhalt gegeben hat, dass Hauptlehrer Schwind und die Lehrerin Unglaub, Langendiebach, sich pflichtwidrig verhalten haben. In Zukunft bitte ich dahin zu wirken, dass zunächst eine Klärung der erhobenen Beschuldigungen durch eine Ansprache des Geistlichen mit dem Schulrat unter Beteiligung der beschuldigten Lehrkräfte versucht wird, ehe die meist einseitigen Beschwerden weitergegeben werden.



Bemerkungen Pfarrer Wibbelings zur Verfügung LKA vom 27. Juni 1942

Schon vor Eingang der Verfügung war folgendes bekannt geworden:

1. In der Schule hat eine Vernehmung stattgefunden, u.a. von Kindern, über Äußerungen der Lehrerin Unglaub, aber auch über Verhalten und Gruß des Pfarrers.
2. Irgendwelche Äußerungen über die Teilnahme von Kindern an der Kinderlehre unterbleiben seit Ostern. Es wurde erzählt, daß der Hauptlehrer Schwind (er ist der amtlichen Mitteilung des Amtsgerichts Langenselbold v.5.6.1941 als Rektor bezeichnet – sich bei der Kreisleitung beschwert habe die Beschwerde des KV.
3. In der Woche nach dem 21.6., offenbar nach Kenntnis von der Reg.Verf.v.17.6., erfolgte neuerlich ein scharfes Verbot der Lehrerin Unglaub, die Kinderlehre zu besuchen. Sie stellte in ihrer Klasse fest, welche Kinder an den Stunden teilnahmen; als einzige zögerten, sich zu melden, ließ sie durch die sich meldenden Kinder die anderen Kinder auch nennen, schrieb die Namen auf, fragte auch, ob Kinder aus den anderen höheren Klassen teilnahmen und äußerte, die würde sie sich am nächsten Morgen vornehmen. Die Kinderlehre bzw. Kinderstunden dürften nicht sein. Die Kinder haben das unmittelbar nach der Schule, ohne erst nach Hause gegangen zu sein, der Schwester erzählt, verschiedene unabhängig voneinander. In der nächsten Kinderstunde waren daher nur 6 Kinder, während vorher die Zahl zwischen 20 und 30 schwankte.

Zu der Verf. des Reg. Präs, ist zu fragen, was ist „pflichtwidrig“? Nach der Besprechung, die Kreisprf. Lipphardt mit dem k. Schulrat Eurich in Sachen der Kinderlehre Oberissigheim im

vorigen Jahr hatte, sieht das Schulamt im Gegensatz zu der Äußerung des Dezernenten der Reg. - vgl. Verf. LKA v. 9.4.42, B1564/42 – allen kirchlichen Unterricht, insbesondere Kinderlehre, der nicht vom Pfarrer selbst erteilt wird, als verboten an; nach seiner Auffassung wird also allerdings auch das von Lehrern ausgesprochene Verbot, solche Stunden zu besuchen, nicht als pflichtwidrig aufgefaßt werden können. Die in der Verf. des Reg. Präs. ausgesprochenen Anregung, solche Dinge in Rücksprache mit dem Schulrat zu klären, hat ja eben im Fall Oberissigheim zu keinem Resultat geführt. Auch jetzt könnte wahrscheinlich nur die absolute Unvereinbarkeit der Auffassungen festgestellt werden. Es sei hinzugefügt, daß der Schulrat m.W. in Personalunion zugleich Obmann des NSLB ist, der soviel mir bekannt, sehr viel radikalere Ansichten vertritt als sie nach der Verf.v.9.4. der Dezernent der Regierung vertreten hat.

Die Verf. des Reg.Präs. sagt nichts über die festgestellten Tatsachen, sondern gibt lediglich eine Beurteilung derselben. Es könnte gerade nach der oben vermerkten neuesten Betätigung von Frl. Unglaub wohl kaum bestritten werden, daß mit aller Schärfe der Besuch der Kinder der Kinderlehre in unserer Gemeinde bekämpft wird. Das aber ist der Kern der Sache.

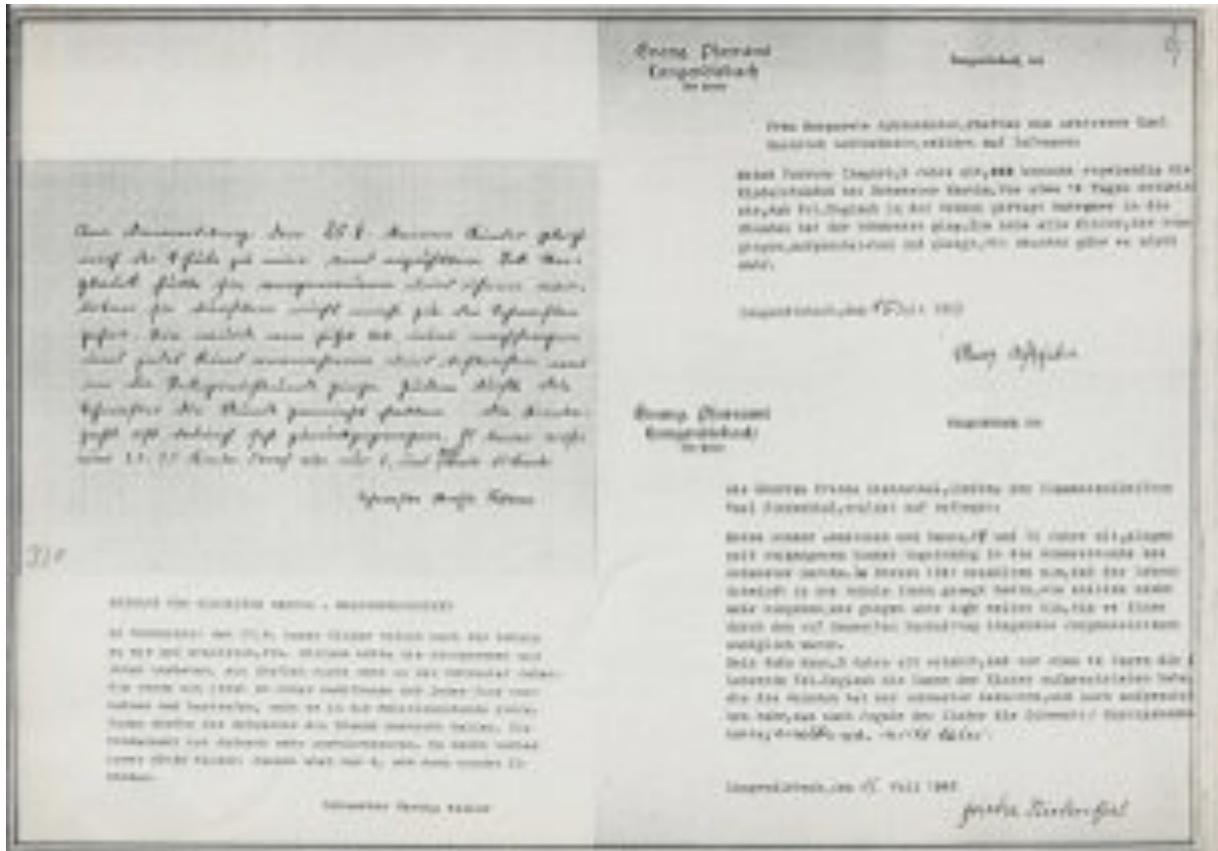
Protokollierte Aussagen in der Sache habe ich mit Bewußtsein nicht gesammelt; derartige Kinderaussagen sind zweifelhaften Wertes, zumal wenn sie von voreingenommener Seite herausgeholt werden. An der Richtigkeit der von den Kindern gemachten spontanen Aussagen ist nicht zu zweifeln. In dem Falle der Äußerungen von Frl. Unglaub über den Konf. Unt. - vgl. meinen Bericht vom 30.3. - war das an der Reaktion der ganzen Klasse auf die Äußerungen der einen Konfirmandin, die mich befragte, mit aller Deutlichkeit zu erkennen.

Über die Äußerungen betr. Kinderlehre haben verschiedene Mütter der Schwestern ebenfalls berichtet.

Es wäre in keiner Weise verwunderlich, wenn trotzdem alle gefallenen Äußerungen in der feierlichsten Weise abgeleugnet würden. Ebenso verwunderlich es, wenn das Ergebnis der Untersuchung ein anderes gewesen wäre.

Die einzige Hilfe scheint, da die Eltern sich durch den Terror einschüchtern lassen, die Erweiterung des Konfirmanden-Unterrichtes auf 3 oder 4 Jahre. Allerdings müßte dann auch sichergestellt werden, daß dieser Vorunterricht durch die Schwester gehalten werden könnte, wie das letztlich bei dem ersten Kursus der Fall war. Mit konzentrierter Gegenarbeit wird auch dann zu rechnen sein. Doch ist die Konfirmation noch so fest in der Sitte verankert, daß ein Appell in dieser Richtung noch verfängt. Die Fortschritte in der Auflösung der Volkskirche machen sich aber auch hier stärkstens bemerkbar.

Zeugenaussagen:



Aussage von Schwester Martha – Religionslehrerin

Am Donnerstag, den 25.6. kamen Kinder gleich nach der Schule zu mir und erzählten, Frl Unglaub hätte sie vorgenommen und ihnen verboten, sie dürften nicht mehr zu der Schwester gehen. Sie würde von jetzt an immer nachfragen und jedes Kind vornehmen und bestrafen, wenn es in die Religionsstunde ginge. Zudem dürfte die Schwester die Stunde gar nicht halten. Die Kinderzahl ist dadurch sehr zurückgegangen. Es kamen vorher immer 20-30 Kinder. Danach aber nur 6, und dann wieder 10 Kinder.

Frau Margarete Achtzehnter, Ehefrau des Arbeiters Karl Heinrich Achtzehnter, erklärt auf Befragen:

Meine Tochter Irmgard, 8 Jahre alt, besucht regelmäßig die Kinderstunden bei Schwester Martha. Vor etwa 14 Tagen erzählte sie, daß Frl. Unglaub in der Schule gefragt habe, wer in die Stunden bei der Schwester ging. Sie habe alle Kinder, die hingingen, aufgeschrieben und gesagt, die Stunden gäbe es nicht mehr.

Die Ehefrau Frieda Niedenthal, Ehefrau des Diamantschleifers Karl Niedenthal, erklärt auf Befragen:

Meine Kinder Anneliese und Hanna, 11 und 10 Jahre alt, gingen seit vergangenem Sommer regelmäßig in die Kinderstunde bei Schwester Martha. Im Herbst 1941 erzählten sie, daß der Lehrer Schwindt in der Schule ihnen gesagt hätte, sie sollten nicht mehr hingehen; sie gingen aber doch weiter hin, bis es ihnen durch den auf demselben Nachmittag liegenden Jungmädeldienst unmöglich wurde.

Mein Sohn Hans, 8 Jahre alt, erzählt, daß vor etwa 14 Tagen die Lehrerin Frl. Unglaub die Namen der Kinder aufgeschrieben habe, die die Stunden bei der Schwester besuchen, und auch aufgeschrieben habe, was nach Angabe der Kinder die Schwester durchgenommen hätte; er selber war nicht dabei.

Frau Katharine Schwindt, Kriegerwitwe, erklärt auf Befragen:

Am Sonntag den 28. Juni ging ich mit meiner Schwiegertochter und deren 7jähriger Tochter Herta nach Rückingen; ich fragte meine Enkelin, ob sie auch am Morgen im Kindergottesdienst gewesen sei. Sie antwortete zögernd: Nein, sie dürften in die Kirche ja wohl gehen, aber zur Schwester in die Stunde dürften sie nicht mehr; das hätte ihnen die Lehrerin Frl. Unglaub gesagt. Die Mutter wußte das auch, da die Enkelin es zu Hause erzählt hatte.

Frau Margarete Kröll, Ehefrau des Schuhmachers Wilhelm Andreas Kröll, erklärt auf Befragen:

Eine Tochter Elsbeth, 8 Jahre alt, besucht regelmäßig die Kinderstunde bei Schwester Martha. Eine andere Mutter fragte mich am 13. Juli, ob meine Elsbeth nichts erzählt habe von der Lehrerin, daß die vor 3 Wochen den Kindern das verboten habe. Daraufhin fragte ich meine Tochter danach. Sie erzählte: Ja, das stimmte, die Lehrerin hätte gefragt, wer noch zur Schwester gehe, die Schwester dürfe den Unterricht nicht halten. Die zu Hause blieben, täten recht, und die anderen täten gut, wenn sie es sich auch abgewöhnten. Meine Tochter fügte hinzu: Wir gehen aber doch hin.

Frau Emmy Ott, Ehefrau des kaufm. Angestellten Georg Ott, z.Zt. als Feldwebel im Felde, erklärt auf Befragen: Mein Sohn Klaus, 8 Jahre alt, erzählte im Herbst 1941, daß seine Lehrerin, Frl. Unglaub, in der Klasse gefragt habe, wer zu den Religionsstunden bei der Schwester ginge, mit der Absicht, die Kinder davon abzuhalten.

Vor etwa 14 Tagen habe Frl. Unglaub erneut alle Kinder vorgenommen, sie gefragt, wer zur Schwester in die Stunden gehe und gesagt, die Schwester dürfe solche Stunden nicht gegen, sie hätt kein Recht dazu; die Kinder dürften also nicht mehr zu der Schwester gehen.

Frau Emma Ruth, Ehefrau des Landwirts Heinrich Ruth, erklärt auf Befragen:

Meine Tochter Meta, 8 Jahre alt, besucht die Kinderstunden bei Schwester Martha. Im Herbst v.J. erzählte sie, daß sie in der Schule gesagt bekommen hätten, sie sollten nicht zu ihr gehen. Sie ist aber trotzdem weiter hingegangen.



In Vordergrund :
Rektor Schmidt während einer öffentlichen Veranstaltung (1935)

Schreiben des Regierungspräsidenten an das Landeskirchenamt 15. September 1942:

Die Untersuchung mit Vernehmungen von Schulkindern hat nicht ergeben, dass die genannten Lehrpersonen nach Bekanntgabe meiner Verfügungen vom 29.4. und 17.6.1942 in der behaupteten Weise gegen die Teilnahme von Schulkindern an der kirchlichen Unterweisung Stellung genommen haben.

Vorbeugenderweise habe ich jedoch die Lehrpersonen nochmals auf jene Verfügungen hingewiesen und sie mit den erforderlichen Weisungen versehen.

gez. Von Monbart

Rechts: Im Vordergrund Rektor Schwind in einer öffentlichen Veranstaltung 1938

Erzwungene Übergabe des Evangelischen Kindergartens an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt 1941



Um 1930
Die Kinder mit Schwester Maria Veupel



50jähriges Kindergartenjubiläum 1934
Die Kinder mit Schwester Margarete Eisler
1941 Erzwungene Übergabe des Kindergartens
an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt

12

Einstimmiger Beschluss
des Kirchenvorstandes Langendiebach
vom 5. April 1941.

- Der Kirchenvorstand nimmt mit schmerzlichen Bedauern Kenntnis davon, daß durch behördliche Maßnahmen (Verf. des Reg. Präs. Kasseler B IV Q 31 v. 2.4.41) die Weiterarbeit des seit 57 Jahren im Segen wirkenden Kindergartens und damit ein wichtiges Stück christlicher Erziehung unmöglich gemacht wird. Er beschließt einstimmig
1. Der KV ist bereit, unter diesen Umständen den Kindergarten zu schließen.
 2. Der KV ist bereit, alles Inventar des Kindergartens gegen angemessene Entschädigung dem zu eröffnenden Kindergarten der NSV zu überlassen.
 3. Das Gemeindefhaus, das nach der letztwilligen Verfügung des Erbennern Fabrikant Johs. Brüning der Kirchengemeinde vermacht ist mit der Auflage, daß es nur kirchlichen Zwecken dienen und nicht veräußert werden darf, kann weder ganz noch teilweise abgegeben werden, sondern wird voll benützt für die kirchliche Arbeit.
 4. Ab Ostern 1941 soll mit den schon länger geplanten kirchlichen Religionsunterricht bei 6 bis 11jährigen Kinder zur Vorbereitung des Konfirmationsunterrichts begonnen werden. In diesem Zweck wie zur sonstigen Gemeindepflege wird eine der bisherigen Schwestern als Gemeindepflegerin angestellt.
 5. Für diesen Unterricht (Kinderlehre) wie für den Konfirmationsunterricht wird der bisherige Kindergartenraum eingerichtet.
 6. Da während der Kriegszeit der Gemeindefsaal im oberen Stock des Gemeindefhauses infolge Beschlagnahme nicht zur Verfügung steht, wird der Kindergartenraum außerdem ständig für Gemeindefzwecke (Frauenhilfe, Kirchenrat und andere Versammlungen), dazu im Winter für die Gottesdienste benützt und kann darum auf keinen Fall anderweitig vermietet werden. Eine Beschlagnahme ist wegen der notwendigen Benutzung auch für gottesdienstliche Zwecke nach dem Kriegsdienstleistungsgesetz nicht gestattet.

- - -

Für die Richtigkeit:



M. Balling
Pfarrer

Beflaggung der Kirche

Kirchengesetz über die Beflaggung von Kirchen und kirchlichen Gebäuden vom 9. August 1934

§1

Die Deutsche Evangelische Nationalsynode hat im Zusammenwirken mit dem Geistlichen Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche folgendes Kirchengesetz beschlossen:

§2

In allen Fällen, in denen die Beflaggung der Dienstgebäude des Deutschen Reiches oder der staatlichen Dienstgebäude angeordnet wird, sind auch die Kirchen und die kirchlichen Gebäude entweder nur mit den beiden Flaggen des Reichs in gleicher Größe oder daneben auch mit der Landesflagge zu beflaggen.

§4

Andere Flaggen dürfen in Zukunft auf den Kirchen und kirchlichen Gebäuden nicht mehr gehißt werden.

Der Reichsbischof

L u d w i g M ü l l e r

J ä g e r

Der Bürgermeister

Fam. Nr. 1
Langendiebach Nr. 36
Postfachamt
Frankfurt a. M. Nr. 105 II

Langendiebach, den 29. Juni 1933
Langendiebach

Herrn

Pfarrer W i b b e l i n g

H i e r.

Sehr geehrter Herr Pfarrer!

Lauf Verfügung des Truppen. Staatsministeriums haben auch die Gebäude der ev. Kirchengemeinden das Zeichen der Trauer über den Versailler Vertrag neben der Kirchenflagge, die Hakenkreuz- u. die Schwarz-weiß-rot-Flagge zu setzen.

Ich bitte Sie nach nachzusehen.

Der Bürgermeister

Fam. Nr. 1
Langendiebach Nr. 36
Postfachamt
Frankfurt a. M. Nr. 105 II

Langendiebach, den 1. Juli 1933.
Langendiebach

Herrn

Pfarrer W i b b e l i n g

H i e r.

Aus Anlass des grossen Zerkes der Bewachung der Kirche hat der ev. Oberkirchenrat am 27. Juni ds. J. angeordnet, dass in Besitz der ev. Kirche und der Altprotestanten Gassen Kirchen und Pfarrhäuser müssen mit der Kirchenflagge, auch mit dem Fahnen Schwarz-weiß-rot und der Hakenkreuzflagge zu fliegen sind.

Da Sie noch nicht in Besitz der beiden letztgenannten Flaggen sind, teile ich Ihnen höflich mit, dass die Gemeindeflecken der Kirche für diesen Zweck zur Verfügung stehen.

Die Verfügung bezieht sich auf Sonntag den 2. Juli ds. J.

N.S.D.A.P. Ortsgruppe
Langendiebach.

Langendiebach, den 15. Okt. 33.

Herrn

Pfarrer W i b b e l i n g,

H i e r.

Adolf Hitlerstr. 36

Wie mir mitgeteilt wird, ist unsere Kirche am Erntedanktag ohne den vorgeschriebenen Fahnenbesatz geblieben. Ich bitte um Nachricht aus welchem Grunde Sie die Beflaggung unterlassen haben.

Heil Hitler!

N.S.D.A.P. Ortsgruppe
Langendiebach.

Langendiebach, den 9. Nov. 1935.

Herrn
Pfarrer Nibbeling,

h i e r.

Wie ich schon feststelle, haben Sie zur Beflaggung der Kirche einen Mast setzen lassen. Dieser Mast erwirkt an der Stelle den Anschein, daß nicht die Kirche geschmückt hat, sondern daß die Ortsgruppe den Horet Wesselplatz zur Feier des Tages ausgestaltet hat.

Die Gründe, die angeführt werden, um die bisherige Beflaggung der Kirche nicht mehr durchzuführen, erscheinen mir nicht ausschlaggebend. Ich bin überzeugt, daß sich bei einer sachgemässigen Anbringung einer Fahnenstange auch an der seitherigen Stelle eine Beflaggung ermöglichen läßt. Jedenfalls besteht in der Bevölkerung der Wunsch, daß nicht der Kirchplatz, sondern die Kirche selbst mit der Hakenkreuzfahne ausgeschmückt wird.

Ich bitte daher neben der heute angebrachten Fahnen auch eine weitere am Kirchturm selbst heranzuhängen.

Heil Hitler!

Der Kirchenvorstand.

Langendiebach, den 1. März 1937

auf Ihre Veranlassung sind am 27.v.M. an dem von der Kirchengemeinde aufgestellten Fahnenmast an der Kirche Arbeiten vorgenommen worden und am 28.v.M. eine Fahne gehißt, ohne dass die Einwilligung des Kirchenvorstandes dazu eingeholt wurde.

Der Kirchenvorstand legt hiermit Verwahrung ein gegen ein derartiges Verhalten und stellt ausdrücklich fest, dass durch solchen widerrechtlichen Gebrauch das Eigentumsrecht an dem Platz, auf den der Mast errichtet ist, wie an dem Mast selbst verletzt worden ist.

Der Kirchenvorstand erwartet, dass in Zukunft das Eigentumsrecht der Kirchengemeinde an dem Fahnenmast gewahrt bleibt.

Im Auftrage des Kirchenvorstandes:

Der Pfarrer

Störung des Gottesdienstes

Evang. Pfarramt Langendiebach, den 20. Dez. 1937

Pfarrer Wibbeling

An die Geh. Staatspolizei Hanau

Auf die fernmündliche Anforderung hin berichte ich:

Am Sonntag, d. 12. Dezember, erschienen zu dem Gottesdienst der als Jugendgottesdienst gehalten wurde, auch einige Angehörige des Jungvolkes, die an diesem Tage zu einer Tagung in Langendiebach waren. Wie ich später erfuhr, hatten sie zu dem Besuch des Gottesdienstes Urlaub erhalten. Mitten während der Predigt entstand in einer Gruppe auswärtiger Jungvolkangehöriger Unruhe, deren Grund zunächst nicht erkennbar war, sie endete damit, daß diese Gruppe mit ziemlichem Lärm die Kirche verließ. Darauf erhob sich eine weitere ebenfalls auf der Empore sitzende Gruppe und schickte sich an, die Kirche zu verlassen; es befand sich darunter auch einer der hiesigen Konfirmanden. Ich sah mich genötigt, meine Predigt zu unterbrechen unter Hinweis auf diesen Vorgang, indem ich bemerkte, wir wollten sie erst hinausgehen lassen. Daraufhin erhoben sich auch einige der hiesigen Konfirmanden, die auf ihrem vorgeschriebenen Platz saßen (also nicht mit den auswärtigen zusammen) und verließen, an allen übrigen Gottesdienstbesuchern vorbeigehend, die Kirche. Darauf fuhr ich in meiner Predigt fort, wobei ich ganz kurz von dem merkwürdigen Vorgang zu meinem Predigtthema – ich sprach gerade über „Dienst am Evangelium“, Phil. 2.22 – überleitete. Die Störung durch dieses Verlassen der Kirche mitten im Gottesdienst war sehr erheblich und hat alle Besucher des Gottesdienstes empört, wie mir auch nachträglich noch des öfteren bezeugt worden ist. Mit den Eltern der hiesigen beteiligten Konfirmanden setzte ich mich nach Besprechung mit dem Kirchenvorstand in Verbindung; alle Eltern mißbilligten das Benehmen der Konfirmanden, diese selber haben sich deswegen entschuldigt. Damit ist für mich die Angelegenheit erledigt. Die auswärtigen Jungvolkangehörigen sollen von Großauheim und Niederrodenbach gewesen sein, es handelt sich um 12 – 15.

Der ganze Vorgang wäre mit Leichtigkeit zu vermeiden gewesen, wenn nicht für die zum Gottesdienst Beurlaubten bereits um 11 Uhr wieder Dienst angesetzt worden wäre, während der Gottesdienst regelmäßig erst um 11.15 beendet ist.

Konflikte um Gottesdienstbesuch

N.S.D.A.P. Langendiebach, den 18.12.37
Hitler JugendgottesdienstGefolgschaft 12/98
„Karl Knickel

An Herrn Pfarrer Wibbeling

Langendiebach

Am Sonntag, den 18. 12. findet die Sammlung der H.J. für das W.H.W. statt.

Ich bitte Sie mir folgende Konfirmanden frei zu geben:

Ditter, Hermann

Horst, Karl

Bendroth, Otto

Sauer, Hans

Berg, Hans

Diel, Hans

Ditter, Heinrich

Geis, Albert

Kaufmann, Heinz

Kröll,Phil.

Schneider, Justus

Hassemer, Heinz

Diez, Wilh.

Köhler, Friedel

Simon, Karl

Schäfer, Friedel

Die Sammlung beginnt 8.30 Uhr, sollte bis zum Beginn des Gottesdienstes einer dieser Jungen mit dem sammeln fertig sein, so werde ich Sie zum Gottesdienst befehlen.

H e i l H i t l e r

Ev. Pfarramt Langendiebach, den 18. Dez. 1937

Langendiebach

Pfarrer Wibbeling

An die Gefolgschaft der HJ 12/98 „Karl Knickel“

z.Hd. Herrn Entzel

Hier

Der für den Gottesdienst am 19. Dez. 1937 beantragte Urlaub für 16 Konfirmanden kann nicht erteilt werden, da die Durchführung einer Sammlung durch Konfirmanden während des Gottesdienstes nicht zugänglich ist; außerdem ist das Erscheinen der Konfirmanden im Gottesdienst erforderlich für die Vorbereitung der Weihnachtsfeier. Für die Durchführung der Sammlung steht ja außerhalb der Gottesdienstzeit ausreichende Zeit zur Verfügung.

Kürzung des Kirchturms 1939

Langendiebach 8. August 39

Kürzung des Kirchturms 1939

91

Kürzung des Kirchturms

2. Aufl.
 1. Aufhebung der Turms
 2. Skizze

Das Landeskirchenamt

Kassel

Nachdem bereits Ende des vergangenen Jahres bei Inbetriebnahme des hiesigen Flugplatzes der Kirchturm durch vier Signallampen gesichert worden war, ist nunmehr die Kürzung des Kirchturms über die Höhe der Signallampen hinaus im Interesse der Flugsicherheit wie der Bevölkerung durch das zuständige Luftwaffenkommando in Wiesbaden angeordnet worden. Diese Anordnung wurde am 7. August dem unterzeichneten Pfarrer durch einen Beauftragten der Kommandantur des hiesigen Fliegerhorstes, Oberinspektor Meisenbrock bekanntgegeben mit der Bitte, die Genehmigung zur sofortigen Vornahme der Kürzung zu erteilen.

Es kommt in Frage die Wegnahme des zwischen Turmhahn und Kugel angebrachten schiedelartigen großen Kreuzes und der Entschärfen der Kugel und der oberen Kuppel des Turmhelms befindlichen geschweiften Spitze; Die Turmspitze würde folgendes Aussehen erhalten: auf der Spitze der oberen Kuppel sitzt unmittelbar die Kugel, auf dieser unmittelbar der Turmhahn.

Der Beauftragte erklärte ausdrücklich daß alle entstehenden Kosten durch die Luftwaffe getragen würden und daß die Arbeiten durch die hiesige Bauleitung vorgenommen werden würden.

Der Pfarrer erklärte, daß er ohne die Genehmigung der Kirchenbehörde keine verbindliche Erklärung abgeben könne, worauf er gebeten wurde, diese schnellstens, sobaldst fernmündlich herbeizuführen, und am Nachmittag des gleichen Tages eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Daraufhin setzte sich der Unterzeichnete sofort fernmündlich mit Herrn Kirchenbaumeister Riemeyer in Verbindung und trug

Skizze zur Kirzung des Turmes der Kirche Langendiebach



alt



neu

Kreisamtsabteilung beim Landeskirchenamt

Kauf, am 25. August 1933.
 Nummer 1. Buchreihe 1714, 1715
 (Gesamtzahl der Bände 1714 bis 1715)

B 5964/33.

Auf den Bericht vom H. S. L. - Nr. 31 -

Es der Kirzung des fertigen Entwurfs nach der nebst Lichtbild angelegten Zeichnung die kirchenaufsichtliche Genehmigung.

An den Kirchenvorstand in Langendiebach

I. A. geg. H. Litzmann.



Handwritten signature and stamp of the official.

Verbot der landeskirchlichen Texte
zum Buß- und Betttag 1939

1) Bußtag 18.12. auf den Lieferfrist: *Bestellungsfrist*
 7.12. *erhalten*.

2) Das Erntedankfest
 Tgb. Nr. 517 Gross-Lieda, 20.11.39

Besetztag findet an Mittwoch nicht statt; es auf-
 wird durch Verfügung bekannt gegeben.

3) *Bestellung auf den Tag: Das. Kaiser.*
Bestellung verlegt auf 2. Okt.

309

Langendiebach

Langendiebach

2. Dez.

39

Hannu Land

123

Bezahlung der Bußtagsmittel

1
 Schreiben der Waisenhaus-
 Buchdruckerei Hannu

Die von dem Kirchenverstand wie
 üblich zum Verkauf bestellten Bußtags-
 mittel trafen ein, als bereits das Verbot
 derselben erlassen war. Ich ließ das
 Paket unzeröffnet liegen, in der Hoffnung
 daß die Lettel doch noch freigegeben
 würden. Als das auch zum Totensonntag
 nicht geschah, brachte ich die Lettel
 der Lieferfirma zurück mit dem Bemerkem
 daß angesichts des Verbotes eine Bezah-
 lung nicht stattfinden könne. Daraufhin
 erhielt ich anliegendes Schreiben.

Der Kirchenverstand sieht sich nie
 in der Lage, für die Rechnung aufzukommen
 und ist der Meinung, daß die Schadloshal-
 tung der Druck- und Lieferfirma von der
 Landeskirche geregelt werden müßte.

I-27

16

Waisenhaus-Buchdruckerei

Waisenhaus-Buchdruckerei Mainz am Main

WIRK-, AKZIDENZ-
UND ROTATIONS-DRUCK
BUCHBINDEREI

An den

Herrn Pfarrer,

Lehrerbildungsanstalt
Mainz am Main

Postfach 1011 Mainz am Main
Telefon-Nr. 1111

Mainz am Main, 30. Nov. 1939

Herrn

Hoch geehrter Herr Pfarrer!

Wenn Sie uns die bei uns bestellten und Ihnen
übermittelten Zusatzzettel zurückgeben, so erbitte
Sie dies nicht zur Zahlung. Die Zusatzzettel gehören
nach der allgemeinen kaufmännischen Rechtsauffassung
Ihnen, weil die Bestellung nicht vor Abgang der Sendung
bei uns rückgängig gemacht werden ist. Sie stehen
hier zu Ihrer Verfügung.

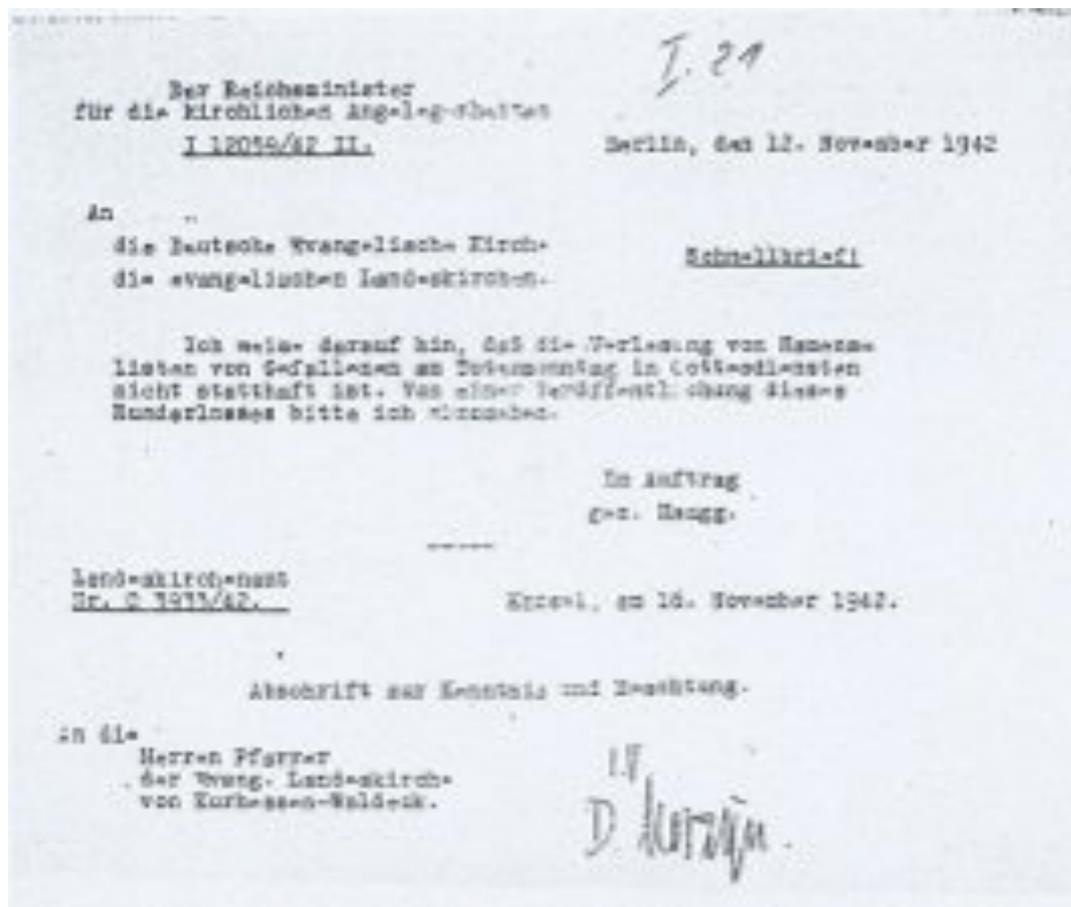
Was sollten wir wohl noch mit den vielen tausend
Zusatzzetteln anfangen, wenn jeder Pfarrer glaubt,
sie nicht annehmen zu brauchen? Wir sind doch nicht
daran schuld, wenn die Ausgabe der Zettel von Staats
wegen verboten worden ist. Den Schaden können nicht
wir, sondern müssen Sie tragen.

Wir erwarten deshalb, dass Sie uns den Betrag dafür
bald überweisen.

Hell Hitler!

Waisenhaus-Buchdruckerei
Mainz am Main

Gefallenengedenken



Langwedelbach

Langwedelbach

3. Febr.

43

Hansen Land

19.

Beschluß des Kirchenvorstandes
betr. Gedächtnisfeier.

Der Kirchenvorstand hat in seiner Sitzung v. 13. Dez. 1942 folgenden Beschluß gefaßt, den ich hiermit weitergehe

"Der Kirchenvorstand begrüßt die landeskirchliche Ordnung der Gedächtnisfeier, jedoch hält der Kirchenvorstand die in der Gemeindegottesdienst eingeschlossene Gedächtnisfeier für die wichtigste fern. Er bedauert die Zulassung des Spielens des "Guten Kameraden" durch die Orgel, es muß den evtl. der Militärmusik überlassen bleiben."

Es sei hinzugefügt, daß in unserer Gemeinde häufig Beerdigungen von Soldaten oder früheren Soldaten stattgefunden haben unter Mitwirkung des bisher auf unserem Fliegerhorst vorhandenen Musikkorps, das unter strenger Einhaltung der bestehenden Vorschriften bei einer Beerdigung nur die Choräle "Jesus meine Zuversicht" und "Was Gott tut, das ist wohlgetan" spielte und im Zusammenhang mit dem Nachruf von militärischer Seite den "Guten Kameraden", die Gemeinde ist dadurch daran gewöhnt, bei einer Beerdigung wirklich nur kirchliche Musik zu hören und nur bei dem militärischen Teil der Feier den "Guten Kameraden". Es erscheint dem Kirchenvorstand gänzlich unangebracht, der Verwirrung der Geister durch Konzessionen an den Leitgeist Vorrecht zu leisten.

des Landeskirchenamts

Chronik der Evangelischen Kirchengemeinde Langendiebach 1933-1937

erstellt von Pfarrer Wilhelm Wibbeling

1933

Das Jahr begann mit einer Demonstration. Der Pfarrer war für die erste volle Woche d. J. beurlaubt, Pr. Möller vertrat ihn. Der Gottesdienst am Abend des 8. Januar war von der normalen Zahl Frauen, aber von 100 Männern besucht. Pfr. Möller hatte die ganze Zeit die Vertretung unter sehr schlechtem Kirchenbesuch zu leiden gehabt, vor allem hatten die Männer fast ganz gefehlt, um so verwunderter war er über die Wandlung. Es stellte sich heraus, daß es eine Demonstration der meist der NSDAP zugeneigten kirchlichen Kreise sein sollte. Pfr. Möller ist selbst Pg. Als der Pfarrer nach seiner Rückkehr an Grippe erkrankte, und Pfr. Möller ihn wieder vertreten mußte, war der Besuch wieder völlig normal; obgleich gerade in dieser Zeit der pol. Umschwung stattfand. Es begann sehr bald – schon am 12. Februar – die Störung des Kirchenbesuchs durch politische Aufmärsche und andere Veranstaltungen. Die Gottesdienste der Passionszeit waren mäßig besucht. Auch ein Filmvortrag der Armenier-Mission, wie ein Vortrag über Ehe- und Erziehungsfragen von Reg.Rat Goethe waren nicht besonders besucht. Erst in der Osterzeit wurde der Besuch besser.

Gleich nach Ostern wurde begonnen mit Abendandachten am Mittwochabend nach dem Abendläuten, die nach Berneuchener Ordnung regelmässig gehalten werden. Es fanden sich dazu ein die eben konfirmierten Mädchen und einige Frauenhilfemitglieder als Stamm; dazu sehr bald die jeweiligen Konfirmanden, denen es aber nicht zur Pflicht gemacht wurde. Gleichzeitig wurde begonnen mit Singabenden der konfirmierten Mädchen, zu denen sich die eben konf. Mädchen lange Zeit vollständig einfanden; ältere Mädchen sowie die männliche Jugend waren nicht zu erreichen. Mit der ersten staatlich angeordneten Feier des 1. Mai begannen eine Reihe „politischer“ Gottesdienste, deren Besuch von dem Ortsgruppenleiter angeordnet wurde. Der erste Ortsgruppenleiter Philipp Knickel, stud. jur. entstammt einer sehr kirchlichen Familie und war bei allem politischen Fanatismus selbst kirchlich und christlich eingestellt. Es nahmen am Vorabend des 1. Mai 450 Erwachsene am Gottesdienst teil.

Schon im gleichen Monat entbrannte der Kirchenkampf, über den hier nur in seinen örtlichen Auswirkungen berichtet wird. Das Bekanntmachungsbuch weist für den 7. Mai eine „Ankündigung, Betr.: kirchl. Neuordnung“ auf. In der Himmelfahrtswoche wird dem Pfarrer eine durch den Landrat bei dem (komm.) Bürgermeister Spindler bestellte Beschwerde vorgelegt, in der die Versetzung des Pfarrers aus politischen Gründen verlangt wird. Die unwahren Behauptungen in der Beschwerde werden in einer Sitzung des Kirchenvorstandes am Himmelfahrtstage (25. Mai) zurückgewiesen, die Beschwerde selbst durch den Pfarrer beantwortet. Eine Antwort der Kirchenbehörde an den Pfarrer und die Gemeinde ist nicht erfolgt.

Unmittelbar vorher war auf einer gemeinsamen Konferenz für die Kirchenkreise Hanau-Stadt und Hanau-Land von dem Landespfarrer Fuchs eine Fühlungnahme der Pfarrerschaft erfolgt,

wobei sich herausstellte, daß auch hier eine kleine Zahl Pfarrer den „Deutschen Christen“ angehörte oder zuneigte, während einige andere in scharfem Widerspruch dazu standen, andere unentschieden waren. Der Pfarrer schloß sich der jungreformatorischen Bewegung an. Zu Pfingsten verlas der Pfarrer an beiden Tagen das Grußwort des Reichsbischofs Friedrich von Bodelschwingh. Er nahm dann teil an dem großen Konvent in Treysa, wo von 176 anwesenden Pfarrern der Landeskirche 161 sich zu Bodelschwingh bekannten und damit zur Neugestalt der Kirche von Bibel und Bekenntnis her. Auch der Wunsch nach endlicher Bildung der großhessischen Kirche fand Beifall. Der Kirchenvorstand wurde über alle Vorgänge unterrichtet.

Der Kampf um den Reichsbischof und die gesamt Neuordnung führte zur Auflösung und Neubildung aller Kirchenvorstände.

Auch in Langendiebach gab es einen schweren Kampf. Einmütig stand der bisherige Kirchenvorstand – mit einer Ausnahme – zusammen. Die gemässigte Stellungnahme des Ortsgruppenleiters ermöglichte eine verhältnismäßig günstige Lösung der Schwierigkeiten. Vorher aber versuchten die Deutschen Christen einen Einbruch in die Gemeinde. Am 11. Juni veranstalteten sie eine Versammlung mit Pfr. Knell aus Hanau als Redner. K. Hatte sich vorher mit d. Ortspfar. in Verbindung gesetzt. Der Pfarrer nahm teil, ebenso die Frauen der Frauenhilfe, denen der Redner in der unmittelbar vorhergehenden Monatsversammlung von Bodelschwingh erzählt hatte. Pfr. Knell nahm gegen B. Stellung und legte das DC-Programm vor, ohne besonderen Eindruck zu machen. (siehe Zeitungsbericht!). Am Schluß wurden in nicht ganz einwandfreier Weise Unterschriften gesammelt, etwa 70 Leute trugen sich ein. Als man hörte, daß das eine Mitgliedschaft mit Beitrag bedeutete meldeten sich viele wieder ab. Als man versuchte, Beiträge einzusammeln, zahlte niemand, obwohl man unberechtigterweise den Namen des Pfarrers mit auf die Liste gesetzt hatte. Die DC hielten noch eine 2. Versammlung Ende Juni, in denen Pfr. Bauer-Fechenheim und Dr. Müller, Hanau sprachen. Eine wirkliche Ortsgruppe hat sich nicht gebildet. Aber den Anspruch, im Kirchenvorstand entsprechend vertreten zu sein, stellten sie. Sie verlangten zu dem einen vorhandenen noch 4 Sitze (bei 12 Mitgliedern). Die Führung hatte zunächst Lehrer Schmidt – die gesamte Lehrerschaft ging mit vollen Segeln zu den DC, nachdem die beiden der SPD angehörenden Lehrkräfte Lehrer Römer und Frl. Bergstede beurlaubt bzw. abgesetzt waren, auch der zunächst ernannte Hauptlehrer Schwind, der sofort wieder abgesetzt wurde und durch den bisherigen Konrektor Nordwig ersetzt wurde, wandelte seine pol. Überzeugung und ebenso seine kirchl. Einstellung mit erstaunlicher Geschwindigkeit!

Wegen Parteihader wurde aber Schmidt durch den Ortsgruppenleiter Knickel wider beseitigt und nunmehr vier Leute in den KV „gewählt“, die einigermaßen den kirchlichen Anforderungen genügten, darunter der Bürgermeister und ein charakterlich ungeeigneter Mann. Am 30. Juli wurde der neue Kirchenvorstand eingeführt im Gottesdienst. Einige verdiente bisherige Mitglieder hatten Platz machen müssen. Die Kirchenältesten wurden in der anschließenden Sitzung einstimmig wiedergewählt. Der Kampf um die Kirche trat dann für eine Weile in den Hintergrund.

Die neue Gemeindeverwaltung wollte ihre freundliche Einstellung zur Kirche beweisen durch die Instandsetzung des Kirchturms und -dachs. Das Dach war schon länger schadhaf, der KV hatte zuletzt noch im Winter 32/33 die Reparatur beantragt. Nun wurde die Arbeit in Angriff genommen und fast der gesamte Turm durch die Firma Eller neu beschiefert, da sich immer größere Schäden herausstellten. Die Kirchengemeinde beteiligte sich an der Aufbringung der Kosten durch eine Kirchen- Haussammlung am 30. Juli, die 5,-- bzw. 210,-- RM einbrachte, während die pol. Gemeinde die übrigen Kosten trug; eine Abrechnung ist dem KV, trotz

mehrfacher Bitte, nicht vorgelegt worden. Die Gesamtkosten betragen nach mündlichen Nachrichten mindestens 2.000 RM.

Die Siegesfeier der NS-Bewegung in Langendiebach – die Wahlen im März ergaben immer noch eine absolute Mehrheit der SPD! - fand am 17. September statt, verbunden mit Fahnenweihe und Denkmalsweihe. Das Denkmal, ein Horst-Wessel-Stein, steht unmittelbar vor der Kirche. Der Haupttag begann mit einem Festgottesdienst, in dem der Pfarrer über Jer. 29, 11 predigte. Die Fahnenweihe wie die Denkmalsweihe durch den Ortspfarrer vornehmen zu lassen, war auf Anstiftung aus der Gemeinde durch den Landrat verboten worden, nachdem der Ortspf. bereits darum gebeten war. So vollzog die Weihe Pfr. Knell aus Hanau (in Uniform) und der Landrat, der eine seiner üblichen Reden hielt (siehe Zeitungsbericht!). Der für den Nachmittag als Partei-Festredner vorgesehene Pfarrer Probst Oberrad erschien erst kurz vor Schluß des Festes. Das Erntedankfest wurde als Staatsfeiertag gefeiert, der Gottesdienst wurde in das Tagesprogramm eingereiht und der Besuch sehr scharf gefordert!

Der November stand im Zeichen des Lutherjubiläums. Am Reformationstag fand erstmalig ein Schulgottesdienst statt, an dem die ganze Schule geschlossen teilnahm. Der Sonntag, an dem der 450. Geburtstag Luthers eigentlich hätte gefeiert werden müssen, wurde durch die Reichstagswahl besetzt; die Feier fand am 19. November statt. Sie war namentlich von Männern, auf ausdrückliche Einladung hin, gut besucht. Anschließend an den Gottesdienst fand eine Kundgebung an der Lutherlinde statt, bei der der Pfr. einen Bericht des Lehrers Weckmann über die Feier von 1883 mit der Pflanzung der Linde verlas und der Ortsgruppenleiter eine Ansprache hielt.

War bis dahin der Versuch gemacht worden, in den Fragen der Neugestaltung der Kirche in gemeinsamer Arbeit aller weiterzukommen, zeigte die Berliner Kundgebung im Sportpalast am 13. November, wohin die die Kirche weithin beherrschenden Kreise der DC führen wollten. Die dagegen gerichteten Verfügungen des Reichsbischofs wurden am Busstag die Abkündigung des Pfarrernotbundes am Totensonntag der Gemeinde bekanntgegeben. Der Kirchenvorstand, mit dem am 14.11 bereits die kirchl. Lage besprochen war, wurde am 20. Dezember entsprechend den Anweisungen ausdrücklich auf das Bekenntnis der Gemeinde, den Heidelberger Katechismus, verpflichtet.

Die Weihnachtsgottesdienste waren sehr gut besucht; das Jahr schloß ab mit einem Gottesdienst am Abend des 31. Dezembers, der ganz außergewöhnlich gut besucht war. Es machte den Eindruck, als wenn volle Einmütigkeit in der Gemeinde vorhanden sei.

1934

Bereits im Januar brachte entgegen den gehegten Erwartungen eine Verschärfung des Kirchenkampfes, durch die Verordnungen des Reichsbischofs Müller, betr.: Disziplinierung (so!) aller, die seinen Anordnungen widerstanden. Der Pfarrer hatte an der freien ref. Synode in in Barmen am 3. und 4. Jan. teilgenommen, auf der zum ersten Mal neben den Pfarrern auch die Gemeinden Stellung nahmen gegen die Zerstörung der Kirche durch die DC. Am 14. Januar verlas er im Gottesdienst die Abkündigung des Notbundes gegen die Verordnung des Reichsbischofs und begann zugleich die Aufbauarbeit durch Veranstaltung eines Vortragabends in der Kirche, in der Pfarrer Göckel, Hanau über „Volk und Kirche in Spannung und Ausgleich“ sprach.

Am 30. Januar wurde ein Dankgottesdienst gehalten, anlässlich des Jahrestages der Machtübernahme durch Adolf Hitler. In der gleichen Woche fand ein Mütterschulungskurs der Frauenhilfe im Gemeindezimmer des Pfarrhauses statt, der sehr großen Anklang fand.

Der Volkstrauertag wurde durch Kirchgang der Partei und des Kriegervereins begangen. Das geplante Kriegerdenkmal kam auch jetzt nicht zustande; der Plan des Kriegervereins, das alte Denkmal auf den Friedhof zu verlegen und zu erweitern durch Tafeln für die Gefallenen 1914/1918, fand keine Genehmigung.

Am Gründonnerstag verunglückten mit dem Motorrad der Unterbannführer der HJ Karl Knickel und der Konfirmand Heinz Rüter. Die ganze Gemeinde wurde davon auf tiefste bewegt; die Trauerfeier fand unter stärkster Anteilnahme der Gemeinde und Auswärtiger am 2. Ostertag in der Kirche statt.

In den ersten Monaten des J. wurde das Pfarrhaus mit Hilfe der Baubehilfen instandgesetzt; außer dem Neuverputz der Gartenseite wurde eine neue Abortanlage mit Wasserspülung eingerichtet und die Grube unter dem Haus zugeschüttet und im Hof eine neue angelegt. Kosten sind nicht bekannt geworden.

Nach Ostern wurde der Versuch gemacht, wie die Mädchen wie auch die männliche Jugend zu einem Abend zu erfassen; der Versuch konnte bis in den Winter bei allerdings immer kleiner werdender Besucherzahl durchgeführt werden. Die Mädchen konnten nicht mehr vollzählig erreicht werden, auch wollen die älteren Jahrgänge nicht mit den jüngeren zusammen sein. Die sachliche Bindung ist nicht stark genug, die Alters- oder Jahrgangsgrenze zu überbrücken.

Der Sommer brachte einen Besuch eines Saarländer Fußballklubs, dessen geschlossener Kirchgang sehr auffiel, während sie sich über die leere Kirche sehr verwunderten.

Der Tod Hindenburgs machte die 20-jährige Wiederkehr des Kriegsbeginns zu einer besonders eindrucksvollen Angelegenheit. Das 50-jährige Bestehen der Kleinkinderschule, die am 19.8.1884 von Pfr. Goebels gegründet wurde, wurde unter stärkster Anteilnahme der Gemeinde am 16. September gefeiert; die Festpredigt hielt an Stelle des verhinderten Pfr. Bender-Nonnenweiher, Pfr. Lipphardt aus Windecken; in der Nachversammlung sprachen Pfr. Herchenröther, Pfr. Goebels und Pfr. Boos. Den Hauptpunkt bildete die Übergabe der mit großer Liebe von den früheren Schülern der Kleinkinderschule gesammelten Festgabe, die durch allerlei weitere Gaben am Festtage ruind 1400 RM betrug. Sie wurde als Grundstock für den Baufonds bestimmt, da die Räume sich längst als zu klein erwiesen hatten.

Die Zuspitzung der kirchlichen Lage, die im Sommer 1934 auch unsere Landeskirche stärker erfaßte, war auch in der Gemeinde spürbar. Als anlässlich der Gefangensetzung des bayrischen und württembergischen Bischofs ein Bittgottesdienst am 17. Okt. gehalten wurde, kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Ortsgruppenleiter und dem Bürgermeister, die aber eine Änderung des Planes des Bittgottesdienstes nicht erzwangen. Im November kam es in Hanau zu beschämenden Vorgängen, indem der Landrat den „Landesbischof“ Theis zur Absetzung des Kreis Pfarrers Kaiser veranlaßte. Mit dadurch veranlaßt, legte der Landesbischof sein Amt noch vor Weihnachten nieder. Der KV hielt an der Unterstellung unter die rechtmäßige Kirchenleitung fest. Er beschloß mit Mehrheitsbeschluß den Anschluss an die Bekennende Kirche Kurhessen-Waldeck, die sich in dem Durcheinander der Kirchenleitungen unter der Führung von Prof. D. von Soden in Marburg gebildet hatte. (13.11.1934)

Bezeichnend war, daß der bereits erbetene Schulgottesdienst (Ref. Fest) auf Veranlassung der Lehrer wieder abbestellt wurde. Der daraufhin von den Kirchenältesten angesetzte Festkindergottesdienst am Reformationstag war von 25 Erwachsenen und 200 Kindern besucht. Das Ref. Fest stand im Zeichen des 400-Jahr-Gedächtnisses der Lutherbibel und wurde durch eine Bibelausstellung gefeiert, die in der Woche des Reformationsfestes in der Kirche stattfand. Eine erstaunliche Zahl alter und neuer wertvoller Bibeln aus der Gemeinde wurde zusammengetragen und eine Menge Gemeindeglieder besichtigten die Ausstellung. Auf dem Gemeindeabend in der Kirche und Ausstellung sprach Pfr. Scheig, Hanau und der Ortspfarrer.

Am Totensonntag fand eine Andacht auf dem Friedhof am Nachmittag statt, die sehr gut besucht war, am Abend predigte Vikar Ditter von hier. Neu eingeführt wurde mit dem gleichen Tage, daß jede Beerdigung angekündigt wurde mit dem Geläut der Totenglocke am frühen Morgen.

Eine Berichterstattung im „Evangelium im Dritten Reich“ der Zeitschrift der DC, über unsere Landeskirche enthielt am 25.11.1934 auch folgenden Abschnitt über Langendiebach:

„In Langendiebach hat der Pfarrer wiederholt in den Gottesdiensten sich wie folgt geäußert: „Die Zustände in Deutschland sind genau wie im bolschewistischen Rußland“. Eine Welle der Erregung geht nicht nur durch den Ort, sondern durch die ganze Gegend über diesen Pfarrer, der noch heute kein Hehl daraus macht, daß er Sozialdemokrat ist. Gleichzeitig ist dieser Pfarrer einer Führer der Bekenntnisfront im Hanauer Land. Die nationalistische Bevölkerung hat sich wie ein Mann gegen diesen Pfarrer erhoben, der sich in so widerwärtiger Weise gegen die Volksgemeinschaft und das Dritte Reich stellt. Dieser Pfarrer glaubt, unter der Flagge des Evangeliums und des Bekenntnisses sich dies alles leisten zu dürfen“.

Der Kirchenvorstand beschäftigte sich am 28.11. mit diesem Bericht und nahm folgende Erklärung des Pfarrers dazu zur Kenntnis:

„Der Bericht, der offenbar von einer notorisch verlogenen Stelle (Kirchenrat Keller, Korbach bzw. Gauleitung des DC Kurhessen-Waldeck) geschrieben ist, ist vom ersten bis zum letzten Satz unwahr. Insbesondere habe ich die mir zugeschriebene Äußerung „die Zustände in Deutschland sind genau wie im bolschewistischen Rußland weder in irgendeinem Gottesdienst noch in irgend einer anderen Versammlung getan. Absoluter Unsinn ist, daß ich „heute noch keinen Hehl daraus mache, daß ich <Sozialdemokrat> bin“. Ich bin es nie gewesen und habe mich überhaupt seit langen Jahren jede politischen Betätigung völlig enthalten“.

Dazu wurde folgender Beschluss gefasst: „Der KV nimmt diese Erklärung zu Kenntnis und weist einstimmig die Verleumdung seines Pfarrers aufs Schärfste zurück. Alle Anwesenden bezeugen, daß sie den angeblichen Ausspruch von dem Pfarrer nie gehört haben; es befinden sich darunter zwei Kirchenälteste, die im letzten halben Jahr jeden Gottesdienst besucht haben“.

Diesem Beschluß stimmten alle Mitglieder zu, auch die nicht anwesenden gaben später schriftlich ihre Zustimmung; darunter waren auch der Ortsgruppenleiter und der Bürgermeister, der Ortsbauernführer und ein anderen Anwalter der Partei.

Aus der Statistik ist bemerkenswert die große Zahl von 57 Taufen, seine seit 1910 nicht erreichte Zahl. Nicht weniger als 5 Paare feierten die goldene Hochzeit, die Zahl der

Trauungen betrug 35, ebenfalls eine Rekordzahl (infolge der Ehestandsdarlehen). Die Zahl der Abendmahlsgäste stieg vom Tief 1931 mit 241 langsam wieder auf 440 (1935: 481) Die Austrittsbewegung, in der nach und nach über 100 Leute aus der Kirche ausgetretenen waren (die meisten in einer Freidenkerversammlung 1924), kam 1933 zum Stillstand. Wiedereintritt erfolgten nur vereinzelt, zum Teil veranlaßt durch Konfirmationen der Kinder, die dann in mehreren Fällen selber den Wiedereintritt der Eltern betrieben. 1934 traten 3 Personen aus, die zu den ärmsten Bibelforschern gehörten. Die Sammlung freiwilliger Gaben bei den verschiedensten Gelegenheit erreichte im Jahre 1934 einen Höhepunkt mit rund 2200 RM, genaue Angaben enthält das Bekanntmachungsbuch.

1935

Der Anfang des Jahres stand unter dem Eindruck des Prozeßes den die einstw. Kirchenleitung in Kassel gegen die kommissarische Kirchenregierung (Happel, Veerhoff) führte, der zwar von dem Landgericht zugunsten der EKL entschieden wurde; die Ausführung des Urteils wurde aber durch die politischen Instanzen unmöglich gemacht.

Gottesdienste, Bibelstunden und Passionsandachten nahmen ihren geregelten Verlauf. In der Kleinkinderschule ergab sich eine unregelmäßige Zeit durch eine Erkrankung der Schwester, für die aber zeitweilig eine Vertretung geschickt wurde.

Im März wurde bekannt, daß den konfirmierten jungen Männern, die an einem Abend im Pfarrhaus zusammenkamen, unter Androhung des Ausschlusses aus der HJ die Teilnahme verboten wurde. Die Kirchenältesten erließen dazu sofort eine Kanzelabkündigung, der das Wort der vorläufigen Kirchenleitung der Deutschen Ev. Kirche an die Eltern beigelegt wurde. Die Jugend wagte aber nicht mehr zu kommen. Die weibl. Jugend wurde weniger belästigt, aber auch gelegentlich durch Ansetzung von „Dienst“ im BDM ferngehalten. Zeitweilig wurde ein besonderer Abend mit älteren Menschen aus dem Kirchenchor gehalten. Ein für den 31.3. festgesetzter Jugendgottesdienst, zu dem die Konfirmierten der letzten 6 Jahrgängen besonders eingeladen waren, war gut besucht (30 jg. Männer, 80 Mädchen).

Im März führte eine gegen das Neuheidentum gerichtete Abkündigung in Preußen (nur Altpreußen), die aber auch hier bekannt wurde, wenn auch nicht offiziell abgekündigt, zu den Verhaftungen mehrerer hundert Pfarrer, die meist bald wieder freigelassen wurden, z.T. aber auch in Konzentrationslager gebracht wurden. Da bei dabei auch hessische Pfarrer waren, wurden die Vorgänge hier auch bekannt und von dem Pfarrer auch der Gemeinde bekannt gegeben; für die Gefangenen und Verfolgten wurde Fürbitte getan.

Zum zweiten Male wurde an Stelle der früheren Hauskollekten ein Volkstag für Innere Mission durchgeführt mit recht gutem Erfolg; besonders bewährte sich eine Sammlung der Konfirmanden bei der häuslichen Konfirmandenfeier. Die Feier der Goldenen Konfirmation fand wieder statt unter starker Beteiligung auch der jetzt auswärts wohnenden Jubel-Konfirmanden.

Zu beschämenden Vorgängen kam es am Vorabend des 1. Mai. Unmittelbar vor Beginn des im Einvernehmen mit dem Bürgermeister auf 8 Uhr festgesetzten Gottesdienstes – der in das Festprogramm aber nicht mehr aufgenommen war – wurde auf dem Platz vor der Kirche durch die Hitler-Jugend ein Maibaum aufgepflanzt, wobei der Amtswalter der Arbeitsfront Knüpfer eine Rede hielt, die sich mit dem Vorwurf des Neuheidentums auseinandersetzte und die Jugend dazu beglückwünschte, daß sie sich solche Dinge nicht mehr gefallen ließe. Der Pfarrer, der auf seinem Amtszimmer auf den Beginn des Gottesdienstes sich vorbereitete,

hörte die Rede von dort mit an. Es waren zu der „Feier“ nicht allzu viele Leute erschienen, z.T. aber auch solche, die den Gottesdienst besuchen wollten. Der Gottesdienst war im Verhältnis zu dem der beiden früheren Jahre schlecht besucht; es stellte sich nachher heraus, daß er in anderen Gemeinden, wo er überhaupt hatte stattfinden können, noch schlechter war; hier waren außer Kindern und Konfirmanden etwa 30 Männer und 100 Frauen anwesend.

Die Kirchenältesten beschäftigten sich wenige Tage darauf mit dem Vorfall und luden die drei bei der Maibaumfeier anwesend gewesenen KV-Mitglieder zu einer besonderen Besprechung ein. In dieser billigten die drei Mitglieder (Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Spindler, Ortsbauernführer Kolb und Gerlach) die Ausführungen des Mairednern; als ihnen, die schon in der vorhergehenden KV-Sitzung sich ähnlich geäußert hatten über den Kampf der Kirche wegen des Neuheidentum, bedeutet wurde, daß sie damit die bei der Einführung übernommene kirchliche Pflicht verstießen, verließen sie unter Niederlegung ihrer Ämter der Besprechung.

Der Kirchenvorstand ergänzte sich durch Zuwahl der früher (1933) ausgeschiedenen Mitglieder Brüning und Schroeder und Neuwahl von Wilhelm Betz; ihre Einführung erfolgte am 2. Juni.

Der Plan des Umbaus der Kleinkinderschule wurde weiter verfolgt. Architekt K. Erdt arbeitete ein en Bauplan aus, der eine Raumerweiterung derart vorsah, daß der Kindersaal fast doppelt so groß wurde und ein zweiter Saal im Oberstock entstand, dazu die Wohnung der Schwester und Nebenräume. Der Plan wurde der Baupolizei eingereicht und im Juni 1935 genehmigt. Die Ausführung mußte der vorgerückten Jahreszeit aber auf das kommende Jahr verschoben werden.

Im Juli/August war der Pfarrer vier Wochen im Urlaub. Am 15. September wurde ein auch von auswärts recht gut besuchtes Missionsfest abgehalten. Da die Baptisten seit einiger Zeit sich in der Gemeinde betätigten, wurde die Gemeinde vor solcher die Kirche zerstörenden Bestrebungen gewarnt.

Am Reformationsfest fand abends ein Bekenntnisgottesdienst statt, in dem Pfarrer Goebels aus Frankfurt predigte. Am Reformationstag fand wieder ein Kindergottesdienst statt, der gut besucht war. Von Ende November ab war der Pfarrer mit einer Vertretung in Bruchköbel beauftragt, wo er wegen Erkrankung des dortigen Pfarrers den Konfirmandenunterricht zu erteilen hatte; die Vertretung endete erst Ostern 1936 mit der Konfirmation.

Die Hochflut der Arbeiten für die Nachweise der arischen Abstammung machte die Herstellung eines Registers für die älteren Kirchenbücher notwendig, die in Angriff genommen wurde.

Die Änderung der kirchlichen Lage durch Einsetzung des Kirchenministeriums und der Kirchengeschichte machte sich durch Lähmung und Ermüdungserscheinungen in der Gemeinde bemerkbar; um so deutlicher wurde je länger, je mehr die Kirchenfeindschaft der zur politischen Religion neigenden herrschenden nationalsozialistischen Bewegung. Schon im März wurde ein Wort des Arbeitsfrontamtswalters Knüpfer bekannt: Wer in die Kirche geht, ist Landesverräter. Derselbe Amtswalter veranlaßte im Februar das Verbot für die HJ, ins Pfarrhaus zu gehen und hielt die Rede am 30. April. Das Dorf erträgt solche Leute, die Menschen ducken sich, die Angst regiert.

Ein kleines Zwischenspiel gab es im November um die Beflaggung der Kirche. Da der Kirchturm schlecht zu beflaggen ist – die Fahne zerreißt dauernd, die Anbringung ist gefährlich – hatte der KV im Einverständnis mit dem Bürgermeister, der den Fahnenmast aus dem Gemeindegewald stellte, einen Mast außerhalb unmittelbar neben dem Turm aufstellen lassen, der am 9. Nov. erstmalig benutzt wurde. Am Nachmittag desselben Tages kam eine Beschwerde desselben Bürgermeisters, die Fahne müsse an die Kirche, die „Bevölkerung“ wünsche das. Der Streit wurde erledigt durch eine höhere Anordnung, daß überhaupt Flaggen an Masten verboten seien, das Gebäude selbst müsse beflaggt werden. 1937 eroberte der Bürgermeister die Fahnenstange ganz für sich, um bei feierlichen Gelegenheiten dort offiziell von der Partei aus die Fahne zu hissen.

1936

Das Jahr begann mit einer Volksmission, die Pastor Hagen vom Zentralkomitee für Innere Mission in der Woche vom 5.-10. Januar hielt. Der Besuch begann sehr langsam, steigerte sich dann aber außerordentlich, vor allem auch von Männern. Leute, die Jahrzehnte die Kirche nicht betreten hatten, waren anwesend.

Die deutliche Sprache Hagens veranlaßte eine sehr scharfe Überwachung, zu der sich u.a. Lehrer hergaben; die örtlichen Stellen holten an zwei Abenden die Geheime Staatspolizei zu Hilfe, die aber keinen Anlaß zum Einschreiten fanden. Für die Fragen im Fragekasten waren echte Fragen kaum eingegangen, dagegen Fragen, die den Sprecher auf politisches Glatteis führen sollten. U.a. etwa: Stehen sich Nationalsozialismus und Christentum feindlich gegenüber? Der Redner verwies auf Hitlers „Mein Kampf“, nachdem es nicht so sei, und das sei ja wohl für die NS-Bewegung maßgeblich, sodaß andere Meinungen uns nicht weiter zu interessieren brauchten. In einer späteren Beschwerde der GStP über den Ortspfarrer war eine einzelne Äußerung des Volksmissionars auch angeführt.

Besonders gut besucht waren auch die Bibelstunden von P. Hagen. Eine stärkere Nachwirkung im Kirchenbesuch u.a. war leider nicht zu verspüren. Einige Männer und Frauen sind aber in ihrer kirchlichen Einstellung sehr gefestigt worden.

Die Beerdigung eines SA-Mannes, der früher wilder Kommunist gewesen war und einer ganz unkirchlichen, aus der Kirche ausgetretenen Familie angehörte, gab Anlaß zu allerlei provokatorischen Bemerkungen des Bürgermeisters, der u.a. bei der Beerdigung feststellte, es handle sich um eine nationalsozialistische Beerdigung. Der KV sah sich zu einer Abkündigung über das Wesen einer christlichen Beerdigung genötigt.

Der Volkstrauertag wurde zum ersten Mal ohne offizielle Beteiligung der Partei und sogar des Kriegervereins gehalten in offenbarem Widerspruch gegen die Haltung früherer Jahre. Damit fanden die außerordentlich fragwürdigen „politischen“ Gottesdienste von selbst ihr Ende. Partei und Kriegerverein veranstalteten nunmehr rein weltliche Feiern, wozu schon während der Kirchzeit angetreten wurde. An Ostern mußte der Pfarrer die gesamte Vertretung in Rückingen übernehmen, wodurch er sehr stark in Anspruch genommen wurde.

Der Sommer des Jahres wurde ausgefüllt durch den Umbau der Kleinkinderschule zum Gemeindehaus. Nachdem durch längere Verhandlungen, schriftlich und mündlich, die Genehmigung des Landeskirchenamtes sowohl für den Bau wie für die Finanzierung erlangt war, konnte am 11. Mai mit dem Bau begonnen werden. Die Finanzierung erfolgte so, daß durch Sammlungen ein erster Teil, durch Zuschüsse aus laufenden Mitteln der Kirchenkasse ein zweiter Teil, durch Darlehen bei der Pfarrei-Kirchenkasse und bei der Landeskirchenkasse

Hana ein dritter Teil endlich durch Zuschüsse namentlich der Inneren Mission wie auch der Landeskirche ein vierter Teil gedeckt wurde. Die Kosten beliefen sich nach den Voranschlägen auf rund 9.000 RM, die endgültige Rechnung ergab- einschließlich der Einrichtung 12.500 RM.

Bei zuerst sehr schönem Wetter, dann viel Regen schritt der Bau schnell voran, sodaß am 14. Juli das Richtfest gefeiert werden konnte. Die Einweihung erfolgte am 11. Oktober durch Kreispfarrer D. Henss. Die Kleinkinderschule war während der Bauzeit in der ehemaligen Fabrik untergebracht. Die Anteilnahme an dem Bau war allgemein sehr groß. Die letzte Sammlung konnte nur unter Schwierigkeiten durchgeführt werden, da gute Freunde die Polizei aufgehetzt hatten, die aber nach Verhör des Pfarrers nichts unternahm. Die Sammlung erbrachte brutto über 600 RM.

Auf der Wiederbelebung des Missionsfestes auf der Ronneburg anlässlich der 200-Jahrfeier der Ankunft Zinzendorfs im Juni nahm die Gemeinde Anteil; der Pfarrer bildete mit einigen Amtsbrüdern den Ortsausschuss für das Missionsfest, das nun wieder dauernd gefeiert werden soll.

Der 3. Volkstag für I.M. fand infolge des gleichzeitigen Baus besonders großes Verständnis.

Die von einigen Stellen geplante Kirchensteuerreform macht viel unnötige Arbeit und verzögerte das Einkommen der Steuer sehr. Die Verwaltung der Kirchenkasse wurde, da der Kirchenrechner H. Schleiffer im Frühjahr 1935 starb, im Sommer 1936 dem Gesamtverband der Evang. Gemeinden in Hanau angegliedert. Im August wurde der 2jährige Konfirmandenunterricht eingeführt; am 23. August die Abkündigung der bekennenden Kirche über die Kirche im Kampf verlesen.

Am Schluss des Jahres feierte die Frauenhilfe ihr 50-jähriges Bestehen im Gottesdienst und Feier im Gemeindehaus. Die Festpredigt hielt Pfarrer Handwerk. Anschließend fand eine Festwoche statt mit einer Reihe von Veranstaltungen im Gemeindesaal, der damit in regelmäßigen Gebrauch genommen wurde. Der Kindergarten, der am 1. November wieder begann, stieg schnell auf 80 Kinder, für die der vergrößerte Saal eben ausreichte. Aus der Statistik: Taufen sanken wieder auf 47, Beerdigungen stiegen auf 27. Die Abendmahlsziffer sank auf 375, also 106 weniger als 1935. Der Kirchenvorstand beschäftigte sich mit diesem Rückgang, der z.T. erklärt werden muß an dem Fernbleiben der Jugend, z.T. auch aus Kirchenfeindschaft, die jetzt propagiert wird und in der Gemeinde, die ehemals schon stark entkirchlicht war, doppelt sich auswirkt.

Die Opferwilligkeit ergab eine außerordentlich hohe Summe von freiwilligen Gaben: 2.492 RM, was natürlich wesentlich bedingt war durch den Bau des Gemeindehauses. Auch hier sei erwähnt, daß die frühere Kinderschwester Maria Vaupel sich eifrig betätigte in der Hilfe für den Bau und Einrichtung; sie sammelte u.a. einen ganzen „Krabbelsack“ voll Geschenke, Handarbeiten u.a. für eine Verlosung. Es ist aber bemerkenswert, daß alle anderen Liebeswerke nicht zu leiden hatten unter dem eigenen Werk.

.....

Zum Abschluss dieser Übersicht über fünf Jahre: Die besondere Aufgabe, die dem Pfarrer gestellt war, Brückenschlag der Kirche zu der entkirchlichten Arbeiterschaft, wurde durch den

politischen Umbruch aufs stärkste beeinträchtigt. Die kirchlichen Kämpfe taten das Übrige. Die alten kirchlichen Kreise gingen zu einem Teil hemmungslos hinein in die nat. soz. Weltanschauung bis hin zu politischen Religion und waren von daher äußerst kritisch, ja, ablehnend gegen jede Bekenntnisgebundenheit der Kirche. Nur ein Teil bewährte christliche Urteilkraft gegenüber dem Toben neuheidnischer Kräfte. Die große Mehrzahl der kirchlich Gleichgültigen blieb zumeist gleichgültig; dabei war besonders interessant, daß mehrfach die Gleichgültigkeit innerlich überwunden wurde, aber aus politischen Überlegungen heraus ein positives Verhältnis zur Kirche doch nicht gewonnen wurde, sei es auch (aus?) dem Verdacht, daß die Kirche als Ganzes doch zu stark sich habe gleichschalten lassen, sei es in der Rücksicht auf den Ruf des Pfarrers wie den eigenen Ruf, in der Sorge, das kirchliche Verhalten könne politisch gedeutet werden.

Vielleicht kann gesagt werden, daß ein kirchlicher Kern dabei ist, mehr nach innen als nach außen (auch das ein wenig) zu wachsen.

Nachzutragen ist noch, daß im Herbst 1935 begonnen wurde, in nächste Nähe des Dorfes am Reußerhof einen Flugplatz anzulegen. Die Arbeiten brachten viel fremde Menschen ins Dorf aus Nähe, wie aus der Ferne. In der Kirche ließ sich sehr selten davon jemand sehen.

Im Herbst 1936 wurde bei den Manövern der Platz zum ersten Mal benutzt. Der eigentliche Ausbau begann dann im Winter 1936/37. Die Kirchengemeinde verliert auch einige Wiesen. Die Art, wie dieselben „gekauft“ wurden, sind sehr eigenartig, da grundsätzlich erst nachdem längst das Verfügungsrecht genommen ist, der Ankauf und die Bezahlung vor sich geht und die Pächter, wie die Kassen im Ungewissen sind, über das, was kommt.

Ein besonders betrübliches Kapitel ist die Entkirchlichung der Jugend, sie war hier lange vorhanden. Der gute Wille vieler Jugendlicher wird aber gebrochen durch die kirchenfeindliche Einstellung der politischen Führung und einzelner Jugendlicher. Leider läßt sich die Jugend völlig terrorisieren und die Eltern bieten fast noch weniger Widerstandskraft auf.

In den letzten Jahren macht die Verwilderung der weiblichen Jugend auf sittlichem Gebiet infolge der großen Garnison Hanaus besonders bemerkbar. Die sittliche Auflockerung läßt für die Zukunft das Allerschlimmste für unser Volk befürchten. Der Gegenwirkung, die etwa von der Kirche versucht werden sollte und nach ihrem Auftrag versucht werden muß, stößt heute auf die allergrößten Schwierigkeiten, da die Kirche grundsätzlich aus aller Erziehung ausgeschaltet werden soll. Die Beziehungen zur Schule sind z. Zt. völlig abgerissen, ein überaus schmerzlicher Zustand, der nur aufgewogen wird durch das Festhalten der Kinder an der Kirche, das weithin festgestellt werden muß. Auch im Konfirmandenunterricht ergaben sich keine größeren Schwierigkeiten bisher.

Geschrieben Anf. Juni 1937

